



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

„Rahmenbedingungen und Erfahrungen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit“



Parlamentarische Enquete des Bundesrates

Mittwoch, 5. November 2008

Stenographisches Protokoll

Parlamentarische Enquete des Bundesrates

Mittwoch, 5. November 2008

(XXIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

„Rahmenbedingungen und Erfahrungen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit“

Dauer der Enquete

Mittwoch, 5. November 2008: 9.04 – 13.19 Uhr

Tagesordnung

I. Eröffnung

Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss

II. Referate

Miguel Avila Albez: „Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der EU“

Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff: „Die völkerrechtlichen und bilateralen Rahmenbedingungen und Erfahrungen“

Mag. Roland Arbter: „Die innerstaatlichen Finanzierungsinstrumente für grenzüberschreitende Regionalprojekte“

WHR Mag. Georg Schachinger: „Der grenzüberschreitende Naturpark Geschriebenstein–Irottkö“

Mag. Armin Schabus: „Der Kleinprojektfonds – eine Chance für lokale Akteure zur grenzüberschreitenden Kooperation“

Mag. Irma Priedl: „Technologie- und Innovationspolitik“

Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter: „Radtourismus von der Donau nach Südböhmen“

Dr. Christian Salletmaier, MBA: „Grenzübergreifende Zusammenarbeit als Beitrag zur Stärkung des Standorts Salzburg“

Mag. Doris Kampus: „Beispielhafte Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus Sicht der Steiermark“

Hofrat Mag. Franz Rauter: „Verstärkung der Zusammenarbeit auf kleinregionaler Basis in der Europaregion Tirol“

Stephan Prehn: „Internationale Bodensee-Hochschule“

Dipl.-Ing. Christiane Breznik: „CENTROPE – Kooperation in der Europa Region Mitte“

Dipl.-Ing. Gerhard Ablasser: „Abwicklung grenzüberschreitender EU-Programme am Beispiel Graz – Marburg“

Anton Koczur: „Standort: Aktiv interregional – Vermarktung der Gewerbeflächen an den Hauptentwicklungsachsen des Waldviertels in Richtung Budweis und Iglau. Ein grenzüberschreitendes Projekt unter Beteiligung von 19 österreichischen und 10 tschechischen Gemeinden“

III. Diskussion

IV. Zusammenfassung

V. Schlussworte

Inhalt

I. Eröffnung

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss 4

II. Referate

Referent Miguel Avila Albez 5

Referent Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff 7

Referent Mag. Roland Arbter 9

Referent WHR Mag. Georg Schachinger 11

Referent Mag. Armin Schabus 13

Referentin Mag. Irma Friedl 14

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter 16

Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA 18

Referentin Mag. Doris Kampus 19

Referent Hofrat Mag. Franz Rauter 22

Referent Stephan Prehn 23

Referentin Dipl.-Ing. Christiane Breznik 25

Referent Dipl.-Ing. Gerhard Ablasser 27

Referent Anton Koczur 29

III. Diskussion

Bundesrat Ing. Siegfried Kampf 32

Bundesrat Edgar Mayer 32

Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger 34

Bundesrat Dr. Andreas Schnider 36

Referent Stephan Prehn 37

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum 38

Bundesrätin Christa Vladyka 39

Bundesrat Erwin Preiner 40

Referent Anton Koczur 42

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter 44

Bundesrätin Monika Mühlwerth 45

Ministerialrätin Mag. Eva-Maria Schmitzer 45

Bundesrat Ludwig Bieringer 46

Bundesrat Georg Keuschnigg	48
Dipl.-Ing. Ernst Lung	49
Referentin Mag. Irma Priedl	50
Isabelle Ourny	51
Referent Miguel Avila Albez	52

IV. Zusammenfassung

Referent Mag. Roland Arbter	53
Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA	54
Referent Anton Koczur	56

V. Schlussworte

Präsident Jürgen Weiss	58
-------------------------------------	----

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung	31
--	----

Beginn der Enquete: 9.04 Uhr

Vorsitzende: *Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss, Vizepräsidentin des Bundesrates Mag. Susanne Neuwirth, Vizepräsident des Bundesrates Mag. Harald Himmer.*

I. Eröffnung

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Ich **eröffne** die Enquete des Bundesrates zum Thema „**Rahmenbedingungen und Erfahrungen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit**“.

Ich danke Ihnen, dass Sie der Einladung dazu gefolgt sind. Ich begrüße Sie gemeinsam mit Herrn Vizepräsidenten Mag. Himmer und Frau Vizepräsidentin Mag. Neuwirth, die gleich kommen wird, recht herzlich. Mein besonderer Gruß gilt naturgemäß den Referenten unserer heutigen Enquete, allen voran dem Vertreter der Europäischen Kommission von der Generaldirektion Regio, Herrn Miguel Avila Albez, den ich sehr herzlich willkommen heißen darf. (*Beifall.*)

Es freut mich auch sehr, den Vertretern der Botschaften der Nachbarländer einen besonderen Gruß entbieten zu dürfen. Ich begrüße weiters die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die VertreterInnen der Ministerien, der Bundesländer, der Sozialpartner, des Städtebundes und des Gemeindebundes sowie alle anderen Experten, die heute an dieser Enquete teilnehmen.

Bevor wir in die Beratungen eingehen, darf ich den geplanten Ablauf der Enquete kurz skizzieren. Zunächst werden die ersten drei Referenten ein jeweils zehnmütiges Referat halten, woran sich eine Fragerunde anschließen wird. Sodann werden die Damen und Herren Referentinnen und Referenten Praxisbeispiele regionaler Zusammenarbeit aus den einzelnen Bundesländern in Form von Kurzreferaten mit jeweils fünf Minuten geben. Das Anliegen war, thematisch in die Breite und nicht in die Tiefe zu gehen, also eine Übersicht zu bieten und Appetit auf zusätzliche Informationen zu machen. Daher werden wir das alles in sehr kompakter Form abwickeln.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass bei einer zehnmütigen Redezeit das rote Licht am Rednerpult zwei Minuten vor Ende der Redezeit zu blinken beginnt, bei einer fünfminütigen Redezeit eine Minute vorher. Wenn Sie das also registrieren, so lade ich Sie ein, sozusagen zum „Landeanflug“ anzusetzen.

Um 10.45 Uhr bitten wir zu einer kurzen Pause in den Vorraum. Im Anschluss an die Praxisbeispiele werden wir dann in eine Diskussion eintreten.

Zur Teilnahme an der Fragerunde beziehungsweise an der Diskussion bitte ich Sie, sich mit den jeweils auf dem Platz liegenden vorgedruckten Kärtchen anzumelden und diese Frau Dr. Alsch-Harant beziehungsweise der nachfolgenden Mitarbeiterin der Parlamentsdirektion zu übergeben. Sie werden dann in die Rednerliste aufgenommen. In der Diskussion soll die Redezeit von 5 Minuten ebenfalls nicht überschritten werden. Am Schluss wird eine Zusammenfassung erfolgen.

Bevor ich dem ersten Referenten das Wort erteile, darf ich noch einige technische Hinweise bezüglich der heutigen Enquete geben. Es wird ein Stenographisches Protokoll verfasst, das in zirka zwei Wochen im Internet unter **www.parlament.gv.at** für alle Teilnehmer abrufbar sein wird. Ich bitte daher die Referentinnen und Referenten und alle anderen Diskussionsteilnehmer, ihre Wortmeldungen nur am Rednerpult abzuge-

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss

ben, damit diese auch sachgerecht protokolliert werden können. In regelmäßigen Abständen werden wir die vorliegenden Wortmeldungen bekannt geben.

II. Referate

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Ich erteile nun Herrn Miguel Avila Albez als erstem Referenten das Wort. – Bitte.

„Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der EU“

9.07

Referent Miguel Avila Albez (Europäische Kommission, GD Regio): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte! Ich hoffe, Sie hatten alle eine gute Nacht, eine interessante Wahnacht.

Zu meiner Person ist zu sagen: Ich arbeite in der GD Regio, vertrete hier die EU-Kommission. Da ich nur zehn Minuten Redezeit habe, geht es gleich direkt los.

Ich fange jetzt mit dem Unterschied zwischen den Förderperioden 2000 – 2006 und 2007 – 2013 an. *(Der Referent unterstreicht seine Ausführungen mittels einer PowerPoint-Präsentation.)*

Der Unterschied ist, kurz gefasst, dass die **INTERREG-Programme** zuerst Gemeinschaftsinitiativen waren, die andere, wichtigere Strukturmaßnahmen unterstützt haben. Jetzt sind sie ein eigenes **Ziel** geworden, parallel zu Ziel 1 und Ziel 2, die „Konvergenz“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ heißen. Man hat diese Kooperation oder diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgewertet, zuerst finanziell und dann im Rahmen der Verordnung.

Nun folgt ein wenig der Background von INTERREG zur **Europäischen Territorialen Zusammenarbeit**. Hier sieht man, wie es angefangen hat und wo wir heute sind. Heute beträgt die Höhe der Mittel 8,7 Milliarden €. Man sieht also, das ist stetig erweitert worden. Und das unterstreicht die Bedeutung, die INTERREG mittlerweile bekommen hat. In der Periode 1990 – 1993 war es nur grenzüberschreitend, danach grenzüberschreitend **und** transnational, jetzt ist es ein eigenes Ziel geworden. Die finanzielle Ausstattung ist auch interessant, denn: Es ist mehr Geld vorhanden. Das täuscht aber natürlich ein bisschen, denn zwischendurch gab es ja auch eine EU-Erweiterung; es gibt also jetzt mehr EU-Länder – und daher ist eben auch die finanzielle Ausstattung höher als vorher.

Ein weiterer interessanter Punkt: **Cross-Border-Programme**; auch das wurde erhöht, und zwar nicht nur von der Zahl her, sondern auch prozentuell. Da wurde also noch einmal eine weitere Konzentration, eben in Richtung grenzüberschreitend, unternommen.

Da wir heute in Österreich sind, möchte ich Ihnen auch einen kleinen Überblick über Geographie und Finanzübersicht präsentieren. Hier sehen Sie alle grenzüberschreitenden Programme, in die Österreich involviert ist, und zwar in der Periode 2007 bis 2013.

Hier sind alle Programme angeführt, in die Österreich involviert ist, und zwar mit dem Gesamtbudget und auch mit den **EFRE-Mitteln**; aufgeteilt in die drei Teilbereiche der europäischen Zusammenarbeit: grenzüberschreitend – was das Wichtigste ist, und zwar politisch als auch finanziell –, transnational und interregional. Auf die Bereiche „transnational“ und „interregional“ werde ich dann noch zurückkommen.

Diese Budgets sind, wie Sie sehen, alles zusammen genommen doch ganz erheblich, vor allem was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betrifft.

Referent Miguel Avila Albez

Zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen beziehungsweise Änderungen. Dadurch, dass die territoriale Zusammenarbeit in der allgemeinen Verordnung drinnen ist, sind die Kriterien natürlich strenger geworden. Jetzt gibt es also **vier Kriterien** – und zumindest zwei davon müssen erfüllt werden, ansonsten werden Projekte erst gar nicht angenommen. Das heißt: Gemeinsame Ausarbeitung, gemeinsame Durchführung, gemeinsames Personal und gemeinsame Finanzierung, sodass das wirklich eine gemeinsame und grenzüberschreitende Zusammenarbeit darstellt.

Ein anderes Prinzip, das neu dazugekommen ist, ist das sogenannte **Lead-Partner-Prinzip**. Das heißt: Jedes Projekt besteht aus vielen Partnern aus mehreren Ländern, aber **einer** muss die Koordination übernehmen. Das ist der sogenannte Projektkoordinator beziehungsweise sagen wir in Brüssel, dass das der Lead-Partner ist.

Die transnationale Zusammenarbeit ist auch eine interessante Sache und wird zukünftig sicherlich noch wichtiger werden, eben im Zusammenhang mit den sogenannten Makro-Regionen der Europäischen Union. Als Stichwort würde ich da einfach einmal die „**Ostsee-Strategie**“ nennen; vielleicht haben Sie davon schon gehört. Dadurch, dass die EU sehr viel größer geworden ist, eben zur EU der 27 Mitgliedstaaten, gibt es das Bedürfnis, bestimmte Großregionen noch einmal besonders zu fördern, da sie alle gemeinsam Ziele haben.

Hier zum Beispiel sehen Sie alle transnationalen Zusammenarbeitsprogramme, die es im Moment gibt: Baltic Sea, also Ostsee, Nordsee, Alpenraum, Mittelmeer, Karibik, Azoren, Madeira, Kanarische Inseln, Indischer Ozean mit Réunion, Atlantik und so weiter. – Das sind Makro-Regionen, die bestimmte Gemeinsamkeiten haben und für die bestimmte Strategien ausgearbeitet werden.

Zur **transnationalen Zusammenarbeit**: Auch da hat sich die Zielsetzung verändert, vor allem gibt es jetzt, würde ich sagen, einen verstärkten strategischen Ansatz. Man will Projekte fördern, die von strategischer Bedeutung sind, und zwar vor allem konkrete Projekte, also weniger Studien und so weiter. Wir wissen also, was zu tun ist – und wir müssen das **jetzt** tun.

Transnationale Projekte umfassen mindestens drei Mitgliedstaaten, wovon mindestens zwei aus der EU sind. Auch hier gelten das Lead-Partner-Prinzip und thematische Ausschreibungen.

Was mögliche Projektthemen betrifft, unterscheidet sich das nicht sehr erheblich von Ziel-1- oder Ziel-2-Förderungen. Natürlich muss ein Projekt gemeinsam gemacht werden, aber auch da wollen wir die sogenannte Lissabonisierung einführen. Das heißt: Wir wollen innovative Projekte fördern, Projekte eben im Bereich Hochtechnologie, Forschung und Entwicklung.

Zum dritten Bereich, zur **interregionalen Zusammenarbeit**: Das sind die sogenannten Netzwerkprogramme. Die sind in erster Linie dazu da, den Erfahrungsaustausch, Best Practice-Projekte zu präsentieren, um die Zusammenarbeit, um den Erfahrungsaustausch zwischen den Programmen und den jeweiligen Verwaltungen zu fördern.

Interessant beim Thema „Interregionale Zusammenarbeit“: Auch Norwegen und die Schweiz machen da mit.

Zusammenfassend: Was ist dabei neu? – Mehr Ehrgeiz, neue Arbeitsweisen, und vor allem wird bei der Auswahl der Projekte immer nach den besten Projekten geschaut, egal, auf welcher Landesgrenze sie sich sozusagen befinden.

Überlegungen im Zusammenhang mit **nach 2013** werden natürlich jetzt schon in der Kommission angestellt, und zwar sind da zwei Dinge zu unterstreichen: Die große Mehrheit der Akteure sagt, dass INTERREG und die territoriale Zusammenarbeit ein

Referent Miguel Avila Albez

wichtiger Teil der Kohäsionspolitik ist – und zukünftig noch wichtiger werden soll. Das heißt, dieser Teil der Politik ist erfolgreich, ist populär und wird daher auch künftig forciert werden.

Ein weiterer Konsens lautet: mehr Flexibilität. Das heißt: Nicht nur grenzüberschreitend, sondern zum Beispiel kann künftig eventuell auch ein Projekt zwischen Barcelona und Wien gefördert werden, wenn das aus europäischer Sicht Sinn macht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

9.17

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Nächster Referent ist Herr Botschafter Dr. Trauttmansdorff. – Bitte.

„Die völkerrechtlichen und bilateralen Rahmenbedingungen und Erfahrungen“

9.17

Referent Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten): Herr Präsident! Hoher Bundesrat! Ich werde versuchen, mich mit meinem Referat hier etwas einzupassen, denn die Relevanz des völkerrechtlichen Themas steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Praxis. Ich kann auch nicht umhin, zuerst einmal mit einer kleinen Provokation in diesem Saal zu beginnen, und zwar ist es das Verlesen des Artikels 10 Abs. 1 Z 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes:

„Bundessache ist die Gesetzgebung und die Vollziehung in folgenden Angelegenheiten: ...

2. äußere Angelegenheiten mit Einschluss der politischen und wirtschaftlichen Vertretung gegenüber dem Ausland, insbesondere Abschluss von Staatsverträgen, unbeschadet der Zuständigkeit der Länder nach Art. 16 Abs. 1; Grenzvermarktung; Waren- und Viehverkehr mit dem Ausland“ und so weiter.

Wir haben da seit vielen Jahren – als Steirer habe ich dafür ein ganz besonderes Verständnis – eine Überlagerung des Textes der Verfassung durch die Verfassungswirklichkeit – Gott sei Dank!, sage ich –, da sich die internationalen Beziehungen weiterentwickelt haben, und zwar in einer Weise, dass, hätte man da das Monopol des Bundes künstlich aufrechtzuerhalten versucht, das mit Sicherheit kontraproduktiv gewesen wäre.

In diesem Sinne hat sich natürlich eine weiträumige Praxis der interregionalen Beziehungen entwickelt – wie Sie alle selbst am besten wissen –, die zunächst in der täglichen Praxis stattfinden, etwa im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen, der diesbezüglichen Kontakt- und Netzwerkarbeiten in den Nachbarregionen, der kulturellen Zusammenarbeit einschließlich Erziehung, des Informations- und Erfahrungsaustausches, der Best Practices, wie schon gesagt wurde, zum Beispiel in den Bereichen Umwelt, Energie, Verkehr, Tourismus, aber auch eine politische Zusammenarbeit und die Wahrnehmung der Länderinteressen, wie wir es etwa von Seiten Tirols gegenüber Italien oder seinerzeit von Seiten der Steiermark, Niederösterreichs und des Burgenlandes gegenüber den Nachbarregionen noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs gehabt haben. Auch Volksgruppenfragen sollen in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.

Es gibt dann in diesem Rahmen auch eine einigermaßen institutionalisierte Zusammenarbeit – auf die komme ich noch kurz zu sprechen –, eine Zusammenarbeit auf Basis multilateraler und bilateraler Übereinkommen und letztlich dann die Zusammenarbeit im EU-Rahmen. Darauf und auf die praktische Seite wurde gerade hingewiesen.

Referent Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff

Ich möchte mich auf den Rahmen konzentrieren, den das Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften von 1980 als völkerrechtlicher Rahmen bietet.

Das Rahmenabkommen hat zwei Zusatzprotokolle, eines aus dem Jahr 1995 und eines aus dem Jahr 1998. 36 der 47 Europaratmitglieder haben das Abkommen ratifiziert, darunter alle Nachbarn Österreichs.

Die Idee des **Madriider Abkommens** ist, den Abschluss von Verträgen zwischen Regionen und Gemeinden in Grenzgebieten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu fördern und zu erleichtern.

Inhaltlich kann es dabei um Regionalentwicklung, Umweltschutz, den Ausbau von Infrastruktur, öffentlichen Diensten bis hin zur Gründung von grenzüberschreitenden Gemeinde- und Zweckverbänden gehen.

Das Rahmenübereinkommen verpflichtet die Staaten, sich zu bemühen, Hindernisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beseitigen und den Gemeinden, die grenzüberschreitend zusammenarbeiten, die gleichen Vorteile einzuräumen wie im Falle der innerstaatlichen Zusammenarbeit.

Zur Erleichterung der Zusammenarbeit enthält das Rahmenübereinkommen im Anhang eine Reihe von Modellverträgen, die es den Gemeinden, Regionen und Staaten ermöglichen sollen, für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit den für sie am besten geeigneten Rahmen zu wählen. Diese Muster können, müssen aber nicht verwendet werden.

Das **Zusatzprotokoll aus dem Jahre 1995** sieht eine Stärkung des Rahmenabkommens insofern vor, als es die Einsetzung von Einrichtungen beziehungsweise Organen für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit, allerdings immer eingeschränkt auf die verfassungsrechtlichen Kompetenzen der Gebietskörperschaften, vorsieht.

Das Zusatzprotokoll erkennt außerdem die Rechtspersönlichkeit dieser Organe beziehungsweise Einrichtungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an.

Das zweite **Zusatzprotokoll von 1998** nimmt eine Erweiterung der Regelungen des Rahmenübereinkommens und des ersten Zusatzprotokolls auf nicht aneinandergrenzende Gebietskörperschaften, das heißt eine interterritoriale Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften verschiedener Länder vor. – Ich komme dann sofort kurz auf das Problem, das sich hier stellt, zu sprechen.

Im Gespräch war auch ein drittes Zusatzprotokoll, womit ein Einheitsrecht für grenzüberschreitende Verbände für territoriale Zusammenarbeit geschaffen werden sollte. Dies ist aber durch die Entwicklungen im EU-Rahmen, durch die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit überlagert.

Es gibt Länder, für die eine direkte Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften nur dann möglich ist, wenn Durchführungsvereinbarungen zum Madriider Rahmenübereinkommen geschlossen werden.

Das hat dazu geführt, dass wir in zwei Fällen solche bilaterale Rahmenübereinkommen geschlossen haben. Das eine ist das Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von 1995, und das zweite ist das Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften.

Referent Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff

Ich möchte aber sagen, dass der völkerrechtliche Rahmen, der mit diesem Rahmenabkommen gegeben ist, für Österreich dadurch eingeschränkt ist, dass er darauf verweist, dass die völkerrechtlichen Möglichkeiten nur im Rahmen der Befugnisse, die das jeweilige innerstaatliche Recht den Gebietskörperschaften einräumt, ausgeübt werden kann. Das führt dazu, dass ohnehin die österreichischen Länder diesbezüglich wieder auf die Möglichkeiten des Artikels 16 der Bundesverfassung, Länder-Staatsverträge durchzuführen, zurückverwiesen werden beziehungsweise auf die bisherige Praxis, die sich außerhalb der hoheitlichen Verwaltung im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung rein formal gesehen abspielt.

Die Schwäche des Artikels 16 B-VG ist, wie wir alle wissen, dass er nur für Zusammenarbeit mit Regionen in angrenzenden Staaten. Das heißt, es ist zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein möglich, aber für eine Zusammenarbeit mit irgendwelchen 50 oder 60 Kilometer entfernten Gespanschaften in Kroatien ist zum Beispiel keine Rechtsgrundlage gegeben. Das ist eine Schwäche, die durch die Bundesverfassung vorgegeben ist; sie ist bisher noch nicht angepasst worden.

Der Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Länder kann auch institutionell gegeben sein. Das ist im eigentlichen Sinne nicht Völkerrecht, aber doch insofern, als hier Verpflichtungen eingegangen werden und zumindest institutionelle Abhängigkeiten geschaffen werden. Das sind vor allem die Arbeitsgemeinschaften ARGE Alpen-Adria und ARGE Donauländer.

Insgesamt möchte ich sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und den angrenzenden Regionen sich schon in der Praxis weitgehend entrechtlicht hat und dass daher der völkerrechtliche Rahmen zwar gegeben ist, aber von relativ geringer und begrenzter praktischer Relevanz ist. Für Details stehe ich dann in der Diskussion noch zur Verfügung. – Danke. *(Beifall.)*

9.27

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Nächster Referent ist Herr Mag. Arbter vom Bundeskanzleramt. – Bitte.

„Die innerstaatlichen Finanzierungsinstrumente für grenzüberschreitende Regionalprojekte“

9.28

Referent Mag. Roland Arbter (Bundeskanzleramt): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nähere mich dem Thema „Grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit“ vom Blickwinkel des Bundeskanzleramtes in seiner Funktion als koordinierende Stelle für die EU-Regionalpolitik. Insofern werde ich mit den Ausführungen des Kommissionsvertreters etwas redundant sein und versuchen, das Thema aus einer österreichischen Brille zu beleuchten und den Brückenschlag dann zu den Praxisbeispielen von den Länderkollegen zu schlagen.

Ich beginne ganz einfach mit einer Karte, mit der Geographie (*der Referent unterstreicht seine Ausführungen mittels einer PowerPoint-Präsentation*), wo ganz offensichtlich ist, dass Österreich kein Inselstaat ist, dass grenzüberschreitende Bezüge im Alltag der Bürger, in der Politik eine große Bedeutung spielen und mit der europäischen Integration noch verstärkt wurden. Das gilt sowohl grenzüberschreitend als auch in Bezug auf bestimmte Aufgaben großräumig – Flusseinzugsgebiete, Transportkorridore sind in großräumiger Kooperation zu bearbeiten, während Dinge, die den Bürgern oft näher sind, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu intensivieren sind.

Die Fakten sind relativ einfach: Drei Viertel der Bevölkerung leben in Grenznähe, die Landeshauptstädte liegen in Grenznähe, grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein wichtiger Aufgabenbereich. Daraus entsteht die politische Aufgabe, über Verwaltungs-

Referent Mag. Roland Arbter

grenzen zusammenzuarbeiten. Das bedarf gewisser rechtlicher Grundlagen, das bedarf aber auch der praktischen Zusammenarbeit. In diesem weiten Feld der praktischen Zusammenarbeit im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bewegen sich die EU-Programme im Sinne auch eines Experimentierfeldes, um neue Lösungen, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Ich kann jetzt die **EU-Rahmenbedingungen** relativ rasch durchgehen, möchte aber darauf hinweisen, dass trotz der Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene der budgetäre Anteil nach wie vor relativ gering ist. Das gilt europaweit, es gilt für diese drei Ausrichtungen der internationalen Zusammenarbeit. Und es gilt auch für Österreich – das sollte man nicht vergessen –, dass der finanzielle Nutzen zwar gegeben ist, dass der Mehrwert dieser Programme aber nicht nur vom finanziellen Nutzen lebt, sondern oft die Anstoßförderung im Vordergrund steht. Das Anreizsystem einer Förderung, dass etwas passiert, sollte nicht aus den Augen verloren werden.

Der Herr Kollege von der Kommission hat die europäischen Karten in den beiden Ausrichtungen transnational und grenzüberschreitend schon gezeigt. Für Österreich bedeutet das im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit die Möglichkeit, in den drei folgenden Programmen zu kooperieren: im Alpenraum-Programm, im sogenannten Zentraleuropa-Programm und im Südosteuropa-Programm. In zwei dieser beiden Programme liegt die Programmverantwortung sogar in Österreich, im Alpenraum-Programm beim Land Salzburg, im Zentraleuropa-Programm bei der Stadt Wien.

Die **grenzüberschreitenden Programme** wurden auch bereits erwähnt. Es sind sieben an der Zahl. Bei einigen davon liegt die Programmverantwortung ebenfalls in Österreich, in den österreichischen Bundesländern, bei anderen im benachbarten Ausland.

Der Finanzrahmen sei ganz kurz aufgezeigt. Es sind einige Millionen Euro für mehrere Jahre. Das ist ein Rahmen von 2007 bis 2013. Die EU-Kofinanzierung macht den Großteil aus, aber alle Projekte sind auch national kofinanzieren, in Österreich auf dem System einer nationalen Kofinanzierung, die von den Projektpartnern selbst aufzustellen ist. Das heißt, es gibt kein zentrales nationales Instrument zur Kofinanzierung grenzüberschreitender und transnationaler Projekte, sondern der nationale Kofinanzierungsanteil ist jeweils vom Projektpartner – sei es eine Landesstelle, eine Bundesstelle oder eine sonstige Stelle – mitzubringen.

Es ist auch bekannt, dass die EU-Förderungen aus Verwaltungssicht nicht unbedingt sehr leicht zu bekommen sind. Sie sind mit einem gewissen Verwaltungs- und Kontrollaufwand verbunden. Insofern ist durchaus festzustellen, dass dieser EU-Rahmen nicht für jedes Projekt, für jeden Partner der optimale Rahmen ist, dass ein gewisses Dilemma zwischen der Anreizfunktion dieser grenzüberschreitenden Programme und dem Verwaltungsaufwand, der damit verknüpft ist, besteht. In der Praxis – die Länderkollegen werden darüber berichten – gibt es aber vielfältige Service- und Unterstützungseinrichtungen, um den Projektpartnern das Leben nicht allzu schwer werden zu lassen.

Nochmals der Hinweis auf die **Qualitätskriterien**: Ein gutes Projekt definiert sich unserer Erfahrung nach nicht nur durch die Menge des Geldes, das von der EU über eine EU-Finanzierung lukriert werden konnte, sondern es geht insbesondere um Projekthalte, es geht um die Qualität der Partnerschaft, und es geht, um die Administration zu erleichtern, natürlich um eine effiziente Projektorganisation. Es geht auch um die Sichtbarkeit, um den Mehrwert einer EU-Förderung in Österreich. Ich werde auf den Punkt später noch einmal zurückkommen.

Ich komme zu den Erfahrungen aus der letzten Periode. Sie sehen, dass in den grenzüberschreitenden Programmen durchaus eine Vielzahl von Projekten gefördert wurde.

Referent Mag. Roland Arbter

Man kann durchaus feststellen, dass diese Programme auch für Österreich einen gewaltigen Mobilisierungseffekt gebracht haben. Die Frage: Wozu brauchen wir eine EU-Förderung, wir könnten das ja auch alleine machen?, stimmt zwar theoretisch, aber praktisch zeigt sich, dass durch die EU-Programme ein gewaltiger Mobilisierungseffekt zu beobachten war.

Diese Mobilisierung hat einen Vernetzungs- und Internationalisierungseffekt nach sich gezogen. International haben diese Programme dazu beigetragen, dass Leute aus der Verwaltung, Leute aus öffentlichen Stellen, aber auch aus privaten Institutionen hier verstärkt international kooperieren und interessanterweise auch österreich*intern* kooperieren. Das heißt, man kann durchaus feststellen, dass innerhalb eines EU-Programms die nationale Kooperation zwischen Gebietskörperschaften oft leichter funktioniert als außerhalb, zumindest von unserer Seite aus.

Damit ist oft ein gewisser, wie wir ihn nennen, Governance-Effekt verknüpft. Das heißt, es kommt zu neuen Formen der Zusammenarbeit abseits administrativer Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften, aber auch sektorübergreifend zwischen Fachbereichen, die normalerweise nicht so intensiv zusammenarbeiten.

Abschließend noch der Hinweis auf die **Sichtbarkeit** gerade der Projekte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es zeigt sich, dass gerade diese Projekte relativ einfach den Bürgern zu vermitteln sind. Der Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Grenzregionen kann durch EU-geförderte Projekte vermittelt werden. Das ist ein – wie ich meine – nicht uninteressanter, auch politischer Punkt. Das Potential gerade dieser grenzüberschreitenden Programme hinsichtlich der politischen Visibility von EU-Förderungen in Österreich sollte unserer Meinung nach nicht unterschätzt werden.

Damit bin ich auch schon am Schluss, obwohl das rote Licht noch nicht geleuchtet hat. Falls es Fragen gibt, stehe ich gerne zur Verfügung. Ich habe in den Unterlagen zwei Internetadressen angeführt, wo Sie detailliertere Informationen erhalten können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

9.37

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank für die Ausführungen.

Wir kommen nun, wenn es gewünscht wird, zu einer kurzen Fragerunde. Wir wollen den Formulkrieg mit den Wortmeldungen nicht übertreiben. Ich kann die Wortmeldung auch pragmatisch durch Handzeichen entgegennehmen. In diesem Fall bitte ich, an das Rednerpult zu kommen und den Namen zu nennen, damit das entsprechend protokolliert werden kann.

Möchte jemand etwas zu den bisherigen Ausführungen fragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann nützen wir die Gelegenheit und setzen gleich fort.

Wir kommen somit zu den Praxisbeispielen regionaler Zusammenarbeit aus den einzelnen Bundesländern in Form von Kurzreferaten.

Ich darf auf die nun fünfminütige Redezeit hinweisen und erteile Herrn Hofrat Mag. Schachinger, der ein Praxisbeispiel aus dem Burgenland referieren wird, das Wort. – Bitte, Herr Hofrat.

„Der grenzüberschreitende Naturpark Geschriebenstein–Irottkö“

9.38

Referent WHR Mag. Georg Schachinger (Regionalmanagement Burgenland): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Bundesrates! Geschätzte Damen und

Referent WHR Mag. Georg Schachinger

Herrn des Nationalrates! Geschätzte Gastredner und Experten aus den Bundesländern! Mein Name ist Georg Schachinger, ich komme vom Regionalmanagement Burgenland und habe heute das Vergnügen, ein praktisches Beispiel für die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit aus dem Burgenland vorstellen zu dürfen.

Ich werde hauptsächlich mit Bildern arbeiten, weil man Bilder auf einen Blick erfassen kann, während lange Texte mehr Zeit in Anspruch nehmen, und bei fünf Minuten Redezeit ist die Zeit sehr knapp. Wir haben im Burgenland eine Reihe von Naturparks, auch grenzüberschreitenden Naturparks, und als praktisches Beispiel kurz präsentieren möchte ich Ihnen den Naturpark Geschriebenstein–Irottkö. *(Der Referent unterstreicht seine Ausführungen im Folgenden mittels einer PowerPoint-Präsentation.)*

Zum Allgemeinen: Wir haben im Burgenland sechs Naturparks mit einer Gesamtfläche von mehr als 53 000 Hektar. Das sind zirka 13,5 Prozent der gesamten Landesfläche, also doch ein sehr großer Anteil an der Gesamtfläche vom Land Burgenland. Der Naturpark Geschriebenstein–Irottkö selbst hat mehr als 8 000 Hektar in Österreich, also auf der burgenländischen Seite, und 27 000, also mehr als dreimal so viel, auf der ungarischen Seite. Er umfasst vier Gemeinden in Österreich, die Stadt Kőszeg und fünf Gemeinden in Ungarn.

Zum Naturpark allgemein möchte ich noch anmerken: Der Naturpark hat vier Hauptaufgaben, und zwar: den Schutz, die Erholung, die Bildung und, last but not least, die Regionalentwicklung.

Kommen wir zunächst zu den investiven Maßnahmen. Wir haben eine Reihe von baulichen Aktivitäten entwickelt. Zur Unterbringung der Naturparkbüros haben wir hauptsächlich schon bestehende Baulichkeiten verwendet, deren Zweck nicht mehr gegeben war, und sie adaptiert. Zum Beispiel ist eine alte Wassermühle, die nicht mehr in Funktion war, wieder vitalisiert worden. Sie hat ein Wasserrad bekommen und auch das dazu notwendige Wasser, und es wird dort wieder Korn vermahlen. In einer angeschlossenen Bäckerei gibt es ein Schaubacken, wo man den Weg des Kornes bis zum Gebäck nachverfolgen kann.

Auf der ungarischen Seite gibt es auch ein Besucherzentrum und einen Aussichtsturm, so ähnlich wie auf der burgenländischen Seite.

Kommen wir jetzt zu konkreten Botschaften, die dieser Naturpark vermitteln will. Es sind hauptsächlich praktische Arbeiten oder Bildungswege, auf denen man auf leicht verständliche Weise die Inhalte vermittelt bekommt.

In dieser Gegend hat es früher viele Kohlenmeiler gegeben. Das Bild zeigt ein Beispiel, wie früher so ein Kohlenmeiler funktioniert hat. Das ist besonders für Kinder sehr interessant, die sich das nicht mehr vorstellen können.

Des Weiteren gibt es einen Jagdlehrpfad und auch einen Schmetterlingslehrpfad. In dieser Gegend findet man noch wirklich viele Schmetterlinge, und man kann im Rahmen eines Lehrpfades diese verschiedenen Arten von Schmetterlingen kennenlernen.

Weiters: eine Schauschmiede und einen Pilzlehrpfad. Die Gegend hat ein wirklich schönes, großes zusammenhängendes Waldgebiet, ein Eldorado für Schwammerlsucher, und deswegen gibt es im Naturpark Geschriebenstein auch einen Pilzlehrpfad.

Auch eine Kalkbrennerei kann man besichtigen, ebenso einen Steinlehrpfad. Wir sehen auf diesem Bild eine sogenannte Basaltbombe. Am Pauliberg gab es vor sehr langer Zeit vulkanische Tätigkeit, und dort finden sich heute diese Kugeln, die im Fachjargon „Basaltbomben“ heißen. Daran kann man eben die Auswirkungen der vulkanischen Tätigkeit auch heute noch erkennen.

Referent WHR Mag. Georg Schachinger

Sehr wichtig im Burgenland: ein Weinlehrpfad. In dieser Gegend gibt es gute Weine und daher auch einen Weinlehrpfad.

Zum Walderlebnis-Weg darf ich Folgendes anmerken: Es ist vielfach so, dass die Kinder heute die Natur nicht mehr in demselben Ausmaß erleben wie in früheren Zeiten, auch nicht die Tiere, nicht nur die Wildtiere nicht, sondern auch die Haustiere nicht, und daher gilt es, diesen Bezug herzustellen, vor allem den Kindern den Wald und die Wildtiere näherzubringen.

In Lockenhaus gibt es einen Skulpturen-Weg, der die verschiedenartigsten Skulpturen ausstellt. Diese Skulpturen werden im Rahmen von jährlichen Bildhauersymposien von Künstlern aus verschiedenen Ländern erarbeitet – also auch grenzüberschreitende Arbeit.

Es gibt noch eine Reihe von geführten Wanderungen, von Erlebnistouren, einige davon sind hier aufgelistet.

Im Rahmen der schulischen Ausbildung finden auch laufend sogenannte Waldpädagogische Wanderungen statt, bei denen den Kindern der Wald insgesamt als Lebensraum, aber auch die einzelnen Baumarten und die Natur von Fachleuten vermittelt werden.

Wir haben schon ein Bild von einem Schmetterling gesehen – es gibt auch eine sogenannte Nacht der Falter.

Es gibt noch – ich komme schon zum Ende – eine ganze Reihe von anderen Aktivitäten in den Naturparks. Wenn es noch Fragen dazu gibt, stehe ich gerne zur Verfügung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

9.46

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank, Herr Hofrat.

Als Nächster Herr Mag. Schabus. – Bitte.

**„Der Kleinprojektfonds – eine Chance für lokale Akteure
zur grenzüberschreitenden Kooperation“**

9.46

Referent Mag. Armin Schabus (Amt der Kärntner Landesregierung): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Der Kleinprojektfonds – eine Chance für lokale Akteure zur grenzüberschreitenden Kooperation“ – ein Thema, das vor allem in Kärnten in der letzten Programmperiode von Bedeutung war.

Warum habe ich dieses Thema gewählt? – Der Kleinprojektfonds ist ein Instrument, ein Finanzierungsinstrument, das vor allem kleinen Akteuren dient, also Akteuren, die meist keine finanziellen oder auch personellen Ressourcen haben, um den erforderlichen administrativen Aufwand für grenzüberschreitende Projekte – in dem Ausmaß, sage ich einmal, wie es notwendig wäre – zu bestreiten. Deswegen gibt es diesen Dispfonds – wie er manchmal auch genannt wird –, der Verfahren vorsieht, die den administrativen Aufwand für solche Träger minimieren.

Was ist die Zielgruppe dieses Kleinprojektfonds? – Die Zielgruppe umfasst vor allem Vereine aus dem Bereich Soziales und Kultur, aber auch Sportvereine, auch Gemeinden vor allem in Grenznähe. Ausgeklammert sind vor allem, sage ich einmal, potenziellere Projektträger, wie sie meistens in den Ländern im Sinne von Universitäten, Wirtschaftskammern, Landwirtschaftskammern oder auch Abteilungen der einzelnen Landesregierungen zu finden sind.

Referent Mag. Armin Schabus

Ziel dieses Kleinprojektfonds ist es vor allem, Sichtbarkeiten vor Ort, in der Region zu erzeugen. Das mag auf den ersten Blick vielleicht etwas eigenartig klingen, dass Projekte, die meistens über ein sehr großes Finanzvolumen verfügen, in der Bevölkerung selbst nicht als solche wahrgenommen werden. Ein Kleinprojektfonds mit Gesamtkosten eines Einzelprojektes von maximal 15 000 €, wie das in Kärnten der Fall war, erzeugt aber vor allem bei diesen Kleinprojekträgern sehr wohl ein positives Bild der Europäischen Union. Wenn zum Beispiel Investitionen vor Ort getätigt werden, so prägen sich diese meist nicht als sichtbares Zeichen der Union in die Köpfe der Leute ein.

Zu den Rahmenbedingungen. – Wir haben von Mag. Arbter gehört, der administrative Aufwand ist für normale Projekte relativ groß. Im Rahmen des Kleinprojektfonds haben wir eben versucht, diesen Aufwand, so gut es geht, für die Zielgruppe zu minimieren. Das ist teilweise gelungen, teilweise ist es nicht gelungen; wenn es gelungen ist, dann nur mit sehr intensiver Betreuung. Intensive Betreuung heißt in diesem Zusammenhang massive Unterstützung regionaler Strukturen vor Ort, sprich der Regionalmanagements oder auch der regionalen Entwicklungsagenturen in Slowenien.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo der Kleinprojektfonds in der vergangenen Periode als eigene Maßnahme geführt wurde, haben wir in Kärnten diesen Kleinprojektfonds im Rahmen eines grenzüberschreitenden Projektes umgesetzt. Das heißt, es gab hier eine Kooperation zwischen den Regionalmanagements in Kärnten und den regionalen Entwicklungsagenturen der angrenzenden slowenischen Regionen Koroška, Gorenjska und Savinjska.

Diese Zusammenarbeit hat sich aus einem INTERREG IIIC-Projekt entwickelt, und daraus hat sich dann eine Arbeitsgemeinschaft, die ARGE cross border Karawanken, gebildet, die letztendlich diesen Kleinprojektfonds als Schirmprojekt abgewickelt hat.

Es wurden im Rahmen dieses Schirmprojektes in Kärnten 38 kleine Projekte mit Gesamtkosten von insgesamt 600 000 € umgesetzt; zwischenzeitlich sind auch alle Projekte abgeschlossen. Über 60 Projekte wurden eingereicht, aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Mittel konnten wir aber nur 38 fördern.

Da meine Redezeit beschränkt ist und das Licht schon blinkt, werde ich die Evaluierungsergebnisse überspringen und nur noch einen kurzen Ausblick und ein Resümee bringen. Aufgrund der erfolgreichen Umsetzung in der Vergangenheit planen wir, auch in der kommenden Periode beziehungsweise laufenden Periode wieder solch einen Kleinprojektfonds einzurichten. Dieser wird seit beinahe zwei Jahren vorbereitet, zusammen mit den slowenischen Entwicklungsagenturen, unter den neuen Strukturfonds-Bedingungen. Wie schon gehört, spielt das Lead-Partner-Prinzip natürlich auch hier eine bedeutende Rolle.

Sollte es Ihrerseits Fragen zu diesem Thema geben, so stehe ich Ihnen anschließend oder auch via E-Mail sehr gerne zur Verfügung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

9.53

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank, Herr Mag. Schabus.

Als Nächste kommt Frau Mag. Priedl zu Wort, die über ein Praxisbeispiel aus Niederösterreich referieren wird.

„Technologie- und Innovationspolitik“

9.53

Referentin Mag. Irma Priedl (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte Sie herz-

Referentin Mag. Irma Priedl

lich begrüßen. Ich komme aus Niederösterreich und bringe Ihnen drei Praxisbeispiele aus dem Bereich **Innovation und Technologie**. (Auch Referentin Mag. Priedl unterstreicht ihre Ausführungen im Folgenden mittels einer PowerPoint-Präsentation.)

Das erste Beispiel ist ein Beispiel für überregionale Zusammenarbeit in einem Projekt, das aus dem 6. Rahmenprogramm gefördert wurde. Wir haben versucht, die Auswirkungen von Innovationspolitik zu messen. Es waren sieben Regionen involviert, quer durch Österreich, und wir haben begonnen, zuerst einmal die Regionen zu vergleichen. Wie Sie an diesem Spiderdiagramm sehen, gab es auf Basis von statistischen Indikatoren Vergleichsmöglichkeiten, und wir konnten – der dicke blaue Strich ist Niederösterreich – sehr wohl auch auf Basis der Daten feststellen, wo wir aus unserer Sicht Schwächen haben, aber auch, wo unsere Vorteile liegen, und konnten dann in näheren Gesprächen und intensiven bilateralen Diskussionen einen tieferen Einblick in andere Politiken, in andere Ansatzpunkte erhalten.

Der Nachteil bei statistischen Vergleichbarkeiten auf Regionsebene – es war einfach dieser oder ist es noch immer –: Es gibt wenig Indikatoren auf Regionalebene, die Vergleichbarkeit ist daher sehr schlecht. Es gibt überwiegend sehr alte Daten, und das ist auch nicht besonders dienlich. Alle Daten haben den Innovationsfokus, wenn man sich das aber genauer ansieht, so sind das einfach Indikatoren zum Bereich Forschung und Entwicklung.

Wir sind dann weitergegangen bei diesem Projekt und haben uns angesehen: Welche Politiken gibt es innerhalb der Regionen? Wie, durch welche Intermediäre werden sie umgesetzt, durch welche Serviceleistungen? Welche Auswirkungen haben diese Serviceleistungen auf die Unternehmen? Wir haben uns das über Fragebogen angesehen.

Hier ist einfach nur ein Chart aus sehr vielen, der zeigt: Wir haben Defizite in F&E-Ausgaben, in betrieblicher wie auch öffentlicher Sicht. Wir haben eine sehr schwache Infrastruktur – zum damaligen Zeitpunkt, das Projekt ist abgelaufen. Wie sieht unsere Budgetaufteilung aus? Da sehen wir, dass wir im Budget sehr wohl einen massiven Schwerpunkt auf technologieorientierte Serviceleistungen legen.

Schlussfolgerung war: In dem Bereich, wenn man zu Politiken, zur Umsetzung und zu den Auswirkungen bei den Firmen geht, hängt sehr viel von individuellen Interpretationen ab, und diese Indikatoren oder das, was herauskommt, sind nicht einfach so per se vergleichbar. Da muss man in Diskussionen mit den anderen Regionen – Limburg, Bretagne oder was auch immer – treten. Schlussfolgerung für uns aus diesem Projekt war: Vergleichbarkeit ist gut, aber innerhalb des Staates ist das doch einfacher, weil man gleiches Datenmaterial zur Verfügung hat.

Das zweite Beispiel ist ein grenzüberschreitendes, das jüngst aus Strukturfondsmitteln genehmigt wurde. Die Basis für dieses Projekt ist die Plattform für Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die von Wien geleitet wird – Sie werden später noch mehr darüber hören –, das ist die Plattform **Centrope** mit den angrenzenden Regionen. Aus dieser Rahmenbedingung heraus hat Niederösterreich ein Projekt initiiert im Bereich Technologie, wo es einerseits um Technologie-Mapping in den umliegenden Regionen geht: Wer hat welche technologische Kompetenz an Universitäten und Forschungseinrichtungen? Welche Unternehmen gibt es? Wie erleichtern wir den Zugang für unsere Betriebe zu diesen Kompetenzen, dass sie nutzbar werden? Wir werden andererseits in dem Bereich auch einen finanziellen Anreiz zu grenzüberschreitender Kooperation Wissenschaft – Wirtschaft geben.

Das dritte Projekt ist ein überregionales Projekt, wo es um einen tatsächlichen Transfer von guten Beispielen geht. Auch hier haben wir ein Konsortium, das über ganz Europa verstreut ist. In dem jüngst genehmigten **Fast Track-, INTERREG IVC-Projekt**, das im

Referentin Mag. Irma Priedl

Juli gestartet ist, geht es um Transfer; hier zum Beispiel die niederösterreichische Linie. An niederösterreichischen Beispielen ist man sehr interessiert. Da ist einerseits das TIP-Coaching, eine Initiative mit der Wirtschaftskammer. Das Zweite ist der Innovationsassistent, an dem große Nachfrage besteht, und das Dritte sind einfach Rahmenbedingungen für F&E-Förderung.

Wir in Niederösterreich sind interessiert an einer Verstärkung der Kooperation Wissenschaft – Wirtschaft, aber auch an Themen wie in der Toscana beispielsweise **Corporate Social Responsibility**, um das Thema Nachhaltigkeit vielleicht auch selbst aufzugreifen und Erfahrungen aus anderen Regionen einzubringen.

Das wären in aller Kürze diese drei Praxisbeispiele zum Thema Innovations- und Technologiepolitik gewesen, und selbstverständlich stehe auch ich für Fragen zur Verfügung. – Danke. (*Beifall.*)

9.59

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank, Frau Mag. Priedl.

Nächster Referent ist Herr Oberbaurat Dipl.-Ing. Schrötter, der über ein Praxisbeispiel aus Oberösterreich referieren wird. – Bitte.

„Radtourismus von der Donau nach Südböhmen“

9.59

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wie schon gesagt wurde, komme ich aus Oberösterreich. Oberösterreich war das erste Bundesland in Österreich, das bereit war, Verantwortung für ein grenzüberschreitendes Programm zu übernehmen, und zwar für das Programm zwischen Österreich und Deutschland, genauer gesagt im Freistaat Bayern im Jahr 2000. Wir haben jetzt in der neuen Förderperiode – auf Wunsch aller anderen Partner – wieder die Verantwortung für das Programm übernommen. Diese Verantwortung bedeutet viel Mehrarbeit für das Land Oberösterreich. Aber es ist ganz klar der Wunsch des Landes Oberösterreich, denn: Wer vorne mitmarschieren will, muss auch Verantwortung übernehmen.

Ich sage bei unserem Programm immer, wir ziehen die Furchen, und die anderen sollen sich danach richten. Das trifft auch auf die Tatsache zu, dass unser Programm Österreich – Bayern eines der ersten war, das in Brüssel genehmigt wurde. Wir haben viele Diskussionen mit der Kommission geführt, auch über den Namen **INTERREG**. INTERREG war ein Name, den die Kommission eigentlich in den neuen Programmen nicht mehr haben wollte. Vorgesehen war der Titel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Wir konnten aber die Kommission überzeugen, dass INTERREG eine gut eingeführte Marke ist, die man weiterhin erhalten sollte. Daher heißt unser Programm auch weiterhin **INTERREG 4 Österreich – Bayern**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen zum Thema **Tourismus** ein kurzes Referat liefern. (*Der Referent unterstreicht seine Ausführungen mittels einer PowerPoint-Präsentation.*)

Radfahren liegt im Trend, ich glaube, in ganz Österreich. Im Rahmen der Gästebefragung Tourismus Monitor Austria vom Sommer 2006 wurde für Oberösterreich erhoben, dass 20 Prozent der oberösterreichischen Gäste im Urlaub mit dem Rad unterwegs sind und 13 Prozent aller Gäste eindeutig einen Rad- oder Mountainbike-Urlaub in Oberösterreich machen.

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter

Das heißt, Radfahren ist ein wichtiges Thema in Oberösterreich, und dem Radfahrer ist es egal, ob er in Bayern, ob er in Österreich fährt, mittlerweile auch, ob er in Tschechien fährt, nachdem Schengen auch in Tschechien gilt.

Wir in Oberösterreich haben ein Radwegenetz, das aus 2 100 Kilometern einheitlich beschilderten Radwegen besteht, sechs Top-Radrouten: Donau-, Inntal-, Ennstal-, Römer-Grenzlandradweg, Salzkammergut-Radweg, und dazu gibt es 26 kürzere Ausflugsrouten, die zumeist Rundrouten sind. Diese Hauptrouten sind natürlich keine oberösterreichischen Routen. Die kommen aus dem Ausland, gehen in andere Bundesländer, beginnen in Oberösterreich, gehen ins Ausland und so weiter. Also hier ist INTERREG natürlich für Radtourismus, für die Bewerbung des Radtourismus, für internationalen grenzüberschreitenden Radtourismus ein sehr wichtiger Aspekt.

Oftmals bestand die Vorstellung, dass Radtouristen die ehemaligen ostdeutschen Touristen sind, die mit Sack und Pack durch Österreich radeln und hier keine Wertschöpfung lassen. Das ist nicht so! Radfahrer geben durchschnittlich 113 € pro Tag aus – ein normaler Sommergast nur 106 €. Dieses Klischee stimmt also nicht. Radtouristen sind durchaus potentielle Touristen, die eine hohe Wertschöpfung für uns bringen. Sie sind „Wiederholungstäter“, was natürlich auch wichtig ist. Das heißt, ein Radfahrer kommt öfter. Er fährt nicht einmal den Donauradweg, er kommt immer wieder, und deswegen ist es auch wichtig, ihm hier neue Nuancen zu bieten, neue Möglichkeiten zu schaffen, damit er ein zweites Mal fährt und nicht wieder genau dasselbe macht.

Dazu möchte ich Ihnen jetzt zwei Beispiele zeigen, was wir aus INTERREG gemacht haben, um Radfahren attraktiver zu machen. Das erste Beispiel ist eine kleine regionale Aktion, und das zweite ist eine größere Aktion.

Beispiel 1: Mariensteg, eine Rad- und Gehwegbrücke über den Inn zwischen den beiden Gemeinden Wernstein am Inn und Neuburg am Inn. An dieser Stelle bestand in den vorigen Jahrhunderten eine Brücke; aufgrund eines Unglücksfalls gibt es diese seit Jahrzehnten nicht mehr. Es gab lang den Wunsch, hier wieder etwas zu tun. Das Programm **INTERREG Österreich – Bayern** hat dieses Projekt realisiert.

Es gab viele Schwierigkeiten, aber letztendlich wurde diese Brücke gebaut, die sehr wichtig ist für gemeinsame Wander- und Radveranstaltungen. Die bayrischen Bürger aus Neuburg fahren jetzt mit der Eisenbahn in die nahegelegene Stadt Passau und nicht mehr mit dem regionalen Postbus. Die fußläufige Erreichbarkeit gemeinsamer Gemeinderatssitzungen der beiden Gemeinden ist ein weiterer Nutzen dieser Brücke. Sie liegt optimal, um kleine Ausflugstouren zwischen Passau und Schärding als Rundkurse zu absolvieren, was für die heimische Gastronomie und den Tagestourismus sehr wichtig ist.

Zum zweiten Projekt ganz kurz. Wie gesagt, viele Touristen radeln entlang der Donau: 300 000 jährlich. Ziel war es, diese Radler auch ein bisschen von der Donau wegzubringen, auch zum Beispiel Richtung Moldau, Richtung Lipno-Stauseen. Problem: Wir haben eine Höhendifferenz von 600 Metern, die schwierig zu überwinden ist. Deswegen gab es ein gemeinsames Projekt zwischen Oberösterreich Tourismus, Südböhmischen Tourismus, den ÖBB und den Tschechischen Staatsbahnen sowie den Donau- und Moldau-Schiffahrtsunternehmen, um hier eine Kombination von Eisenbahntourismus und Radtourismus zu schaffen und die Radfahrer auch zu den Schönheiten des nahegelegenen Lipno-Stausees zu bringen. Zu diesem Zweck wurden Packages geschaffen, wurde eine entsprechende Homepage erstellt und so weiter.

Bei mir leuchtet leider das Licht schon. – Sie sehen hier als Beispiel, wie diese Prospekte aussehen. Sie sehen hier auch die zweisprachige Homepage, wo man all diese Dinge abrufen kann.

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter

Zum Schluss habe ich Ihnen noch drei Web-Adressen angeführt, wo Sie viele weitere Informationen über diese beiden Programme finden können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

10.06

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank, Herr Oberbaurat.

Nächster Referent ist Herr Dr. Salletmaier aus Salzburg. – Bitte.

**„Grenzübergreifende Zusammenarbeit als Beitrag
zur Stärkung des Standorts Salzburg“**

10.06

Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA (Amt der Salzburger Landesregierung): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Grenzüberschreitende und grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bundesland Salzburg hat zwar eine alte Tradition, die aber mit der Einführung der INTERREG-Initiative, durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wieder eine Verstärkung gefunden hat. (*Der Referent unterstreicht seine Ausführungen mittels einer PowerPoint-Präsentation.*)

Ich möchte, bevor ich auf die Praxisbeispiele eingehen werde, ganz kurz die Schwerpunkte und die Gründe für die Umsetzung dieser Projekte und Programme darstellen. Bei der Entwicklung der Strukturfonds-Programme zwischen 2007 und 2013 sind wir von der Überlegung ausgegangen, dass die drei Schwerpunkte betriebliche Innovation, Standortstärkung und Know-how-Aufbau sowie Netzwerkentwicklung über verschiedene Programmlinien durchzuführen sind. Wie Sie der Grafik entnehmen können, ist der Bereich INTERREG, also grenzüberschreitende Kooperation, sehr gut geeignet, die Standortstärkung durchzuführen und Kooperationen herbeizuführen.

Was sind die Herausforderungen für einen starken Standort Salzburg? – Ein wirtschaftlich gut dastehender, prosperierender Zentralraum Salzburg mit einer Grenze an einer Seite, die lange Zeit die Entwicklungsmöglichkeiten sehr stark einschränkte.

Unsere Überlegungen bei der Umsetzung der Programme sind: Wie können wir diese Situation verbessern? Es muss einerseits eine Abstimmung der räumlichen Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze geben. Eine Lösung des Verkehrsproblems, das vor allem durch das Deutsche Eck, aber auch durch die Zentralräumlichkeit gegeben ist. Die Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und eines gemeinsamen Arbeitsmarktes. Eine abgestimmte Tourismusentwicklung und schließlich als wichtigen Standortfaktor den Erhalt und die Nutzung von Natur und Umwelt.

Die Beispiele dazu: Für den Bereich gemeinsame Raumentwicklung, wo wir mit zwei verschiedenen rechtlichen und administrativen Systemen, mit unterschiedlichen Raumordnungsgesetzen auf jeder Seite der Grenze zu tun haben, ist geplant, in einem Masterplan kooperativ und grenzüberschreitend die vier Schwerpunkte, die den Zentralraum besonders betreffen: Wohnen, Verkehr, Freiraum und Wirtschaft, gemeinsam zu bearbeiten und die Ergebnisse dann in die jeweiligen Raumordnungsprogramme in Südstoberbayern und in Salzburg zu übernehmen und damit ein abgestimmtes Konzept zu haben.

Die Pfeile vor und nach dieser Darstellung mit Projektnamen sollen zeigen, dass dieses Projekt wie alle anderen Projekte in einem größeren Zusammenhang und Rahmen zu sehen ist und Vorarbeiten dazu schon in den letzten Programmperioden durchgeführt wurden.

Zweites Beispiel: **iem** – Intelligent effiziente Mobilität. Wir haben es mit einer starken Überlagerung von Freizeit, Tourismus, Pendlerverkehr im Zentralraum zu tun. Dazu

Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA

kommt das Nadelöhr Kleines Deutsches Eck. Da sind wir gerade dabei, im Land Salzburg mit Bayern ein grenzübergreifendes Verkehrsinformationssystem in Echtzeit zu entwickeln. Das heißt, wenn Sie von Wien nach Zell am See fahren, zeigt Ihnen Ihr Navigationsgerät nicht nur die Dauer der Fahrt an, die es aus irgendwelchen Parametern errechnet, sondern auch die tatsächliche Dauer, bei der berücksichtigt wird, ob es Stau gibt, ob es Schneefall auf der Strecke gibt und wie sonstige Verkehrsinformationen sind. Und Sie können auch abfragen, ob Sie eine Umsteigemöglichkeit auf öffentliche Verkehrsmittel haben.

Gemeinsamer Wirtschaftsraum – eines der Projekte, das wir gerade durchführen: die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Gewinnung und der Ausbildung von qualifiziertem Personal durch grenzüberschreitende Unterstützungsangebote, vor allem in Fragen der Kinderbetreuung und der Weiterbildung.

Nachdem bereits das Licht hier blinkt, ganz kurz noch zwei Beispiele. Das eine ist **eTourismus**, wo eine Verknüpfung mit den Salzburger Kompetenzen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie und den neuen Anforderungen an touristische Gästenachfrage geglückt ist oder hoffentlich glückt.

Schließlich möchte ich vor allem im Bereich der Zusammenarbeit mit dem südlichen Nachbarland Italien anmerken, dass der Nationalpark ganz stark im Zentrum der grenzüberschreitenden Aktivitäten steht.

Das sind unsere Erfahrungen aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seit 1995 im Rahmen des Programms INTERREG:

Kooperation braucht Zeit. Ein Projekt braucht eine Vor- und eine Nachphase – wenn es erfolgreich sein will, ist dazu eben Zeit notwendig.

Es ist notwendig, mit den Nachbarn die Schwerpunktsetzung gut abzustimmen und eine gemeinsame Zielsetzung zu entwickeln.

Es ist auch notwendig, leistungsfähige Partner im eigenen Land, aber auch auf der anderen Seite der Grenze zu haben, mit denen man die Projekte durchführt.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Flexibilität der Rahmenbedingungen, die leider nicht immer gegeben ist, wie wir heute schon gehört haben. Hier wäre es wünschenswert, in Zukunft stärkere und bessere Rahmenbedingungen zu haben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

10.13

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank, Herr Dr. Salletmaier.

Nächste Referentin ist Frau Mag. Kampus. – Bitte.

**„Beispielhafte Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
aus Sicht der Steiermark“**

10.13

Referentin Mag. Doris Kampus (Amt der Steiermärkischen Landesregierung): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme aus der Steiermark, aus Graz, leite die Abteilung 16: Landes- und Gemeindeentwicklung, wo eben auch die EU-Programme betreut werden dürfen. Ich habe Ihnen heute eine Präsentation mitgebracht, wo natürlich auch Praxisbeispiele ein Teil sind. Ich möchte aber da anknüpfen – es passt wunderbar –, wo Kollege Salletmaier aufgehört hat. Ich habe ein paar so allgemeine Erfahrungen mitgebracht: Was haben wir denn aus EU-Programmen gelernt? Was funktioniert denn gut? Und wo könnte man auch aus einer stra-

Referentin Mag. Doris Kampus

tegisch-politischen Sicht vielleicht noch ein bisschen anknüpfen? Und wo gibt es denn Punkte, wo man vielleicht noch ein bisschen nachjustieren könnte?

Wir haben gelernt in der Steiermark – Hauptkooperationspartner sind natürlich Slowenien, Italien und Ungarn –: Gute Ergebnisse – das ist heute schon einige Male gefallen – brauchen Sichtbarkeit, brauchen das Gefühl, dass die Menschen verstehen, warum wir etwas tun. Das beste Projekt wird wenig Chance auf Nachhaltigkeit haben, wenn den Menschen nicht klar ist, was es der Region bringt, was es sozusagen der Positionierung der Region bringt, warum wir das Ganze tun. Es ist notwendig, dass die Menschen verstehen, dass die Europäische Union eben nicht nur ein Fördertopf ist – das ist natürlich ein wichtiger Aspekt –, sondern dass es wirklich um Kooperationen geht, dass es wirklich darum geht, dass man sich besser kennenlernt und gemeinsam sinnvolle Dinge tut.

Das heißt, diese aus unserer Sicht guten Projekte sind natürlich auch Projekte, die umsetzungsstark sind. Wir brauchen Studien, wir brauchen Konzepte. Das ist vollkommen klar und richtig. Wir brauchen aber auch Ergebnisse. Wir brauchen tatsächlich Projekte, die die Menschen sehen können, angreifen können, die sie verstehen, die sie spüren. Und wir brauchen immer wieder diese Effekte, diese Konsequenzen bei allen Partnern und auf allen Ebenen.

Wir sind sehr starke Befürworter des Lead-Partner-Prinzips, weil es Klarheit in die Strukturen bringt. Man muss aber immer wieder schauen, dass man bei dem, was man tut, wirklich alle Partner an Bord hat, dass wirklich dieser gemeinsame Nutzen erzeugt wird und dieser gemeinsame Nutzen auch sichtbar gemacht wird.

Es ist heute auch schon einmal angesprochen worden: Was begünstigt denn solche guten Projekte? Was kann man denn tun, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass Dinge funktionieren? Das eine ist natürlich, dass man in einer gleichberechtigten Partnerschaft arbeitet. Alle Dinge, wo mehrere Partner dabei sind, in einem Land, in mehreren Ländern, funktionieren nur dann, wenn man Vertrauen zueinander hat, wenn man Achtung voreinander hat und wenn man das Gefühl hat, in einem Boot zu sitzen, wirklich das Gleiche zu wollen und einem gemeinsamen Ziel entgegenzuarbeiten.

Es nützt das beste Programm nichts, wenn es nicht wirklich gelebt wird, wenn der Wille zur Kooperation, wenn der Nutzen dieser Kooperation nicht klar ist. Das muss von den Menschen mitgetragen werden. Unsere Programme sind gute und wichtige Rahmenbedingungen. Sie sind aber und können nur so gut sein wie die Menschen, die Projektträger, die Vereine, die Städte, die Gemeinden, die Firmen, die es mittragen und bereit sind, diese Kooperation auch zu leben.

Und wir brauchen natürlich klare Rahmenbedingungen, gute Rahmenbedingungen, dann aber – Kollege Salletmaier hat es angesprochen – eine gewisse Flexibilität in der Umsetzung. Es ist nicht alles planbar. Es ist nicht alles vorhersehbar. Und vor allem in der Kooperation mit anderen Ländern können Dinge auftauchen, mit denen man nicht gerechnet hat, und darauf muss man flexibel reagieren können.

Was sind denn aus unserer Sicht noch Hürden? – Der erste Punkt, man möchte es vielleicht nicht glauben, sind tatsächlich sehr oft noch sprachliche Barrieren. Es ist ja oft Tatsache, dass die Menschen gern mehr miteinander reden würden. Das heißt, die Sprache ist ein Thema, wo mehr investiert werden muss. Wir versuchen auch, Sprachförderprogramme, Unterstützung in diesem Bereich in die Programme einzubauen. Sie sind wichtig, sie sind notwendig, und sie erleichtern es sehr, zu wirklich guten Ergebnissen zu kommen.

Wir haben natürlich noch immer unterschiedliche Verwaltungssysteme. Das ist ein Thema, das man nicht wegdiskutieren kann, auch nicht wegdiskutieren soll. Es ist die

Referentin Mag. Doris Kampus

Frage, wie kreativ wir mit dieser Situation umgehen, dass Verwaltungen diesseits und jenseits der Grenze einfach anders funktionieren.

Ein weiterer Punkt sind die teilweise nicht vorhandenen gemeinsamen Entwicklungsstrategien. Auch das ist eine Tatsache. Das heißt, wir kämpfen immer wieder mit dem Thema: Wir wollen gemeinsame Projekte machen, wir haben ein gemeinsames EU-Förderprogramm, aber zum Beispiel im Tourismus unterschiedliche Ausrichtungen. Also auch da gilt es, einen stärkeren Blick darauf zu werfen, intensiver zu diskutieren, wenn es um einen gemeinsamen Raum geht. Wir diskutieren ja über die Entwicklung von gemeinsamen Räumen, und die soll nicht vor dem Bereich der Verwaltung und nicht vor unterschiedlichen Strategien haltmachen.

Wenn man diese Strategie verfolgt, das im Auge zu behalten und dann auf dieser guten Basis mit einer guten Vorbereitungsarbeit aufzusetzen, dann erhöht man die Wahrscheinlichkeit, dass man zu wirklich gemeinsamen Projekten kommt, die von allen Partnern mitgetragen werden und wo auch der Nutzen erkannt wird.

Ich habe Ihnen ein solches Beispiel aus dem Verkehrsbereich mitgebracht. Österreich, das heißt die Steiermark, und Slowenien haben jetzt gemeinsam ein Verkehrsprojekt im ÖV-Bereich ins Leben gerufen: ein „Tür zu Tür“-Auskunftssystem zwischen Graz und Maribor. Das funktioniert so: Ich möchte jetzt zum Beispiel südlich von Graz, wo ich wohne, in einen kleinen Ort in der Nähe von Maribor kommen. Ich gebe diese Daten ein, zum Beispiel auf meinem Handy, auf meinem PC, oder ich kann natürlich auch zu Informationsstellen gehen, und bekomme dann direkt die Information, wie ich am schnellsten sozusagen von Tür zu Tür komme, mit welchem Verkehrsmittel, was es kostet, wo ich umsteigen muss et cetera, und das natürlich in beiden Sprachen. Das ist ein Beispiel, wo wirklich der Nutzen von den Menschen erkannt wird, das wirklich auch genutzt wird und wo man sieht, was bilaterale Kooperation bringen kann.

Ein zweites Beispiel aus dem Tourismusbereich. Sie kennen ja aus der Steiermark das Thema der Thermen, ein wichtiges Thema, aber nicht nur bei uns, auch im Burgenland, in Slowenien, in Ungarn. Und über dieses Projekt, über die **European Spa World**, wurde es geschafft, dass diese Thermen gemeinsam auf Drittmärkten auftreten. Das heißt, sie konkurrenzieren sich nicht mehr, sie treten gemeinsam auf. Dem Gast, der von weiter weg kommt, ist das relativ egal, der will einen bestimmten Nutzen, der will eine bestimmte Qualität haben. Das hat dieses Projekt geschafft. Es wurde auch eine gemeinsame Ausbildung jener Menschen, die dort arbeiten, mit initiiert. Das Arbeitsmarktservice war sehr engagiert bei diesem Projekt mit dabei. Auch da sieht man, dass es im Tourismus neben all dem Konkurrenzdenken möglich ist, auch zu gemeinsamen Auftritten, zu gemeinsamen Marketingstrategien zu kommen.

Das dritte Projekt: die Renaturierung der Mur, ein Projekt, auf das wir besonders stolz sind. Die Mur ist etwas ganz Wichtiges für uns, soll eben nicht die „Grenz-Mur“ sein, nicht der Grenzfluss, sondern ist ein Element, das mittlerweile diese beiden Regionen sehr stark verbindet. Ganz kurz noch einmal: Es ist möglich, wirklich tolle Projekte zu initiieren. Es ist möglich, wenn man die Begeisterung und das Engagement der einzelnen Menschen mit ins Boot holt und wenn wir viele haben, die den Nutzen dieser Projekte erkennen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich schon auf Ihre Fragen. – Danke schön. (*Beifall.*)

10.20

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Herzlichen Dank, Frau Mag. Kampus.

Nächster Referent ist Herr Hofrat Mag. Rauter aus der Europaregion Tirol.

Referent Hofrat Mag. Franz Rauter

„Verstärkung der Zusammenarbeit auf kleinregionaler Basis in der Europaregion Tirol“

10.20

Referent Hofrat Mag. Franz Rauter (Amt der Tiroler Landesregierung): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als wir 1995 mit der INTERREG-Arbeit begonnen haben, war sehr schnell klar, dass räumliche Nähe plus Verfügbarkeit von mehr Geld noch nicht verbesserte Zusammenarbeit bedeuten. Es war daher von vornherein die Herausforderung zu bestehen, auf kommunikativer Ebene das Verständnis für den Nutzen der Zusammenarbeit zu stärken und zugleich schlanke Strukturen zu schaffen, die diese Zusammenarbeit erst möglich machen. *(Der Referent unterstreicht seine Ausführungen mittels einer PowerPoint-Präsentation.)*

Ich möchte Ihnen das am Beispiel des Kooperationsraumes des INTERREG-Programms Italien-Österreich kurz etwas näherbringen, wobei das heute vom Kärntner Kollegen erwähnte INTERREG IIC Projekt **MAREMA** wertvolle Grundlagen dafür geschaffen hat, und wir waren in der Lage, zu Beginn der aktuellen Programmplanungsperiode das jetzt schon umzusetzen.

Unsere Antwort lautet: Schaffung von INTERREG-Räten in unmittelbaren grenzüberschreitenden Kooperationsräumen. Bezogen auf das Bundesland Tirol sind es drei: einerseits – links auf der Karte zu sehen – das Tiroler Oberland gemeinsam mit dem Südtiroler Vinschgau und aus dem Kanton Graubünden dem Engadin; dann der Raum nördlich und südlich des Wipptales; und schließlich Osttirol mit dem Südtiroler Pustertal und mit dem Belluno. In diesen Räumen wurden sogenannte INTERREG-Räte in Gang gesetzt, konstituiert.

Diese INTERREG-Räte beruhen auf einer Zusammenarbeitsvereinbarung der Repräsentanten der beteiligten Kleinregionen und der dortigen Regionalentwicklungsorganisationen, und sie stehen unter der ausdrücklichen Patronanz der jeweiligen Landeshauptleute oder Regionspräsidenten, die auch durch die Mitunterzeichnung dieser Zusammenarbeitsvereinbarung zum Ausdruck kommt.

Was wollen wir mit diesen INTERREG-Räten? – Zunächst einmal, bezogen auf die INTERREG-Durchführung: eine schlanke Institutionalisierung, Strukturierung und Intensivierung der Zusammenarbeit. Es geht um Bewusstseinsbildung für den Nutzen dieser Zusammenarbeit – auch heute noch, immer noch, auch in Zukunft. Es geht um die Erarbeitung von strategischen Kernthemen, um die Tätigkeit nicht zerflattern zu lassen. Es geht um die Unterstützung konkreter Akteure bei wichtigen Projekten und um die Vernetzung von Projektträgern. Es geht um den Abbau von Hürden der grenzüberschreitenden Kooperation, wie sie etwa in Bezug auf unterschiedliche Systeme – politische Systeme, Verwaltungssysteme – zu finden sind. Es geht um einen systematischen Informationsaustausch und damit letztlich auch um eine qualitativ und quantitativ verbesserte Nutzung der zur Verfügung stehenden Fördermittel. – Das ist gewissermaßen die INTERREG-bezogene Zielsetzung dieser INTERREG-Räte.

Nicht weniger wichtig scheint uns der zweite Punkt, nämlich die Abstimmung und Erzielung von Synergien zwischen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG und der innerstaatlichen Regionalentwicklung beispielsweise im Rahmen von **LEADER** in inhaltlicher und operativer Hinsicht. Es gilt, hier Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Es kann doch nicht sein, dass in ein und demselben Raum einerseits innerstaatliche Regionalpolitik betrieben wird und daneben eine eigene Welt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit existiert. Diese beiden Dinge gehören auf das Engste miteinander verzahnt und verschränkt – und ich denke, in dieser Form ist uns das gelungen.

Referent Hofrat Mag. Franz Rauter

Dass von diesen INTERREG-Räten natürlich auch eine Art „Lobbying“ gegenüber den jeweiligen Regional- und auch Zentralregierungen ausgeht, ist klar.

All die von mir genannten INTERREG-Räte haben ihre Tätigkeit schon aufgenommen, sie sind in verschiedenen Themenbereichen bereits tätig, etwa – um nur einige beispielhaft zu erwähnen – im öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr, in der Vernetzung von Kultureinrichtungen und Naturparks, in der Zusammenarbeit von Gesundheits- und Sozialsprengeln und von Krankenhäusern, in gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit und Regionsmarketing, in gemeinsamen Qualifizierungsmaßnahmen. Die Liste ist lange, und die INTERREG-Programme bieten ja Gott sei Dank einen breiten Ansatz, viele Möglichkeiten, hier inhaltlich anzuknüpfen.

Die Organisation am Beispiel des INTERREG-Rates **Terra Raetica** – Tiroler Oberland, Graubünden, Vinschgau –: Oberste Ebene ist der INTERREG- Rat, der politisch-institutionell besetzt ist. Er umfasst die kleinregionalen Entscheidungsträger und die Entscheidungsträger der Regionalmanagements, tagt zwei- bis dreimal jährlich unter grenzüberschreitend wechselndem Vorsitz. Ihm zuarbeitend tätig ist die Kernarbeitsgruppe als administrativ-technische Ebene. Hier sind die Geschäftsführer der beteiligten Regionalmanagements gemeinsam tätig und lassen operative Tätigkeiten durch einvernehmlich bestimmte MitarbeiterInnen der beteiligten Regionalmanagements durchführen.

Ganz wichtig war uns da, keine zusätzlichen operativen Strukturen zu schaffen, sondern das in das Gefüge, in das Netz der bestehenden Strukturen einzubinden. Auf lokaler Ebene können die jeweiligen Regionalmanagements ihre Aktivitäten unmittelbar anschließen.

Was kostet das in diesem Fall? – Das Land Tirol wird für diese INTERREG-Räte eine Basisfinanzierung von bis zu maximal 50 000 € pro Jahr pro INTERREG-Rat gewährleisten. Sie hängt von der Art und Qualität der Tätigkeit ab, wobei hier Kofinanzierungen durch die Europäische Union mit eingerechnet sind. Und es gibt einen Dispositionsfonds für Kleinprojekte, um hier in unmittelbar gut sichtbaren kleineren Aktivitäten einfach handeln zu können.

So viel in Kürze. Danke für die Aufmerksamkeit. Meine Kontaktdaten finden Sie *(auf die letzte Seite der Präsentation weisend)* hier. *(Beifall.)*

10.27

Vorsitzender Präsident Jürgen Weiss: Danke, Herr Hofrat.

Nächster Referent ist Herr Prehn, Geschäftsführer der Internationalen Bodensee-Hochschule. – Bitte.

„Internationale Bodensee-Hochschule“

10.27

Referent Stephan Prehn (Internationale Bodensee-Hochschule, Schweiz): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bitte gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen: Ich habe keine PowerPoint-Präsentation für Sie, weil ich beginne, der kommunikativen Leistung dieses Instruments zu misstrauen. Ich habe mir erlaubt, Ihnen eine kleine Zusammenfassung in die Mappen zu legen – beziehungsweise, dank der freundlichen Unterstützung des Hauses, legen zu lassen –; darin finden Sie alles Wesentliche, auch die Kontaktdaten.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf meine Person: Ich komme aus der Bodensee-Region. Ich bin – wie Sie schon an meiner Sprache hören – ein Deutscher, der in der Schweiz lebt und vom Bundesland Vorarlberg hierher entsandt wurde, was für mich

Referent Stephan Prehn

eine besondere Ehre darstellt. Nehmen Sie mich sozusagen gleich als Beispiel einer lebhaften Kooperation am Bodensee. (*Vizepräsidentin Mag. **Neuwirth** übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf Ihnen heute hier den Hochschulverbund Internationale Bodensee-Hochschule vorstellen. Stellen Sie sich bitte die Karte vor – die ich Ihnen jetzt nicht zeigen kann –: Wir befinden uns an der westlichsten Ecke des Landes Österreich. Der Bodensee verbindet oder trennt – je nachdem, wie man möchte – die beiden deutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, das Bundesland Vorarlberg, das Fürstentum Liechtenstein zählt sich hinzu, auch wenn es keine Berührung mit dem See gibt, und sechs Schweizer Kantone. Auf diesem Areal, das Sie sich jetzt vorstellen, befinden sich zahlreiche Universitäten und Hochschulen, erstaunlicherweise rund 30 an der Zahl. Die Internationale Bodensee-Hochschule ist ein Verbund von Hochschulen, dem jetzt seit Montag – deswegen gibt es da auch eine kleine Unsicherheit in dem Papier, wie ich sehe – 27 Hochschulen angehören. Es ist erstaunlich, wie viele es da gibt. Und diese Hochschulen betreiben miteinander Projekte in den klassischen Hochschulbereichen Lehreraus- und -weiterbildung, Forschung, Technologietransfer und – wir nennen das so – Strukturbildung, also all das, was die Menschen zusammenbringt. Wir stehen ja heute hier unter dem Schutz von Pallas Athene – ich zumindest bin unter dem Schutz von Pallas Athene hier ins Haus gekommen, also die Wissenschaften spielen ja hier eine besondere Rolle, was mich sehr freut.

Diese Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg wird natürlich oder glücklicherweise von INTERREG sehr unterstützt. Wir wurden schon mit bestimmten Themen von INTERREG III gefördert, mit anderen Themen jetzt von INTERREG IV. Dieser ganze Bereich Wissenschaft wird von der Region, und das ist in allen Ländern und Kantonen so, als **die** Ressource des Bodensees begriffen – neben dem Tourismus, was wir alle kennen. Das wiederum führt dazu, dass wir sozusagen das Zentralprojekt geworden sind, und zwar einer Einrichtung, die ich hier nicht unerwähnt lassen möchte und die in diesem Papier jetzt nicht diesen Stellenwert bekommen hat: die Internationale Bodenseekonferenz, ein lockerer Verbund ohne Rechtspersönlichkeit – wie im Übrigen die Bodensee-Hochschule auch, das ist ganz wichtig – aus diesen zehn Ländern und Kantonen, die jährlich die Regierungschefs zusammentreten lassen, um über grenznahe, Bodensee-nahe Themen zu beraten. Dort hat man dann verschiedene Projekte ausgebaut. Bildung, Wissenschaft und Forschung ist ein Bereich, der jetzt einen großen Stellenwert bekommen hat, nicht zuletzt eben durch diese Hochschulkooperation.

Die Hochschulen haben selbst zueinander gefunden, die Politik flankiert. Es gibt da den nützlichen Austausch, aber auch noch einmal die Reibung aneinander. Dieser Austausch ist etwas, was uns sehr gut tut und sehr wichtig ist. Wie gesagt, auch die Förderung durch INTERREG spielt eine große Rolle.

Wir verteilen Mittel aus einem gemeinsamen Budget. Die Hochschulen haben ja ihre Autonomie behalten und finden sich mit Hilfe ihrer Rektoren in einem Kooperationsrat zusammen. Nach einem beschriebenen, transparenten Verfahrensmodell werden Mittel für Projekte in diesen gerade eben genannten Leistungsbereichen hochschulischen Handelns verteilt.

Das führt dazu, dass wir zunächst einmal Lehreraus- und -weiterbildung, Masterstudiengänge anbieten. Das heißt, nicht wir als IBH, sondern wir als diejenigen, die diese hochschulischen Angebote machen. Es gibt auch eine federführende Hochschule, die nachher auch das Diplom oder die Master-Urkunde verteilt. Das sind Ausbildungsbereiche, die auf die besonderen Bedürfnisse der Region abgestellt sind und die sonst nicht von den Hochschulen selbst angeboten worden wären, weil sie nämlich zu speziell, zu klein, wettbewerblich zu wenig interessant sind. Wir fördern hier also Spezialbedürfnisse und -interessen der Region.

Referent Stephan Prehn

Dieser kleine Ausflug in die Studiengänge soll nur ein Beispiel dafür zeigen, was wir machen. Wir haben gerade eben erst auch eine neue Leistungsvereinbarung unterschrieben. Das fand unter der Tagespräsidentschaft des Landes Vorarlberg statt – Landeshauptmann Sausgruber ist ein großer Förderer dieser Idee.

Wir sollen jetzt fünf Ziele verfolgen, die Sie auf meinem Papier finden. Ein wesentlicher Bereich davon ist der Wissens- und Technologietransfer. Wir sind ja ein Hochschulverbund vieler Hochschularten. Da gibt es sehr viel zu tun für die nächsten fünf Jahre, und wir sind froh, dass wir da eine solch gesteigerte Aufmerksamkeit finden.

Auch ich danke Ihnen jetzt für die Aufmerksamkeit und stehe natürlich gerne für Fragen jederzeit zur Verfügung. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

10.32

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

Ich erteile nun Frau Dipl.-Ing. Breznik das Wort. – Bitte.

„CENTROPE – Kooperation in der Europa Region Mitte“

10.32

Referentin Dipl.-Ing. Christiane Breznik (MA 27, Wien): Sehr geehrtes Präsidium! Hoher Bundesrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Ehre, heute das Bundesland Wien im Rahmen dieser Enquete vertreten zu können. Wir möchten Ihnen heute unser Leitprojekt vorstellen: „CENTROPE – Europa Region Mitte“. Aber bevor ich da einsteige, möchte ich auf jeden Fall das, was hinsichtlich der Faktoren und Hemmnisse auch von meinen Kollegen und Kolleginnen vorgebracht worden ist, absolut unterstützen. Auch wir sehen in der grenzüberschreitenden Kooperation, dass diese Faktoren wesentlich sind und auch die Implementierung der Programme prägen.

CENTROPE ist ein Projekt, welches bereits seit zwei Jahrzehnten den fortschreitenden Prozess des Zusammenwachsens und Verflechtens der Grenzregionen an der Schnittstelle von Tschechien, der Slowakei, Österreich und Ungarn verkörpert.

Die Grenze zu drei anderen Ländern ist in Österreich nichts Besonderes – auch Vorarlberg und Tirol haben dies –, aber die Lage an einer ehemaligen Außengrenze ist für die östlichen Bundesländer doch eine besondere, da neben den kulturellen, sprachlichen und Währungsunterschieden auch Einschränkungen in der Freizügigkeit gegeben sind. Wir hatten bis vor Kurzem noch nicht die Freizügigkeit der Grenzüberschreitung, vor allem auch der Finanzierungsinstrumente – erst seit 2004 ist dies harmonisiert –, und die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt ist bis heute nicht dieselbe wie mit anderen Mitgliedstaaten.

Seit 2003 wird diese Kooperation in einem klassischen Projekt, das über die Strukturfonds aus INTERREG IIIA unterstützt wird, gefördert. Und das sind die Projektpartner: die Bundesländer und Landeshauptstädte von Wien, Niederösterreich, Burgenland; die Region und die Städte von Bratislava und Trnava; die Region Südmähren, die Stadt Brno; die Komitate Győr-Moson-Sopron County und Vas und die Städte Győr, Sopron und Szombathely.

Das Projekt wurde auch von den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland mitfinanziert und von der koordinierenden Förderstelle in Wien, der Magistratsabteilung 27, koordinierend betreut.

Referentin Dipl.-Ing. Christiane Breznik

Bevor ich Sie etwas tiefer in die Projektdetails führe, möchte ich Sie ein bisschen mit dieser Region CENTROPE vertraut machen. Sie sehen hier das abstrakte Bild. *(Die Referentin unterstreicht ihre Ausführungen mittels einer PowerPoint-Präsentation.)*

Wir sprechen hier von einer Region mit 6,5 bis 7 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen. Es sind acht Regionen, neun Städte und vier Sprachen, mit denen wir es hier zu tun haben. Eine Standardpräsentation über CENTROPE würde jetzt zehn bis zwölf Folien mit Wirtschaftsdaten und Regionaldaten beinhalten. Auch aufgrund der derzeitigen Finanzsituation sind bestimmte Prognosefolien hinfällig und Makulatur. Ich möchte aber doch auf zwei Charakteristika eingehen, die auf jeden Fall CENTROPE prägen.

Zuerst möchte ich auf das BIP eingehen. Es ist das aus 2004 und gibt ein gutes Bild: Wir haben Regionen, die über dem EU-Durchschnitt liegen; wir haben auch sehr viele Regionen, die unter dem EU-Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes liegen. Was heißt das? – Das ist ein Spannungsfeld in sozialer Hinsicht, das ist ein Spannungsfeld in wirtschaftlicher Hinsicht, aber es bietet natürlich auch sehr viele Möglichkeiten, die auch genutzt werden.

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit dem Wachstum – alte Folie, vergessen Sie die absoluten Zahlen, die sind natürlich nicht mehr gegeben. Aber trotzdem: Wir sind in einer Region mit niedrigeren Wachstumszahlen und gleich angrenzend in Regionen in den neuen Mitgliedstaaten mit höheren Wachstumsraten. Und diese Situation wurde erkannt und hat auch Grundsteine gelegt für leistungsfähige, exportorientierte Industrien, die vor allem und am allerbesten mit dem Autocluster verdeutlicht werden können: CENTROPE bietet einen guten Standort für Produktentwicklung, -herstellung und auch -vermarktung.

Kurz ein Blick auf den allerdeutlichsten Wirtschaftsbereich, die Automotive Region CENTROPE: Elf Produktionsstätten, die jetzt, 2008, 5 Prozent der weltweiten Autoproduktion darstellen. Das ist sicher ein wichtiger Faktor.

Ein weiteres Charakteristikum, das viel nachhaltiger und auch nicht an irgendeinen ATX gebunden ist, ist die grenzüberschreitende Wissensregion. In CENTROPE finden Sie 25 Universitäten, 10 Fachhochschulen, über eine Viertelmillion Studierende, einige Hundert nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen. Und die prägen diese Region zu einer der bedeutendsten Wissensregionen Europas, und das gilt es auch zu nutzen. Von **Life Sciences** über **IKT** bis zu **innovativen Umwelttechnologien** reichen die Gebiete, auf denen hier Wissenschaft und Forschung betrieben wird.

Dieses Projekt stützt sich auch seit 2003 auf Willensbekundungen der politischen Entscheidungsträger des Vier-Länder-Ecks, angefangen mit der Deklaration 2003 von Kittsee – eine Absichtserklärung und der Beginn der Sondierung von Kooperationsmöglichkeiten – über 2005, wo bestimmte Sektorenfelder sozusagen definiert wurden; der Abschluss 2006 mit dem Memorandum von Wien, wo auch eine Präsentation des Zukunftsbildes bis 2015 verabschiedet wurde. Und 2007 war im Prinzip „Ready for take-off“ der Titel, die Verabschiedung des „Business Plans 2008 plus“ und die Einigung auf ein gemeinsam betriebenes Kooperationsmanagement, auf das auch schon meine Kollegin Priedl hingewiesen hat und auf das ich in der letzten Folie eingehen werde. Das heißt, seit 2003 hat die Zusammenarbeit in jedem Fall an Klarheit und Struktur gewonnen. Es wurde vor allem Vertrauen gebildet, und, was auch wichtig ist, Visionen wurden präzisiert.

Jedes Projekt hat auch seine Ziele, das wurde heute schon mehrfach genannt, es ist wichtig, Sichtbarkeit, Attraktivität, Internationalität zu haben. Die unterschiedlichen Regionen, die auch in den GDPs sichtbar waren, müssen integriert werden, auf Basis von Qualität und Vielfalt. Wirtschaftliche Dynamik ist wichtig, auch im Sinne des Lissabon-Prozesses, aber unter Beachtung der Einhaltung von Lebensqualität. Das Ganze soll

Referentin Dipl.-Ing. Christiane Breznik

durch ein professionelles grenzüberschreitendes Kooperationsmanagement umgesetzt werden. Alle Aktivitäten in CENTROPE haben sich diesen Zielen zu unterwerfen und ihren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele zu leisten.

Die nächste Folie gibt einen guten Überblick über das Management der Zusammenarbeit. Sie sehen, dass 2003 die Zusammenarbeit hauptsächlich von den österreichischen Bundesländern initiiert und getragen wurde. Von 2006 bis 2007 haben sich die Partner immer stärker eingebracht, sich immer stärker mit ihren Initiativen beteiligt. Ab 2008, auch mit der Basiskooperation CENTROPE Capacity, sehen wir das Bild einer gleichberechtigten Partnerschaft.

Das Motto von CENTROPE „wir wachsen zusammen – zusammen wachsen wir“ bedeutet, es geht nicht immer schnell, es geht nicht immer einfach, es gibt sehr viele Konkurrenzgedanken und auch sehr viele Rückschläge. Das dürfen wir nicht vergessen. Aber trotzdem wird das Projekt weiterverfolgt, weil es einfach innovativ, kompetitiv und vor allem europäisch ist.

Kurz die Ergebnisse: Es hat regionale Entwicklungsperspektiven gegeben, es hat auch sektorale Entwicklungsperspektiven gegeben. Die Themen können Sie aus den Folien ablesen. Es hat über 20 Pilotprojekte zu den einzelnen Projekten gegeben. Auch diese sind auf den Webpages abrufbar. Ich möchte nicht näher darauf eingehen.

2008 bis 2015: Wie geht es weiter? Es wurde schon erwähnt, im transnationalen Programm wurde die Basiskooperation **CENTROPE Capacity** genehmigt. Es ist eher ein Projekt einer politischen Kooperation, einer Vertiefung des Netzwerkes, der öffentlichen Bewusstseinsbildung und des Marketings, und vor allem soll es kleinere Allianzkooperationsprojekte mobilisieren. Sie sehen auch hier eine Liste. Frau Kollegin Priedl hat auch das Projekt **CENTRIS** schon erwähnt, das jetzt auch schon genehmigt wird. Es sind sehr viele grenzüberschreitende Projekte auch schon in der Pipeline und zum Teil genehmigt.

Die Dynamik dieser vielen Kooperationsprojekte bestärkt uns in unserem Vertrauen in diese Initiative; und wir werden sie auch weiterhin mit vollem Engagement für ein gemeinsames Europa begleiten.

Die Informationen zum Projekt und zu Wien in der grenzüberschreitenden Kooperation finden Sie auch in den Folien. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

10.43

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Frau Dipl.-Ing. Breznik, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen.

Nächster Referent: Herr Dipl.-Ing. Ablasser. – Bitte.

**„Abwicklung grenzüberschreitender EU-Programme
am Beispiel Graz – Marburg“**

10.44

Referent Dipl.-Ing. Gerhard Ablasser (Österreichischer Städtebund): Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung. Vor allem ein Dankeschön dafür, dass mir die Möglichkeit geboten wird, in diesem doch ehrwürdigen Gebäude einmal kurz über die Aktivitäten der Stadt Graz zu berichten.

Kurz zu meiner Person. Ich arbeite für die Stadt Graz im Rahmen der Stadtbaudirektion und bin für die Organisation, Abwicklung, Koordination der europäischen Förderprogramme verantwortlich, mit dem Schwerpunkt Stadtentwicklung und Verkehr, aber teilweise auch im Bereich Assistenzleistung für den Bereich Wirtschaft, Tourismus und Umwelt zuständig.

Referent Dipl.-Ing. Gerhard Ablasser

Ich möchte einen Schritt zurückgehen und einen kurzen Überblick geben, welche Möglichkeiten europäische grenzüberschreitende Programme für Städte bieten, und Ihnen auf einigen Folien einige Highlights, Projekte vorführen, die die Stadt Graz in den letzten Jahren abgewickelt hat.

Die Stadt Graz beteiligt sich selbst seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union aktiv an europäischen Förderprogrammen. Es war der Ursprung in den Programmen Urban I und auch Urban II gemeinsam mit der Stadt Wien, aber auch in einem urbanen Pilotprojekt namens e.l.m.a.s., wo es darum ging, mit Förderungen, Kulturmaßnahmen Stadtentwicklung zu betreiben.

Auf die einzelnen Folien (*der Redner zeigt diese*) möchte ich nicht eingehen. Ich gehe anders als der Kollege aus Vorarlberg davon aus, dass ein Bild sehr oft mehr sagt als tausend Worte. Lassen Sie sich irgendwie von den Fotos beeinflussen, lassen Sie sie wirken. Man hat mir zugesichert, dass Kopien der PowerPoint-Präsentation, die ich erst gestern am Abend übermittelt habe, draußen für Sie aufliegen werden. Sie können sie dann mitnehmen und auch Detailinformationen aus dieser gedruckten Folie herauslesen.

Nur kurz einige Highlights der abgewickelten Projekte. Urban Graz West läuft gerade noch, wie gesagt, wird dieses Jahr abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt unserer ursprünglichen Arbeit war eben im Bereich Stadtentwicklung. Aber bedingt durch quasi einen politischen Druck oder einen politischen Willen in der Stadt Graz hat sich sehr bald herauskristallisiert, dass wir uns auch an anderen Programmen beteiligen sollten.

Da gab es als eines der ersten großen Programme der Generaldirektion für Energie und Verkehr das Programm CIVITAS, ein Programm, das eine internationale Kooperation für innovative Verkehrsmaßnahmen war. Auch da war die Beteiligung der Stadt Graz sehr erfolgreich. Rückblickend kann man jetzt vielleicht sagen, dass das Wissen der Stadt Lille im Bereich der Verwendung von Biogas für eine Busflotte dazu geführt hat – einer der großen Lernprozesse –, dass die Stadt Graz in Zukunft von der Verwendung von Biodiesel in der Busflotte Abstand nehmen wird, da Biodiesel wahrscheinlich die nächsten EU-Normen nicht mehr passieren wird, und ab 2012 auf den Bereich Biogas umstellen wird.

Andere europäische Programme sind hier nur kurz angerissen. Wir beteiligen uns auch an den Programmen im Bereich von Intelligent Energy Europe, im Bereich von INTERREG IIIC-Teams als grenzüberschreitende Kooperationen mit einer Vielzahl von europäischen Partnern oder auch im Bereich saubere Fahrzeugflotten. Interessant war die letzte Managementsitzung in Island, wo, wie Sie wissen, Wasserstoff als Treibstoff für Fahrzeuge verwendet wird – eine Technologie, auf die wir wahrscheinlich noch sehr lange warten müssen, vor allem auch wegen des Kostenfaktors für Energiegewinnung.

Aktive Netzwerkarbeit wurde im Bereich von URBACT I betrieben, mit verschiedenen Netzwerkprogrammen, aber auch mit einer Kooperation mit Südamerika im Bereich URB-AL Cultura.

Ein letztes, vielleicht für alle von Ihnen interessantes Netzwerk ist das deutsch-österreichische Urban-Netzwerk, ein Netzwerk der Urban-Städte. Hier ist Wien Partner in einem Programm, einem Netzwerk, das aktiv die Einreichung neuer Förderprogramme unterstützt.

Last but not least ist es uns gelungen, im Rahmen des steirischen Programms die Schiene Urban weiterzuverankern. Wir sind eine der wenigen Städte in Österreich, ich glaube, in Wien und Niederösterreich gibt es eine ähnliche Konstruktion, wo das städtische Programm als fixer Bestandteil des regionalen Programms verankert ist. Hier

Referent Dipl.-Ing. Gerhard Ablasser

geht es um eine Kooperation der Stadt Graz mit 16 Umlandgemeinden im Bereich Standortentwicklung und so weiter.

Ganz kurz noch das Letzte, das von der Stadt Graz eingereicht wurde: City Network Graz – Maribor, ein Programm im Bereich territoriale Kooperation Steiermark und Slowenien. Dieses Programm ist aus einer Tagung heraus entstanden, wo die Vizebürgermeisterin der Stadt Marburg die Städtepartnerschaft mit der Stadt Graz, die immerhin seit 20 Jahren besteht, quasi auf eine neue Ebene heben wollte. Wir haben uns entschlossen, im Rahmen dieser Städtepartnerschaft gemeinsam europäische Programme einzureichen. City Network Graz – Maribor ist eines; es wurde im Herbst eingereicht. Wir erwarten eine Entscheidung im Frühjahr nächsten Jahres und dann auch eine gute Kooperation mit der Stadt Marburg als verstärkte Arbeit dieser Städtepartnerschaft.

Das ist auch ein Beispiel für unsere Bemühungen, die Städtepartnerschaften der Stadt Graz auf eine neue Ebene zu stellen. Diesem Beispiel folgt auch das neue Programm mit der Stadt Temesvar. – Man gibt diesen Städtepartnerschaften einfach eine neue Zielrichtung.

Als Letztes möchte ich zwei Netzwerkprogramme im Bereich URBACT erwähnen, bei denen wir ebenfalls erfolgreich sind: eines im Bereich der Stadt-Umland-Kooperation und eines zur Stärkung der Altstadt.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Es ist nicht leicht, in 5 Minuten sehr viel rüberzubringen. Bitte nehmen Sie sich die Folien, und wenn Sie Fragen haben, stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

10.51

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Danke, Herr Dipl.-Ing. Ablasser, für Ihren Beitrag.

Der letzte Redner vor der Pause ist Herr Präsident Koczur, der ein Praxisbeispiel des Österreichischen Gemeindebundes bringen wird. – Bitte.

„Standort: Aktiv interregional – Vermarktung der Gewerbeflächen an den Hauptentwicklungsachsen des Waldviertels in Richtung Budweis und Iglau. Ein grenzüberschreitendes Projekt unter Beteiligung von 19 österreichischen und 10 tschechischen Gemeinden“

10.51

Referent Anton Koczur (Österreichischer Gemeindebund): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg: Ich bin über die Kommunalpolitik, in der ich viele Jahrzehnte hindurch tätig war, auch im Rahmen des Österreichischen Gemeindebundes in verschiedene europäische Institutionen entsandt worden, war auch etliche Jahre Mitglied im Ausschuss der Regionen und bin dort zu einem mehr als überzeugten Europäer geworden. Deshalb bin ich auch jetzt als Pensionist im „Unruhestand“ ehrenamtlich dafür tätig, dass Grenzen in den Köpfen abgebaut werden. – Das kann durch Gemeinde-/Städtepartnerschaften sehr gut gelingen, wozu ich auch einiges – auch im Auftrag des Landes Niederösterreich – getan habe, und natürlich auch mit Projekten. Eines davon möchte ich Ihnen heute vorstellen. *(Der Redner unterstreicht seine Ausführungen im Folgenden mittels einer PowerPoint-Präsentation.)*

Das Projekt „**Standort: Aktiv**“ beschäftigt sich mit der Vermarktung der Gewerbeflächen entlang der Hauptentwicklungsachsen des Waldviertels in Richtung Tschechischer Republik.

Referent Anton Koczur

Als Ausgangslage ist anzuführen, dass die Hauptregion Waldviertel im nordwestlichen Bereich von Niederösterreich liegt und aus den Bezirken Gmünd, Horn, Waidhofen an der Thaya, Zwettl und Teilen des Bezirkes Krems gebildet wird.

Das Waldviertel liegt im Einzugsbereich der Zentralräume Wien, Linz, St. Pölten, Budweis und Iglau. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Region auf Sicht gesehen von der dynamischen Entwicklung dieser Zentralräume ganz besonders profitieren kann und dass damit trotz vieler noch vorhandener Problemfelder, die nicht zu verleugnen sind, die Zeit am Eisernen Vorhang endgültig überwunden werden kann.

Dabei ist eine der Stärken die große Anpassungs- und Entwicklungsfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen. Das ist ein großes Plus. Im Verkehrsbereich und in der Wirtschaft hat der Donauhafen Krems Strahlkraft. Die permanenten Ausbaumaßnahmen im Verkehrsnetz in Richtung Zentren und Nachbarländer sprechen jedenfalls – in einem mittelfristigen Zeitrahmen gesehen – für den Standort Waldviertel.

Wir sind davon überzeugt, dass durch ein gezieltes und aktives Standortmarketing der Wirtschaftsstandort weiter aufgewertet werden kann. Den Grundstein dafür haben 19 Gemeinden in der Region Waldviertel gesetzt, die erkannt haben, dass die Zeit der Einzelkämpfer vorbei ist und dass es gilt, einen Schulterschluss zu erreichen und die Standorte gemeinsam zu vermarkten.

Unsere Tätigkeit im Rahmen der Projekte hat im Jahr 2006 begonnen. Mit dem zeitlichen Ablauf möchte ich mich dann im Rahmen der kritischen Anmerkungen in der Diskussion noch näher beschäftigen.

Wir haben im Waldviertel im Rahmen des grenzüberschreitenden Projektes insgesamt 300 000 Quadratmeter Gewerbeflächen auf österreichischer Seite und 160 000 Quadratmeter Gewerbeflächen an den zehn Standorten im südböhmischen Gebiet entsprechend vermarktet.

Was ist bisher geschehen? – An den Standorten der 19 Gemeinden sind die aufgeschlossenen Grundstücke mit Tafeln und Fahnen gekennzeichnet worden. Mit jeder Gemeinde wurde ein Folder entwickelt und zu einer gemeinsamen Präsentation zusammengefügt. Wir haben in den Gemeinden das kommunale Informationssystem auf den Computern implementiert. Es gibt in jeder Gemeinde neben dem Bürgermeister, dessen Chefsache das ist, einen Standortbeauftragten, der im Rahmen unseres Projektes laufend geschult wird. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Reihe von Werbemitteln produziert, fahren mit einem extra dafür aufgemotzten Auto durch die Gegend, werben also für unsere Standorte. Auch eine entsprechende Homepage haben wir eingerichtet.

Die aktuelle Arbeit wurde in Projektsteuerungsgruppen beraten, und die Gemeinden und Standortbeauftragten sind laufend eingebunden, wie es überhaupt wichtig ist, das auf eine möglichst breite Diskussionsbasis zu stellen.

Wir haben in einschlägigen Medien Inserate geschaltet, und worauf wir ganz besonders stolz sind, ist die Tatsache, dass inzwischen immerhin 20 Betriebe an den 19 Standorten geworben werden konnten und ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Wir haben dann 2008 ein **ETZ-Projekt** eingereicht, bei dem die Wirtschaftskammer Budweis ein Projektpartner ist; wir sind der Lead-Partner. Damit wollen wir die nächste Phase des Aufholprozesses in der Standortentwicklung mit Beteiligung an einem internationalen Wirtschaftsraum einleiten. Wir sehen uns als ein Teil des Centrope-Raumes und wollen auch das klare Ziel vor Augen haben, gemeinsam mit den Nachbarregionen im Kreis Südböhmen, im Kreis Vysocina einen interregionalen Korridor mit wichtigen

Referent Anton Koczur

Entwicklungsachsen zu schaffen. Der Wegfall der Schengengrenze erleichtert unsere Bemühungen wesentlich.

Wir wissen, dass dieser nächste Schritt dann letztlich auch ein besonderes Engagement und eine besondere Qualität der Kooperation braucht. Wir haben eine Reihe von Schwerpunkten: die Ausweitung der Achsenstandorte auch im tschechischen Gebiet, die Weiterentwicklung zu interkommunalen Standorten unter Einbindung der Umlandgemeinden um die Standorte herum. Wir haben ein neues Modell der StandortbotschafterInnen entwickelt: In jeder dieser 19 Gemeinden sind Persönlichkeiten eingebunden, die die Sache des Waldviertels zu ihrer eigenen machen und die wir auch entsprechend ausstatten.

Abschließend: Natürlich ist das Projekt deshalb stark, weil es von einer regionalen Partnerschaft getragen ist, weil es sich in alle regionalen und überregionalen Strategien einbindet.

Ich sage schon vorweg zu den nachfolgenden kritischen Anmerkungen in der Diskussion: Es ist das ein Weg, der mit vielen Erschwernissen gepflastert ist. Ich denke und hoffe, dass wir dann noch die Gelegenheit haben werden, darüber zu diskutieren. Wir sind jedenfalls überzeugt davon, dass unser Lebensraum diese Initiative dringend braucht. Dass wir auf dem richtigen Weg sind, sieht man auch daran, dass dieses Projekt im Juni 2008 den EUREGIO Innovationspreis bekommen hat. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

10.58

Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Danke, Herr Präsident, für Ihren Beitrag.

Ich bedanke mich bei allen Damen und Herren Referentinnen und Referenten des heutigen Vormittags für ihre Ausführungen.

Ich darf Sie jetzt zu einer kurzen Pause in den Salon des Bundesrates gleich nebenan bitten und unterbreche die Sitzung bis 11.20 Uhr.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Enquete wird um 10.59 Uhr **unterbrochen** und um 11.23 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Sehr geehrte Damen und Herren, ich **nehme** die unterbrochene Enquete **wieder auf**.

III. Diskussion

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Wir gehen nun in die Diskussion ein.

Es liegen mir bisher neun Wortmeldungen vor. Sollte sich irgendjemand von Ihnen noch zu Wort melden wollen, bitte ich, die Wortmeldekarte hier bei uns abzugeben.

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, weise ich noch darauf hin, dass die Redebeiträge die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten sollten, und ich ersuche Sie sehr darum, sich daran zu halten.

Als Erster zu Wort gelangt Herr Bundesrat Ing. Kampl. – Bitte.

Bundesrat Ing. Siegfried Kampl

11.24

Bundesrat Ing. Siegfried Kampl (ohne Fraktionszugehörigkeit, Kärnten): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, für uns alle ist das heute hier eine Veranstaltung, wie wir sie in Österreich öfter abhalten sollten. Solche Enqueten, meine Damen und Herren, wären für uns alle sinnvoll und hilfreich, denn es nützt nichts, wenn wir den Schülern, den Kammern und der Öffentlichkeit millionenfach Lesematerial zukommen lassen, dieses Material aber nicht gelesen wird. Diese heutige Enquete ist eine gute Sache, nur sollten meiner Meinung nach auch die Medien anwesend sein, um zu verkünden, dass wir uns um die Zukunft Sorgen machen.

Ich möchte allen, die heute einen Vortrag gehalten haben, danken. Aus allen Referaten sprach Leistung, und man merkt, ja man weiß, dass überall gut gearbeitet wird. Und wir als Bürgermeister sollten zusätzlich noch dankbar dafür sein, dass diese Förderungen eigentlich den Regionen zugute kommen, die in der Vergangenheit ein bisschen abseits lagen, was die Einkommenssituation angeht. Es ist gut, wenn man auch in diesen Regionen aktiv wird.

Ich möchte auch jenen danken, die dafür Sorge getragen haben, dass diese Enquete heute überhaupt abgehalten werden kann.

Meine Damen und Herren! Voraussetzung für eine gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit ist es aber auch, dass gewisse schwierige Situationen angesprochen und beseitigt werden. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für gute nachbarschaftliche Beziehungen. Was Kärnten angeht, ist zu erwähnen, dass Krško in einer Erdbebenzone liegt, und mit Slowenien ist diesbezüglich noch nie konkret gesprochen worden, um das für alle Zeit zu regeln. Das Kraftwerk Krško ist 70 Kilometer von Kärnten entfernt. Es sollte eigentlich bis 2022 laufen, ab 2022 soll es aber verstärkt ausgebaut werden. Meine Damen und Herren! Solche Angelegenheiten fallen auch in den Bereich nachbarschaftliche Beziehungen.

Oder Temelín: In diesem Zusammenhang gibt es den Melker Prozess, das Melker Abkommen. Es gab 160 Störfälle, meine Damen und Herren, aber wir haben uns noch nie bemüht, die Sache aus der Welt zu schaffen. Damit wir in Zukunft gute nachbarschaftliche Beziehungen haben, sollte das geschehen, denn die Bevölkerung macht sich Sorgen, wenn wir dieses Problem nicht lösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Präsidentin! Vielleicht wäre es möglich, im Sinne eines guten Zusammenlebens in Europa, im Sinne eines guten Verhältnisses zwischen Österreich und dem übrigen Europa solche Enqueten abzuhalten, da auch die Interessen Österreichs in Europa für die Zusammenarbeit von großer Bedeutung sind. Ich würde sehr dafür eintreten, laufend solche Enqueten abzuhalten, sehr geehrte Damen und Herren. – Danke schön. (*Beifall.*)

11.27

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Danke, Herr Bundesrat, für Ihren Beitrag.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Edgar Mayer. – Bitte.

11.27

Bundesrat Edgar Mayer (ÖVP, Vorarlberg): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament! Ich möchte mich den Ausführungen des Kollegen Siegi Kampl anschließen. Lieber Kollege Kampl, noch nie hattest du so recht wie heute (*Heiterkeit*) mit deinen Lobes- und Dankesworten!

Bundesrat Edgar Mayer

Und ich möchte mich auch für die großartigen Beispiele bedanken, die heute hier erwähnt worden sind, wobei das natürlich nur ein kleiner Querschnitt dessen sein kann, was in Europa und im Bereich der Zusammenarbeit alles geschieht. Auch von meiner Fraktion ein herzliches Dankeschön für die großartige Präsentation!

Ich möchte aus dem Ländle – und für alle, die nicht wissen, was das „Ländle“ ist: das ist das Bundesland Vorarlberg –, sprich aus der Bodenseeregion noch ein Beispiel einbringen, möchte aber kein Ko-Referat halten. Das Projekt, das ich vorstellen möchte, ist mir sehr, sehr wichtig, insbesondere aus dem Blickwinkel des Bürokratieabbaus, der Verwaltungsvereinfachung und – was wir auch immer wieder predigen – natürlich der Verwaltungsreformen. Wir sind mit diesem Projekt in dieser Region beispielgebend unterwegs.

Das INTERREG IV-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ zielt auf eine nachhaltige wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region und den Aus- und Aufbau von Netzwerken in verschiedensten Bereichen ab. Zugleich soll eine leistungsfähige Infrastruktur im Gesamttraum ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Weitere Ziele sind die Erhaltung des attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraumes sowie eine verstärkte Zusammenarbeit, unter anderem im sozialen und natürlich auch im kulturellen Bereich.

Damit erhält diese grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit rund um den Bodensee einen weiteren wichtigen Impuls. Es ist das ein weiterer wichtiger Schritt in der europäischen Zusammenarbeit.

Thematisch konzentriert sich das Ganze auf zwei Bereiche: regionale Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie Standortqualität und Ressourcenschutz. Deshalb aus diesen vielen Projekten ein besonderes Beispiel, von dem ich auch aus eigener Erfahrung berichten kann: Es sind dies die „Lernenden Verwaltungen“. **„Lernende Verwaltung“** ist ein Projekt, das bisher acht Städte aus drei Ländern rund um den Bodensee über die Grenzen hinweg miteinander verbindet. Aus Deutschland sind es Friedrichshafen, Konstanz, Radolfzell und Überlingen, aus Österreich Dornbirn und Feldkirch – wobei Feldkirch nicht ganz am Bodensee liegt, aber wir bemühen uns –, und aus der Schweiz Kreuzlingen und Schaffhausen.

Zu den Projekten und Aktivitäten dieses Netzwerkes: Die beiden vergangenen Jahre standen unter dem Motto **„Miteinander arbeiten – voneinander lernen“**. Zur Umsetzung dieses Zieles wurden verschiedene Instrumente und Veranstaltungsformen genutzt.

Erstens waren das die operativen Gruppen. 14 operative Gruppen trafen sich zum Best-Practice-Austausch und entwickelten neue Projekte, die grenzübergreifend im Netzwerk umgesetzt wurden. Über 100 MitarbeiterInnen kamen so zusammen.

Konzepte, Erfolge und Informationen zu einem **betrieblichen Gesundheitswesen** und Gesundheitsmanagement wurden in dieser gleichnamigen Gruppe ausgetauscht.

Die **Gruppe E-Learning** testete ein gemeinsam definiertes E-Learning-Tool. Das entstehende Instrument wird danach für alle Kommunen im Netzwerk verfügbar sein. So fallen eben nur einmal Entwicklungskosten an.

Ebenfalls weiterarbeiten will die **Gruppe Integration, Migration**. Sie setzt unter anderem ein von ihr gemeinsam mit der Gruppe Lehrlingsaustausch entwickeltes Konzept zum Erwerb interkultureller Kompetenzen während der Lehrlingsausbildung um. In einer ersten Runde konnten 80 auszubildende junge Menschen der Städte von dieser gemeinsamen Schulung profitieren. Diese interkommunal grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Lehrlingsausbildung stellt ein Novum dar.

Bundesrat Edgar Mayer

Einen innovativen Ansatz hat zum Beispiel auch die **Gruppe Mystery Shopping**.

Wichtig ist auch die **Gruppe Luftreinhaltung, Energie und Klimaschutz**, wo Mitarbeiter aus Bau- und Umweltämtern einen aktiven Austauschprozess miteinander betreiben.

Weiters werden auch Online-Instrumente genutzt. Das Netzwerk „**Lernende Verwaltung**“ bietet gerade in diesem Bereich eine Chance, neue Trends und Instrumente auf ihre Einsetzbarkeit in den Verwaltungen zu testen.

Der **Wissenspool**: Über 200 Wissensträger aus allen Städten haben sich auf dieser Plattform angemeldet. Die **Online-Plattform** bietet einen interessanten Austausch mit Dokumenten und Terminen.

Insgesamt sind in 30 Workshops und Seminaren 500 MitarbeiterInnen aus den Verwaltungen geschult worden.

Im Rahmen des Zieles der Europäischen territorialen Zusammenarbeit 2007 bis 2013 stellt die Europäische Kommission dem INTERREG-IV-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ bis 2013 23,8 Millionen € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung. – Herr Kollege Avila Albez, das Geld ist gut angelegt. Das darf ich Ihnen von hier mit auf den Weg geben.

Kofinanziert wird das Ganze auch von den Schweizer Eidgenossen, und wenn man die Sparsamkeit der Schweizer Eidgenossen kennt, muss man sagen, das hat natürlich auch einen besonderen Charme. (*Heiterkeit.*) – Ich danke Ihnen. (*Beifall.*)

11.33

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Herzlichen Dank.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Franz Schausberger, Vorstand des Instituts der Regionen Europas. – Bitte.

11.33

Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger (Institut der Regionen Europas/ IRE; Salzburg): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident Weiss! Meine Damen und Herren! Ich darf mich zuerst einmal sehr herzlich für die Einladung bedanken, Herr Präsident, Frau Präsidentin, denn sie gibt mir die Möglichkeit, wieder einmal vor dem österreichischen Bundesrat ganz kurz das Wort zu ergreifen, diesmal in Vertretung des Instituts der Regionen Europas, aber auch als Mitglied des Ausschusses der Regionen seit über zwölf Jahren.

Ich möchte dem Bundesrat zu dieser Enquete recht herzlich gratulieren. Ich glaube, das ist ein ganz wesentliches und wichtiges Thema, mit dem sich der österreichische Bundesrat hier befasst. Es ist beeindruckend, wie die einzelnen Bundesländer Beispiele für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit gebracht haben. Ich kann da den Vorrednern nur recht geben und sagen: Hier findet Europa statt. In diesen grenzüberschreitenden Kooperationen findet Europa statt, und ich glaube, es ist gut, wenn man das darstellt, weil das auch für die Bevölkerung meines Erachtens sehr positiv und auch begreifbar ist.

Diese Kooperation findet statt, ohne dass wesentliche rechtliche Instrumente dafür in Anspruch genommen werden müssen. Herr Botschafter Trauttmansdorff hat mir in der Pause gesagt, nach Artikel 16 der Bundesverfassung gibt es bis heute keine einzige Vereinbarung zwischen Regionen und angrenzenden Regionen. Das heißt, es ist zwar gut, dass es diese Institution des Artikels 16 gibt, und man könnte ihn theoretisch tatsächlich auch noch auf Regionen ausbauen, die nicht unmittelbar angrenzen, aber es ist nicht unbedingt notwendig, alles zu verrechtlichen. Die Zusammenarbeit funktioniert auch so.

Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger

Erlauben Sie mir, dass ich aber trotzdem ein paar Worte zu einem Rechtsinstrument sage, dass es erst seit Kurzem seitens der europäischen Kommission gibt, ein Instrument, für das wir im Ausschuss der Regionen viele Jahre gekämpft haben: Es sind das die **Europäischen Verbände für Territoriale Zusammenarbeit, EVTZ** – wieder einmal ein Begriff, der nicht wirklich ins Ohr geht (*Heiterkeit*), aber er ist halt so, wie er ist.

Ich glaube, und das wollte ich heute hier sagen, die Umsetzung auf der Ebene der Mitgliedstaaten ist notwendig, und in manchen Fällen brauchen wir da diesen EVTZ auch tatsächlich. Es haben die meisten EU-Mitgliedstaaten die gesetzliche Umsetzung bereits vorgenommen, aber in Österreich ist das noch nicht geschehen. Daher ist das heute die richtige Tribüne für mich, das zu sagen.

Ursprünglich sollte es ja Länderkompetenz sein, dann hat man es in Richtung Bundeskompetenz definiert. Ein Gesetzentwurf liegt vor; er ist ja vor dem Sommer, glaube ich, zur Begutachtung ausgeschieden worden. Ich bedauere – auch als nicht mehr Kompetenter und Zuständiger –, dass es dazu leider unterschiedliche Stellungnahmen seitens der Bundesländer gibt, was die Umsetzbarkeit und die Realisierbarkeit dieses Gesetzentwurfes nicht gerade fördert. Würden die Länder mit **einer** Stimme sprechen, wäre das in einer solchen Frage sicher gut.

Es gibt – und das sei nur als Anregung mitgegeben – drei Punkte, die mir wichtig erscheinen und bezüglich derer man diesen Gesetzentwurf wahrscheinlich noch anreichern und ergänzen sollte. Erstens sollte man eine Definition von EVTZ mit aufnehmen. Eine solche ist derzeit nicht drinnen. Zweitens sollte man die konkreten Aufgaben der EVTZ in den Gesetzentwurf aufnehmen, denn sonst ist es schwierig, damit zu arbeiten. Und drittens sollte man, da die EVTZ ja als Förderantragsteller, als Förderungsabwickler und auch als Fördermittel vergebende Einrichtungen fungieren sollen, die Frage der Kontrolle in ein solches Gesetz aufnehmen.

Die Euregio „Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein“ gibt es seit vielen Jahren. Sie arbeitet hervorragend, muss aber aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Situation in Form von zwei Trägervereinen organisiert werden: einem Trägerverein in Bayern und einem Trägerverein in Salzburg, mit zwei administrativen Einrichtungen, zwei Geschäftsführern etc. Das wäre, wenn es den EVTZ geben würde, nicht mehr notwendig. Wir könnten **eine** Trägerorganisation haben und damit auch einfacher agieren. Deshalb wäre es gut, wenn wir diese Rechtsinstitution hätten.

Wir haben ein Beispiel gehabt: Es ging um eine Machbarkeitsstudie für eine zusätzliche **Salzachquerung**. Die Euregio konnte dafür keine Förderung bei der EU beantragen, sondern das musste einer der Trägervereine machen, was natürlich nicht so gut aussieht, wie wenn die gesamte Euregio das machen würde.

Daher meine Bitte und meine Hoffnung, dass der neue Nationalrat das vielleicht bald beschließen könnte und dass von Seiten des Bundesrates da auch ein bisschen Druck gemacht wird.

Zum Abschluss eine Bitte, die ich gemeinsam mit dem Generalsekretär Dr. Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, der heute auch anwesend ist, äußern möchte. Es hat so wunderbare Präsentationen von grenzüberschreitenden Kooperationen gegeben. In allen, nehme ich an, ist auch EU-Geld drinnen. – Bitte schreiben Sie es auch sichtbar und deutlich außen drauf! Das wäre für die Bevölkerung sicher positiv, und es wäre ein kleiner Beitrag dazu, dass das Image der Europäischen Union etwas verbessert werden kann.

Noch einmal: Wo **EU-Geld drinnen** ist, bitte es auch **außen** draufzuschreiben!

Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger

Ich bedanke mich nochmals herzlich für die Möglichkeit, ein paar Worte sagen zu dürfen. (*Beifall.*)

11.39

Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Danke, Herr Landeshauptmann a. D. Dr. Schausberger.

Als Nächster zu Wort gemeldet: Herr Bundesrat Dr. Schnider. – Bitte.

11.40

Bundesrat Dr. Andreas Schnider (ÖVP, Steiermark): Frau Präsidentin! Herr Präsident! Liebe Referentinnen und Referenten! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich nur meinen Vorrednern anschließen, und auch von mir kommt hier ein herzliches Dankeschön. Wo, wenn nicht hier in der Länderkammer, wo ja auch viele Persönlichkeiten sitzen, die selbst sehr stark regional oder lokal – ob als Bürgermeisterin/Bürgermeister oder als Gemeinderätinnen/Gemeinderäte – vor Ort tätig sind, ist Platz für eine solche Diskussion?

Ich denke auch – und das hat sich heute auf eine wunderbare Weise gezeigt –, dass an Hand der konkreten Projekte **Europa** in den Orten anwesend ist. Ich meine auch – da möchte ich mich Herrn Dr. Schausberger voll und ganz anschließen –, man muss das sogar verpflichtend einführen, dass es auch außen draufstehen muss, wenn etwas mit europäischen Geldern bezahlt oder kofinanziert worden ist.

Das größte Problem – das sehe ich auch, und das hat ja auch Frau Mag. Kampus angesprochen; da möchte ich mich voll und ganz anschließen – ist: Für die Menschen erhält etwas dann Wichtigkeit, wenn es auch da oder dort **sichtbar** wird. Das heißt, dass sie es selber erleben können, dass sie es selber spüren können. „Spüren“ hat aber etwas mit „Spuren“ zu tun, also muss ich dort auch Spuren hinterlassen. Ich denke also, dieses Sichtbarmachen gehört zur Verpflichtung, gehört zu den Auflagen. Das ist genauso, wie wenn man heute etwas publiziert und von einem Ministerium oder einer anderen öffentlichen Stelle Geld bekommt. Da muss man auf der Seite nach dem Schmutztitel innen links den Namen der fördernden Stelle in einer bestimmten Größe andrucken. Ich denke, das gehört auch im Falle der oben erwähnten EU-Projekte auf ähnliche Weise gemacht.

Zu einem konkreten Projekt, das hier vorgestellt worden ist, habe ich eine Frage an Herrn Geschäftsführer Prehn: Auch wenn ich weiß, dass nicht alles auf Rechtsformen beruht, würde mich interessieren, was diese Internationale Bodensee-Hochschule für eine Rechtsform hat. Ich halte das nämlich für eine sehr interessante Geschichte.

Ich frage das natürlich auch deshalb, weil ich einfach den Eindruck habe, dass solche Projekte zum Großteil lockere Verbünde sind, die sich zusammengeschlossen haben. Ich meine aber, dass wir noch einen nächsten Schritt wagen sollten – von den Kooperationen zu einer wirklich **gemeinsamen** Hochschule, die grenzübergreifend ist. Da wären nämlich auch manche Probleme gelöst, die Frau Mag. Kampus ebenfalls angesprochen hat, nämlich bezüglich der verschiedenen Sprachen, der unterschiedlichen Verwaltungssysteme und der nicht vorhandenen gemeinsamen Entwicklungsstrategien. – Die kann man nur erstellen, wenn man **ein** Unternehmen hat.

Ich denke, dass wir aus Projekten wie dem, das Sie hier vorgestellt haben, etwas Interessantes machen könnten, möchte in dem Zusammenhang aber auch darauf hinweisen, dass solche Projekte meiner Meinung nach zu sehr nur auf Hochschulebene angesiedelt sind. Wir müssen auch über die **tertiäre** Bildung reden. Wir müssen mit bedenken, dass es auch eine Erwachsenenbildung gibt.

Das wäre ein spannendes Projekt. Seit es das ECTS-Punktesystem und somit gewisse Zertifizierungen bei den Qualifikationen gibt, gibt es keinen Grund, nicht einmal **alle**

Bundesrat Dr. Andreas Schnider

Erwachsenenbildungs-Institutionen zusammenzunehmen und zu versuchen, vielleicht einmal **eine** Institution als ein Pilotprojekt ins Leben zu rufen, mit einer gemeinsamen Verwaltung und einem gemeinsamen, vereinbarten System, in dem die Menschen wirklich partizipativ mitmachen können.

Ich kann mir auch einen weiteren Schritt vorstellen, der heute teilweise schon passiert: Wir müssen ein Stück weg von der **Konkurrenz** hin zur **Konferenz**. Wenn es in einem anderen Land Europas gute Leute gibt – gute Professorinnen und Professoren, gute Assistentinnen und Assistenten –, dann sollten wir nicht sagen, die Universität A oder B oder die Erwachsenenbildungseinrichtung A oder B macht jetzt in Österreich dasselbe, sondern dann sollten wir diese Leute mit hereinholen und auch schauen, solche Bildungsaktivitäten miteinander grenzüberschreitend zu vernetzen.

Mich interessieren aber konkret die Fragen: Welche Rechtsform hat diese Internationale Bodensee-Hochschule? Ist das eine lose Kooperation? Und wäre es für uns nicht besonders spannend, wirklich einmal eine Institution als ein Pilotprojekt in Angriff zu nehmen, die auf einer Sprachenvielfalt, auf einer gemeinsamen, klaren Verwaltung und auf einer ganz klaren Strategieentwicklung und -planung beruht? – Danke. (*Beifall.*)

11.44

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Es wurde eine konkrete Frage an Herrn Prehn gestellt, und ich nehme an, er möchte sie beantworten. – Bitte.

11.45

Referent Stephan Prehn (Internationale Bodensee-Hochschule, Schweiz): Vielen Dank für die Frage; die ist natürlich tatsächlich zentral und interessant. Sie können sich vorstellen, dass ich dazu sehr viel sagen könnte, denn das begleitet uns ja seit zehn Jahren: Wir haben **keine** Rechtsform, genauso wenig wie die Internationale Bodensee-Konferenz. Wir haben Statuten; das spielt sich auf dem rechtlichen Niveau einer gemeinschaftlichen Absichtserklärung ab. Dieser Hochschulverbund ist aufgebaut auf der Idee, dass die Hochschulen zusammenarbeiten, die durch die Rektorate repräsentiert werden. Da gibt es eine Verbindung zu den Hochschulgesetzen, in denen steht: Ein Haus arbeitet zur Verbesserung von Forschung und Lehre mit ausländischen Hochschulen zusammen. – Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

Die Frage, ob eine Superstruktur der Sache tatsächlich gut täte, kann ich nicht beantworten. Ich finde es zweifellos spannend. Es gibt auch Leute, die diese Überlegungen anstellen, aber Sie wissen, dass wir im Bereich Bildung in einem – ich würde einmal sagen – verschärften Föderalismus leben. Da ist die Regelungsdichte so hoch, dass es vielleicht auch eine Frage der einzusetzenden Kräfte wäre, das alles sozusagen zusammenzuführen, um ein gemeinsames, harmonisches Miteinander – das wir jetzt ohnehin schon haben – wieder zu erzeugen. In der Geschäftsstelle dieses Hochschulverbunds der 27, die auch in meinem Aufgabenbereich liegt – dass das ebenso viele sind, wie es EU-Mitgliedstaaten gibt, ist nur Zufall –, gibt es eineinhalb Stellen. Zwei Drittel der dort beschäftigten Personen stehen also in diesem Moment vor Ihnen.

Wir kommen mit dem derzeitigen Rechtsrahmen ganz gut zurande. Wir haben Statuten, wir haben die Hochschulgesetze der Länder, wir haben die IBK, die ja auch wieder über Statuten verbunden ist. Es gibt dann noch weiter westlich die so genannte Oberreinkonferenz. Da gibt es eine Hochschulzusammenarbeit von sieben Universitäten; die haben einen Rahmenvertrag.

Wir haben schon über Staatsverträge nachgedacht und darüber, ob es das braucht oder ob das ein viel zu großes Instrument für diese kleine Zusammenarbeit ist. Die Überlegungen zu all diesen rechtlichen Rahmenbedingungen haben im Moment noch

Referent Stephan Prehn

dazu geführt, dass man einfach sagt, nein, solange es gut geht und die Ergebnisse da sind, belassen wir es dabei. Aber ich gebe Ihnen recht: Es ist natürlich aufregend, über eine Superstruktur nachzudenken. Es ist nur die Frage, ob das der Sache dient. Es geht um 27 autonome Hochschulen in vier verschiedenen Staaten, wo eine EU-Außengrenze durchläuft. Wir haben das nicht abschließend beantwortet, aber wir stellen im Moment fest, es geht auch prima ohne alles. – Ich hoffe, ich konnte Ihre Frage einigermaßen beantworten.

11.47

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Herzlichen Dank für die Beantwortung dieser Frage. Als Nächste ist Frau Bundesrätin Kerschbaum zu Wort gemeldet. – Bitte.

11.47

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum (ohne Fraktionszugehörigkeit, Niederösterreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte mich einleitend zuerst einmal für die Veranstaltung heute insgesamt und für die vielen interessanten Beiträge, die ich gehört habe, bedanken. Es gibt sicher einiges, das man von hier mitnehmen kann.

Ich möchte die Frage EU-Förderungen von einer anderen Seite betrachten, nämlich von der Seite der „Förderungskonsumentinnen“ und „-konsumenten“. Ich denke, es gibt in diesem Land sehr viele innovative Köpfe und sehr viele gute Ideen. Diese Ideen haben meistens zum Ziel, irgendein Projekt umzusetzen. Das Ziel steht zuerst, und dann kommt die Finanzierung. Das Ziel ist wahrscheinlich in vielen Fällen nicht unbedingt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sodass man meist nicht gleich weiß, dass man sich jetzt einmal um eine EU-Förderung anstellen muss, sondern das Ziel ist wahrscheinlich zunächst ein anderes, und dann gibt es eben verschiedenste Möglichkeiten, es zu erreichen.

Worauf ich hinaus will: Was meiner Meinung nach fehlt, ist **eine** Anlaufstelle pro Bundesland, wo man wirklich über alle möglichen Förderungen inklusive der EU-Förderung Informationen bekommt. Die tollen und guten Projekte und Ideen kommen ja nicht nur in den Köpfen von Managern von Großkonzernen vor, sondern es gibt ja auch sehr viele kleine Projekte. KMUs und Einzelpersonen haben aber niemanden, der für sie recherchiert und herausucht, wo es eine Förderung geben könnte, sondern die brauchen eine Anlaufstelle, um diese Information zu bekommen.

Ein weiterer Punkt, der meiner Meinung nach sehr wichtig ist, ist die **Transparenz**. Die EU hat in Österreich zumindest nicht unbedingt den Ruf, ein übermäßig transparentes Gremium zu sein. Daher wäre es meiner Meinung nach sehr förderlich, wenn gerade die Förderungsabwicklung möglichst transparent abläuft, sprich, dass man, wenn man sich um eine Förderung angestellt hat, Bescheid bekommt, ob man Geldmittel bekommt oder nicht, warum, und wo man sich ansonsten hinwenden könnte.

Das gibt es prinzipiell bestimmt schon, nur ist der Zugang zu diesen Daten von außen nicht immer leicht. Wenn man vor Ort sieht, welche Projekte abgelehnt und welche gefördert wurden, dann ist nicht immer erkennbar, warum. Das wäre auch ein Bereich, der für die Konsumentin und den Konsumenten einer solchen Förderung sicher wichtig und interessant wäre.

Der dritte Punkt, den ich mir aufgeschrieben habe, ist die **Sichtbarkeit**, die heute schon sehr oft erwähnt worden ist. Das ist genau der Punkt, wo die Leute dann vielleicht auch ein bisschen mehr das Gefühl haben, dass die EU auch etwas bringt, dass diese internationale Zusammenarbeit auch förderlich für den Einzelnen ist. Insofern geht es um **Kleinprojekte**, um kleine Dinge, die in der Region sichtbar sind.

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum

Da ist es dann vielleicht auch nicht so, dass die Menschen neidig werden, denn Großprojekte rufen schon auch Neid hervor, und man denkt sich: Okay, wer führt denn jetzt die Geschäfte von diesem Golfplatz und wo kommen die Mittel her? – Aha, EU-gefördert! Das ist jetzt vielleicht ganz nett und schön und gut, aber im Prinzip ist es nicht so, dass es die Menschen mit der Europäischen Union verbindet, sondern das passiert viel mehr mit kleinen Projekten, die vielleicht weniger Leute betreffen, aber für die Menschen doch *spürbarer* sind.

Vielleicht noch eine Kleinigkeit dazu, weil mir dieses Projekt mit den öffentlichen Verkehrsverbindungen über die Grenzen hinweg so gut gefallen hat: Ich denke, diese Verkehrsverbindungen sind überhaupt interessant für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es gibt in Niederösterreich zwar jetzt schon bald zwei Varianten, über die Autobahn in das benachbarte Tschechien zu kommen.

Es gibt aber zwei Bahnverbindungen, wo die Regionen jeweils sehr stark darum kämpfen, dass Lücken geschlossen werden, damit man nach Tschechien eben auch mit der Bahn fahren kann – und zwar schnell über die Grenze und nicht über einen großen Umweg. Das ist auf der einen Seite die Lücke bei Laa–Hevlín, und bei der Thayatal-Bahn gibt es auch seit 20 Jahren einen Kampf, da man zum Nachbarn hinüberfahren möchte, und zwar nicht über Gmünd oder Wien.

Ich denke, diese kleinen Grenzübergänge sind einfach auch ganz wichtig, damit die Menschen diese Verbindung zu den Nachbarn eher ausnutzen und ausschöpfen können.

Insgesamt sind sowohl die Förderungen als auch die grenzüberschreitenden Nahverbindungen ganz wichtig, damit die Menschen die positiven Seiten der EU kennen und schätzen lernen. Ich denke, das ist in unser aller Interesse. *(Beifall.)*

11.53

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Danke.

Als Nächste ist Frau Bundesrätin Vladyka zu Wort gemeldet. – Bitte.

11.53

Bundesrätin Christa Vladyka (SPÖ, Niederösterreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Frau Mag. Kampus hat mich zu einer Wortmeldung inspiriert, weil sie gemeint hat, man müsse Projekte schaffen, die man ansehen und begreifen kann.

Ich möchte auch ein bisschen auf die kommunale Ebene zurückkommen, die meine Vorrednerin schon angesprochen hat, denn es kommt ja oft auf kleinere Projekte an, die die Menschen vor Ort betreffen.

Ich komme aus dem östlichsten Bezirk Niederösterreichs – aus Bruck an der Leitha –, der neben einem – unter Anführungszeichen – „Ziel-1-Gebiet“, dem Burgenland, liegt und der es aufgrund der damaligen Förderkulisse sichtlich schwerer gehabt hat als das Burgenland, Projekte mit Förderungen umsetzen zu können.

Daher haben wir eben auch im Zuge von INTERREG-Projekten versucht, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu leisten. Ab 1999 wurden in Bruck an der Leitha, wo ich auch als Bürgermeisterin tätig bin, im Rahmen eines INTERREG-IIA-Projekts mit dem Titel „Kommunale Freiflächensicherung – Beiträge zu Naherholung und Tourismus in einer Grenzregion“ mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Freiraumqualitäten begonnen.

Die damals wichtigsten Maßnahmen waren erste Schritte zu einer Revitalisierung unserer „grünen Lunge“, des Harrachparks in Bruck an der Leitha, die Gestaltung des

Bundesrätin Christa Vladyka

ersten Abschnitts eines Grüngürtelkonzepts, die Errichtung von Naturspielplätzen und vieles andere mehr.

Wichtig war vor allem auch der Beginn der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen mehreren historischen Parkanlagen in Österreich, in der Slowakei und in Ungarn. Im Rahmen eines weiteren INTERREG-III A-Projekts mit dem Titel „Die großen Gärten unter der Enns“ wurden ab 2002 mit der Stadt Bruck an der Leitha im Zentrum ein internationales Netzwerk historischer Gärten aufgebaut sowie substanzielle Verbesserungen im Harrachpark, der ja einer der bedeutendsten englischen Landschaftsgärten in Osteuropa ist, durchgeführt.

Im Harrachpark wurden auf Basis des Parkpflegewerks Umsetzungsmaßnahmen ausgewählt, die einerseits für die Naherholung der Bevölkerung unumgänglich waren und andererseits auch mit einem geringen Kostenaufwand durchführbar waren. Durch die Lage in einem Natura-2000-Gebiet waren natürlich zusätzlich auch Naturschutz und fachliche Aspekte bei den Pflegemaßnahmen zu berücksichtigen, von Durchforstung über Baumpflege, Gewässersanierungskonzepte, Sanierung von bestehenden Brücken eben bis hin zum Aufbau des multilateralen Parknetzwerks „Die großen Gärten“, das dann den krönenden Abschluss gebildet hat.

Mit dem grenzüberschreitenden EU-Projekt „Die großen Gärten“ wurde ein Netzwerk von Parkanlagen geschaffen, das Unterstützung zur Gartendenkmalpflege bietet, eine gemeinsame touristische Linie anstrebt und einen grenzüberschreitenden Beitrag zur Regionalentwicklung darstellt. Zum Netzwerk der großen Gärten zählen die Schlossparks von Eckartsau, Marchegg, Rusovce, Malacky, die Esterházy'schen Gärten in Eisenstadt und Fertöd sowie der Harrachpark in Bruck an der Leitha. Alle Parks außer der barocken Anlage von Fertöd sind Landschaftsgärten aus verschiedensten Epochen.

Das Projekt „Die großen Gärten“ steht aber nicht alleine da. Wir stehen mit dieser Projektidee natürlich auch in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Parknetzwerken, die insbesondere in Deutschland und in Italien mit ähnlicher Herangehensweise die Erhaltung und touristische Vermarktung der Gartenanlagen erreichen wollen, zum Beispiel mit dem Projekt „Gartenträume“ in Sachsen-Anhalt oder mit dem Projekt „Grandi Giardini“ in Italien.

Das Parknetzwerk wird, wie gesagt, über INTERREG III A gefördert und wurde durch je ein Projekt des Vereins der Freunde der Eisenstädter Schlossparks, der Esterházy'schen Gärten Eisenstadts und Fertöd und der Stadtgemeinde Bruck an der Leitha getragen. Umgesetzt wurde dieses Projekt im Zeitraum von 2002 bis 2006. Die Gesamtkosten betragen allein für dieses Parkprojekt 300 000 €. Die Hälfte davon sind an Transferzahlungen geflossen.

Damit Sie aber auch einen kleinen Einblick in dieses Projekt nehmen können, habe ich mir erlaubt, draußen Broschüren zur Ansicht aufzulegen. Vielleicht ist es dem einen oder anderen ja möglich, vor Ort das Ergebnis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu besichtigen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich Sie in Bruck an der Leitha begrüßen dürfte. – In diesem Sinne danke ich schön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

11.58

Vorsitzende Vizepräsidentin Mag. Susanne Neuwirth: Danke für den Beitrag und die Anregungen. Als Nächster ist Herr Bundesrat Preiner zu Wort gemeldet. – Bitte.

11.58

Bundesrat Erwin Preiner (SPÖ, Burgenland): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Experten! Auch meinerseits ein herzliches Willkommen. Ich möchte ebenfalls meinen Dank an dich, Herr Präsident,

Bundesrat Erwin Preiner

für Abhaltung und Organisation der heutigen Enquete aussprechen. Ich denke, es ist wichtig, gerade in der Länderkammer, im Bundesrat, zu regionalen grenzüberschreitenden Projekten und Themenbereichen das Wort zu ergreifen. Was ich jedoch ein bisschen vermisste, ist die Medienpräsenz. Ich glaube, der heutige Vormittag hat auch eine entsprechende mediale Berichterstattung verdient.

Ich möchte nun auch über ein grenzüberschreitendes Projekt sprechen, das mit jenen, die heute bereits vorgestellt wurden, vergleichbar ist, und zwar ging dafür der Ansatz von der Burgenländischen Landesregierung und der Bundesregierung vor zehn Jahren aus. Es handelt sich dabei um ein Projekt, wo nicht nur Land, Bund und EU aktiv geworden sind, sondern auch die UNESCO. Ich spreche vom UNESCO-Weltkulturerbe **Neusiedler See–Fertö**, das bereits seit 2001 existiert.

Bekanntlich ist das Burgenland immer Grenzland gewesen, aber nicht in der Art und Weise eines Grenzlandes im Sinne einer Chinesischen Mauer, sondern eines Landes, an deren Grenze sich bis zum Jahr 1989 der Eisernen Vorhang befand. Wir, die Burgenländer, haben schon vor dem Jahr 1989 über den Eisernen Vorhang geblickt.

Nachdem Ungarn der EU beigetreten ist und die Schengen-Grenze eine Erweiterung erfahren hat, war es im Grenzbereich um einiges leichter möglich, Kooperationen einzugehen, aber auch seitens der Bevölkerung im grenznahen Raum persönlich in Kontakt zu treten. Letzten Endes kam es 2001, wie bereits gesagt, zur Gründung des UNESCO-Weltkulturerbes Neusiedler See-Fertö – eigentlich entgegen dem Ansatz des Bottom-up-Prinzips.

Die Bevölkerung um den Neusiedler See – 20 Gemeinden auf burgenländischem Gebiet und 10 Gemeinden auf ungarischem Gebiet – hat den Gedanken, ein UNESCO-Weltkulturerbe-Gebiet zu schaffen, sehr positiv aufgenommen.

Es gab bis dato diverse Workshops und Seminare nicht nur auf Ebene der Gemeinden, initiiert von Bürgermeister*innen und lokalen Politikern, sondern auch auf Vereinsebene. Die Bevölkerung in den 30 Gemeinden hat reges Interesse daran gezeigt und sich zahlreich an den diversen Workshops beteiligt, sodass schlussendlich das vorgegebene Ziel der UNESCO, einen gemeinsamen Managementplan zu erstellen, realisiert werden konnte.

Das Weltkulturerbe Neusiedler See-Fertö, im zentralen Raum Europas gelegen, umfasst eine Fläche von zirka 750 Quadratkilometern, und zwar inklusive Schilfgürtel und Wasserfläche des Neusiedler Sees.

Ziel war und ist es, die einzigartige Kultur- und Naturlandschaft an der Schnittstelle mehrerer Kulturen und Sprachen zu erhalten und das Bewusstsein dafür bei der einheimischen Bevölkerung, aber auch bei den Touristen, die Gott sei Dank Jahr für Jahr in immer größerer Zahl in diese Region kommen, zu schärfen. (*Vizepräsident Mag. Himmer übernimmt den Vorsitz.*)

Es wird auch auf die weitere touristische und wirtschaftliche Nutzung der Region Bedacht genommen, klarerweise abgestimmt mit den Inhalten des Managementplans. Dazu möchte ich kurz einige konkrete Beispiele anführen.

Es gibt alljährlich Weltkulturerbe-Feste, und zwar je eines in Österreich und eines in Ungarn. Dass die Erstellung des Managementplans gemeinsam erfolgt ist, habe ich bereits erwähnt. Des Weiteren existiert eine gemeinsame Homepage. Es gibt auch ein Sonderheft zum Themenbereich „Universum spezial“, die Aufstellung entsprechender Weltkulturerbe-Tafeln und eine internationale Vernetzung der Rad- und Güterwege erfolgten ebenfalls.

Bundesrat Erwin Preiner

Erwähnen möchte ich auch die Kooperation mit dem WWF zur Erstellung diverser Besucherprojekte, auch und speziell für Schulen, aber auch Projekte für Exkursionen und diverse Ausflüge. Auch ein Marketingprojekt wurde ins Leben gerufen. Wir haben bereits Marketingartikel produziert und weitergegeben, wie etwa Weltkulturerbe-Box, Weltkulturerbe-Taschen, Weltkulturerbe-Spiele und andere Give-aways.

Bis dato wurden zirka 430 000 € in die diversen Projekte des Weltkulturerbe-Gebietes investiert. Zirka 75 Prozent der Fördermittel bekamen wir von den betreffenden Förderstellen.

Was ist in den nächsten beiden Jahren bis 2010 geplant? – Dazu nur ein kurzer Auszug: Ausbau der diversen Wanderrouten, eine entsprechende Sichtbarmachung der historischen Bernsteinstraße, weiters wollen wir zusätzlich zu den UNESCO-Schulen, die sich in der Region befinden, neue etablieren. Wichtig ist auch, dass es Veranstaltungen für die Jugend gibt. Daher wollen wir ein „Jugendforum Weltkulturerbe“ installieren. Darüber hinaus soll das Weltkulturerbe-Gebiet im Internet besser beworben werden.

Wie wir wissen, ist der Neusiedler See als gesamte Region touristische Modellregion. Hier gilt es, in Zukunft noch mehr in den Qualitätstourismus zu investieren. Es geht darum, dass im Norden des Burgenlandes eine Saisonenerweiterung erfolgen kann, so dass wir zu einem Ganzjahrestourismus kommen. Ich hoffe, dass uns das mit der Realisierung der Seewinkeltherme möglich sein wird, die laut momentanem Planungsstand im Herbst 2009 in Betrieb gehen wird.

Für die genannten Projekte, die bis 2010 realisiert werden sollen, steht in concreto eine Fördersumme von zirka 350 000 € zur Verfügung. Leider gibt es, soweit ich weiß, einige Abstimmungsschwierigkeiten mit den zuständigen Behörden auf ungarischer Seite. Ich bin aber sehr optimistisch und hoffe, dass diese Schwierigkeiten in Kürze bereinigt werden können, damit wir auch zukünftig eine positive Entwicklung unseres Weltkulturerbes Neusiedler See-Fertö zum Wohle der Bevölkerung in der Region, aber auch zum Wohle der Touristen, die unser Gebiet besuchen wollen, ermöglichen.

Im Übrigen darf ich noch erwähnen, dass es bereits seit 12 Jahren einen „Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel“ gibt, der auch grenzüberschreitend angelegt ist.

Ich hoffe, dass ich Ihnen einige Inspirationen für einen privaten Besuch im Bezirk Neusiedl am See, im Nordburgenland, gegeben habe und möchte Sie sehr herzlich dazu einladen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

12.06

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Zu Wort gelangt nun Herr Präsident Anton Koczur. – Bitte.

12.07

Referent Anton Koczur (Österreichischer Gemeindebund): Geschätztes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist unbestritten und heute auch immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, dass EU-Förderungen etwas Gutes sind, dass sie Bewegung ins Land bringen und wesentlich dazu beitragen, dass die regionalen Unterschiede ausgeglichen werden können. Aber bei der Umsetzung dieser Projekte gibt es schon einiges, bezüglich dessen man Kritik anbringen muss, und das gehört an einem Tag wie heute auch dazugesagt.

Ich stelle fest, dass die Personen, die für die neue Programmplanungsperiode verantwortlich sind, völlig überrascht darüber sind, dass diese am 1. Jänner 2007 begonnen hat. Wir haben schon zu Beginn der letzten Programmplanungsperiode Kritik daran geübt, dass es zu lange Wartezeiten gibt, bis man auf EU-Förderprogramme zugreifen

Referent Anton Koczur

kann, und es wurde uns versichert, dass es so lange Wartezeiten nicht mehr geben wird. Ich kann nur hoffen, dass sich im Jahr 2013 dieser „Zirkus“ nicht wiederholt.

Es sind schon im Juli ETZ-Projekte beschlossen worden, aber es gibt immer noch keinen Vertrag und keine Details darüber. Man sagt uns, wenn man Glück hat, gibt es das bis Ende Dezember. Ich befürchte aber, dass es, wenn die zeitlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, erst im Juni 2009 so weit sein wird. Das ist unerträglich, denn man muss sich als Projektträger im Bereich der Geldwirtschaft anstellen, um Vorfinanzierungen zu bekommen. Jetzt hat man nichts in der Hand, wird aber gefragt: Wo sind die Sicherheiten? Ich bitte daher, da Dampf zu machen, damit wenigstens die vertragliche Regelung bis Dezember vorliegt.

Weiterer Kritikpunkt: Zu lange Abwicklung der Projekte und die Prozedur dabei. – Nur jedes halbe Jahr darf man Rechnungen, die man schon bezahlt hat, zur Förderung einreichen. Das wird zunächst einmal einer Kontrolle unterzogen. Da stelle ich kritisch fest, dass jene Stellen, die für die Kontrolle zuständig sind, personell unterbesetzt sind. Die dort Angestellten sind nicht imstande, das alles in rascher Abfolge zu erledigen, so wie es notwendig wäre. Ich meine, das wird man nur dann in den Griff bekommen, wenn man auch Sanktionen vorsieht, wie zum Beispiel: Wenn es innerhalb von drei Monaten nicht möglich ist, eine Projektteilabrechnung abzuhandeln, dann muss derjenige, der dafür verantwortlich ist, zumindest die Zinsen bezahlen. Das wäre eine wesentliche Voraussetzung.

Apropos Zinsen: Ich wage fast gar nicht zu fragen, was mit den Zinserträgen geschieht, die die nationalen Stellen, die das Geld von der EU, von Brüssel anfordern, haben. Dass diese Zinsen lukrieren, davon bin ich zutiefst überzeugt. Der Projektträger jedenfalls kann keine Zinsen geltend machen, der muss schauen, woher er das Geld bekommt und wie er die Zwischenfinanzierung zustande bringt.

Wir fordern Rechtssicherheit für die Projektträger! Heute ist es so: Man reicht etwas ein. Es vergehen drei, vier Monate. Man reicht die nächste Abrechnung ein. Und alles ist wieder anders. – Ich frage mich, wie da die nationalen Stellen vorgehen. Manchmal hat man den Eindruck, dass da im voreilenden Gehorsam mehr getan wird, als Brüssel eigentlich verlangt. Auch das ist ein großes Hindernis, und man sollte das bedenken.

Wir haben als Projektträger genug Herausforderungen zu bewältigen. Ich wage gar nicht, daran zu denken, was damit verbunden ist, dass wir Lead-Partner sind, wenn von den beiden Teilen, die da beteiligt sind, Neuland beschritten wird. Das wird sehr interessant werden. Da werden wahrscheinlich die Kontrollstellen ein wesentliches Wort mitreden, um uns das Leben noch schwerer zu machen.

Abschließend: Ich würde mir wünschen, dass uns die nationalen Stellen, die sozusagen als Hürden aufgebaut sind, bis man ein ETZ-Projekt beim Technischen Büro einreichen kann, intensiver und besser nachvollziehbar zuarbeiten würden.

Jetzt ist es so: Man klärt das mit dem Regionalmanagement ab, man klärt das mit den Stellen des Landes ab, die letztlich auch die Finanzierung mittragen müssen, dort verschlankt man ein Projekt, schreibt es dreimal um, und dann kann man es endlich einreichen. Dann geht es in den Lenkungsausschuss. Und siehe da, es kommt etwas ganz anderes heraus, als man beantragt hat.

Ich stehe hier als Zeuge dafür, dass man während einer Sitzung des Lenkungsausschusses die Förderquote von 85 Prozent auf 50 Prozent, ohne nur ein Wort mit uns zu reden, herabgesetzt hat. Dann ist man natürlich unruhig geworden, weil es ein Projekt war, wo jedermann sagte: Das ist etwas ganz Wichtiges für die Region, auch die Abge-

Referent Anton Koczur

ordneten stehen hinter dem Ganzen! Und dann musste rasch Feuerwehr gespielt werden.

Das ist eine sehr, sehr ungute Situation, und ich bitte Sie, dafür zu sorgen, dass man hier wirklich versucht, den Weg mit etwas weniger Steinen zu pflastern, damit nicht Folgendes passiert: dass, wenn es nicht um eine betuchte öffentliche Einrichtung geht, immer weniger Menschen bereit sein werden, ein ETZ-Projekt zu machen. Unter den jetzigen Voraussetzungen müsste man sagen: Hände weg davon! Ich ersuche Sie daher: Tragen Sie, wenn Sie an einem der entsprechenden Hebel sitzen, wo man etwas verbessern kann, dazu bei, dass unsere Arbeit leichter und nicht schwieriger wird! – Danke. *(Beifall.)*

12.14

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Zum Thema „Zinsen“ will Herr Dipl.-Ing. Schrötter eine kurze Replik geben. – Bitte.

12.14

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung): Meine Damen und Herren, ich möchte in Bezug auf das Österreich-Bayern-Programm einige Antworten geben. Ich kann für andere Programme keine Antwort geben, das steht mir nicht zu.

Zu den Zinsen: Ja, wir haben Zinsen lukriert aus der Tatsache, dass die EU-Gelder bei uns in Österreich auf einem Konto liegen und nur sukzessive ausbezahlt werden. Ich kann Ihnen auch eine ungefähre Zahl nennen. Diese Zahl ist zwei Monate alt. Ich weiß nicht, wie viel wir jetzt haben. Im Zusammenhang mit dem Österreich-Bayern-Programm wurden Zinsen in der Höhe von 220 000 € lukriert.

Was tun wir mit diesen Zinsen? – Wir verwenden diese Zinsen, um die nationale Co-Finanzierung von Projekten, die jetzt noch anstehen, durchzuführen. Das heißt, wir substituieren teilweise öffentliche, nationale Finanzierung von Bundesstellen oder von Landesstellen durch diese Zinsmittel, oder wir substituieren die Eigenmittel von Projektträgern durch diese Zinsen. Wir dürfen mit diesen Zinsen nichts anderes tun, wir müssen sie zur Finanzierung im Rahmen der Programme verwenden. *(Anton Koczur: Ist das EU-konform?)*

Das ist EU-konform! Ich darf das für nichts anderes verwenden, das ist leider so. Wir müssen die Programme abschließen, und ich würde den Abschluss der Programme, den ich 2009 machen muss und der sehr viel Aufwand bedeutet, gerne mit diesen Zinsen finanzieren, aber das darf ich leider nicht, das muss ich mit nationalen Mitteln finanzieren. Wir verwenden die Zinsen in den letzten paar Monaten zur nationalen Co-Finanzierung der Projekte. Ich habe gestern erst eine Überschlagsrechnung gemacht, damit ich nächste Woche meine bayrischen und Salzburger Kollegen fragen kann, wie viel Zinsen sie von mir für die nationale Co-Finanzierung ihrer Projekte bekommen.

Ganz kurz, weil ich schon am Rednerpult bin, noch zu zwei Punkten, die Sie erwähnt haben: Ich als Verwalter kann es nur unterstreichen: Die First-Level-Controller sind absolut unterbesetzt, und zwar in mehreren Bundesländern; Oberösterreich würde ich auch dazuzählen.

Außerdem: Wenn ich mir anschaue, wie die Österreichische Prüfbehörde aufgestellt ist, nämlich mit Akademikern, und wenn ich das vergleiche mit den Prüfern in den Ländern, die die First-Level-Kontrolle machen, so muss ich sagen: Da gibt es eine große Diskrepanz, denn die First-Level-Controller sind meistens einfache Buchhalter; bei uns in Oberösterreich teilweise angelernte Buchhalter.

Wenn ich das dann noch vergleiche mit den externen Gutachtern von großen Firmen wie PricewaterhouseCoopers oder Ernst & Young, die große Programme und Projekte

Referent Oberbaurat Dipl.-Ing. Robert Schrötter

prüfen, so stellte ich fest: Die arbeiten nur mit hoch spezialisierten Leuten von Fachhochschulen und Universitäten. Da muss ich sagen: Hier haben wir in der Verwaltung ein großes Manko! (*Beifall.*)

12.17

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Mühlwerth. – Bitte.

12.17

Bundesrätin Monika Mühlwerth (ohne Fraktionszugehörigkeit, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie es viele vor mir heute schon betont haben, sind diese INTERREG-Programme zu begrüßen, weil sie das völkerschaftliche Miteinander, das nachbarschaftliche Zusammenleben fördern und damit auch die Wirtschaft in einem gewissen Maße.

Es sind heute einige sehr interessante Praxisbeispiele vorgestellt worden, die auch nachhaltig sind. Darum geht es mir: dass hier auch die Nachhaltigkeit ein wichtiger Aspekt ist. Wir wissen aber, dass es auch Projekte gibt, die nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, sondern wo nur der Zweck der Förderung im Vordergrund steht. Das kommt immer wieder vor, wenn Förderungen vergeben werden. Das erscheint uns wenig sinnvoll.

Es wurde hier mehrfach schon gesagt, ein Projekt muss für die Bevölkerung erlebbar und vor allem erfassbar sein. Von einem Projekt, wo nur auf die Förderung abgezielt wird und das kurze Zeit danach wieder in der Versenkung verschwindet, hat niemand etwas, außer derjenige, der die Förderung lukriert hat. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu wissen, wie viele Projekte wie Strohfeuer verpufft sind und um welche Art von Projekten es sich dabei handelt.

Das hat übrigens auch der Europäische Rechnungshof in seinem Prüfbericht 2006 kritisiert, indem er gesagt hat: Die EU hat ihre Ausgaben nicht im Griff. 12 Prozent der Strukturförderungen – und das sind immerhin fast 4 Milliarden € – hätten mangels Ausschreibungen, Belegen und Aufzeichnungen überhaupt nicht ausbezahlt werden dürfen.

Ich betone das deshalb, weil wir ohnehin eine große Skepsis in Europa haben, gerade was die Transparenz der Europäischen Union in Bezug auf ihre Fördermittel betrifft. Ich denke da an Skandale in Rumänien und Bulgarien; in Österreich in besonderem Maße.

Es ist Kritik an Österreich auch betreffend das INTERREG-Programm Österreich-Ungarn geübt worden, und zwar auch in Bezug auf die Qualität der Prüfer. Jedenfalls hat der Europäische Rechnungshof kritisiert, dass die Kooperation der Verwaltungsbehörde und der Zahlstelle als wenig zufriedenstellend anzusehen ist – allerdings, ohne Details zu nennen. Diese Details fehlen uns auch in den Antworten auf unsere Anfragen an den Finanzminister.

Daher würde ich meinen: Ja, es ist sehr begrüßenswert, wenn es überregionale Projekte gibt, wenn überregional zusammengearbeitet wird. Aber das muss mit möglichst großer Transparenz und auch mit möglichst großer Kontrolle einhergehen. (*Beifall.*)

12.20

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Ministerialrat Mag. Schmitzer. – Bitte.

12.20

Ministerialrätin Mag. Eva-Maria Schmitzer (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung): Herr Präsident! Ich bin im Ministerium auch die Verbindungsstelle zur Ös-

Ministerialrätin Mag. Eva-Maria Schmitzer

terreichischen Raumordnungskonferenz und somit zu diesen EU-Strukturfonds und auch zu den Programmen, die wir heute besprochen haben. Ich möchte für die Mitglieder des Bundesrates im Namen meines Ministeriums hier nochmals zum Ausdruck bringen, dass wir diese Entwicklungen mit großem Interesse verfolgen und auch immer Gewähr bei Fuß stehen, Projekte zu unterstützen, sozusagen subsidiär zu den vielen Aktivitäten der Bundesländer und zu diesen tollen Projekten, von denen wir heute gehört haben. Heute haben sich von diesen zwölf eindrucksvollen Projekten schon drei oder vier explizit auf Wissenschaft und Forschung bezogen. Natürlich ist es das Ziel meines Ministeriums, dass es in den nächsten Jahren noch mehr einschlägige Projekte werden.

Es ist ja auch von der EU mehrmals vorgeschlagen worden, dass man die Verbindung von den Strukturfonds zum Forschungsrahmenprogramm schlagen sollte. Natürlich geht das nie in einem Projekt, sondern höchstens konsekutiv. Ob das möglich ist, das wird allenthalben noch bezweifelt. Wir glauben natürlich daran und möchten das auch erreichen.

Wir verteilen auch regelmäßig alle Informationen, die wir von der ÖROK bekommen, über die Universitätskonferenz an die Universitäten, von denen grundsätzlich viele großes Interesse zeigen und auch bereit sind, sich einzubringen, wenn es nur irgendeine sinnvolle Möglichkeit gibt.

Persönlich meine ich, dass es eine interessante Frage wäre, diese Forschungsbezogenheit, die es jetzt schon in den Strukturfonds und auch in der ETZ gibt, die eher auf Unternehmen und Technologietransfer fokussiert ist, zumindest in der Praxis noch, vielleicht auch auf Fragen von allgemeinem Interesse, auf Fragen, die das Gemeinwohl betreffen, ein bisschen mehr zu erweitern, möglicherweise auch in gemeinsamen Gesprächen und Anstrengungen. Ich denke an aktuelle Fragen wie Alter, Gesundheit oder andere wichtige wirtschaftswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Fragen, die man vielleicht auch schon im Vorfeld der jetzigen Finanzkrise hätte thematisieren können, auch von regionalen Akteuren oder von einem Verbund von regionalen Akteuren. Es wäre gut, wenn das in diese Richtung ginge.

Wir verfolgen das alles mit großem Interesse für die laufende Periode, aber vor allem auch im Hinblick auf die schon beginnenden Diskussionen für die künftige Periode. Das alles findet ja auch in immer mehr Konferenzen – nicht zuletzt gab es vorige Woche eine Konferenz mit mehr als tausend Teilnehmern unter der französischen Präsidentschaft – Berücksichtigung.

Wie gesagt: Wir stehen Gewähr bei Fuß – mit großem Interesse, auch mit Finanzmitteln, all diese Entwicklungen künftig zu unterstützen, mit dem Ziel, eben diese „Lissabonisierung“, die der Kollege von der Kommission erwähnt hat, so bald wie möglich und so gut wie möglich zu erreichen. – Danke schön. (*Beifall.*)

12.24

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Fraktionsobmann Bundesrat Bieringer. – Bitte.

12.24

Bundesrat Ludwig Bieringer (ÖVP, Salzburg): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich vorweg beim Präsidenten des Bundesrates, bei Herrn Jürgen Weiss, sehr herzlich für die Idee und vor allem für die Durchführung dieser Enquete bedanken.

Meine Damen und Herren, ich selbst bin Bürgermeister einer 12 000 Einwohner zählenden Gemeinde zwischen der Stadt Salzburg und dem Freistaat Bayern. Meine Ge-

Bundesrat Ludwig Bieringer

meinde grenzt an vier bayerische Gemeinden an. Heute stand zwar auf einer Folie, dass auch sprachliche Barrieren gegeben sind. Diese gibt es bei uns Gott sei Dank nicht, es sei denn, es sagt irgendjemand, Bayrisch sei eine ausländische Sprache, weil sie für so manchen sehr schwer zu verstehen ist.

Wir hatten und haben jahrhundertlang Beziehungen zwischen „drent und herent“, wie wir sagen, die auf kultureller Basis, aber auch auf wirtschaftlicher Basis fußen. Für uns hat auch das siebenjährige „Tausendjährige Reich“ keinen Unterschied gemacht, denn wir haben vor 1938 mit den Bayern verkehrt und auch nach 1938; wir sind heute froh, dass wir ohne Grenzschränken nach Bayern fahren können.

Warum sage ich das? – Weil es ja nicht überall so ist, wie wir es heute erleben dürfen. Unsere Väter und Großväter wären froh gewesen, wenn sie so über die Grenze hätten fahren können. Daher gibt es in meinen Augen überhaupt keine Alternative zu dieser Friedensgemeinschaft EU.

Dennoch kann man ruhig und soll man auch anmerken, dass dort der Bürokratismus wiehert. Ich sage Ihnen auch warum. Wir haben ohne viel Aufsehen mit der Gemeinde Ainring gemeinsam einen Steg – 75 Meter Spannweite, aus Holz –, eine Brücke gebaut – nicht für Autos, sondern für Fahrräder und Fußgänger. Das wird hervorragend angenommen. Aber wenn ich daran denke, wie viele Formulare wir unterschreiben mussten, wie viele Formulare wir einreichen mussten!

Ich danke Franz Schausberger für den Hinweis, dass hier eine Änderung kommen muss, weil es nicht sein kann, dass die Salzburger in Salzburg und die Bayern in Traunstein einreichen müssen. Das muss, wenn es schon die EU gibt – wobei wir froh sind, dass es sie gibt –, mit **einem** Formular gehen. Ob man dann 17 Mal unterschreiben muss, das stehe wiederum auf einem anderen Blatt.

Franz Schausberger, ich danke dir, dass du gesagt hast, man muss das auch sichtbar machen. – Es geht nicht anders. Wir müssen der Bevölkerung sagen, schau, das wurde mit Mitteln der EU umgesetzt. Wir haben 26 km Nordic Walking-Strecken gemeinsam angelegt und auf jedem Routenschild ist das Zeichen der EU. Darauf steht: Gefördert mit Mitteln der EU. – Das ist für mich selbstverständlich.

Wir haben auch etwas anderes gemacht. Ich gebe zu, da haben wir den Bürokratismus ein bisschen hintergangen, weil wir ja sonst keine Förderung dafür bekommen hätten. Wir haben die komplette Abwasserentsorgung von der Gemeinde Ainring – immerhin eine Gemeinde mit 11 000 Einwohnern, die eine neue Abwasserreinigungsanlage hätte bauen müssen – übernommen, weil wir genügend Kapazitäten hatten. Wir haben das nicht an die große Glocke gehängt. Wir werden jetzt die Gemeinde Ainring mit Wasser versorgen. Wir haben genügend Wasser und Ainring müsste erst mit erheblichem Aufwand für die Wasserbohrung und dergleichen mit nicht so einer guten Qualität Sorge tragen. **Das** nenne ich Zusammenarbeit.

Ich kann mir einen kleinen Seitenhieb auf Frau Kollegin Mühlwerth nicht verkneifen: Wir sind transparent. Das kann man alles nachvollziehen. Das traue ich mich unumwunden in Anwesenheit des Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes zu sagen. Wir Gemeinden haben nichts zu verbergen. Wir legen über jeden Euro Rechenschaft ab. Wir haben auch nichts zu verbergen, wenn wir kontrolliert werden. Nur immer zu sagen, es muss kontrolliert werden, so mit dem Hintergedanken, alles, was die „böse“ EU macht, ist schlecht, das ist mir ... (*Bundesrätin Mühlwerth: Keine Unterstellungen!*) – Ich habe nur gesagt: Hintergedanken. Ich habe nicht gesagt, dass du das gesagt hast. Aber den Hintergedanken traue ich mich dir zu unterstellen. Das sei angemerkt.

Bundesrat Ludwig Bieringer

Ich bin daher dankbar für diese vielen Projekte, ich habe eines beziehungsweise zwei mitbekommen. Und Sie können versichert sein, ich werde ein Nachahmungstäter werden. – Danke. (*Beifall.*)

12.30

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Keuschnigg. – Bitte.

12.30

Bundesrat Georg Keuschnigg (ÖVP, Tirol): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Mein Redebeitrag heute ist weniger eine persönliche Stellungnahme als viel mehr eine Wunschvorstellung an die Schlussrunde dieser Enquete. Für die Ausrichtung dieser Enquete bin ich jedenfalls sehr dankbar.

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit ist ja eines der ganz großen Politikfelder der Europäischen Union mit einigem Wachstum in den vielen Jahren, die vor uns liegen. Es sind auch die Budgets immer größer geworden, was auch eine sehr grundlegende europäische Entwicklung ist. Und ich glaube, wir sollten vielleicht als Ganzes ein bisschen auch diese Grundsatzdebatte hier hereinbringen.

Heute ist ja einiges an Stärken dieser Politik betont worden. Wir haben hochinteressante Einzelbeispiele gehört und dieser Beispiele gäbe es in jedem Bundesland, ich würde jetzt einmal sagen, sonder Zahl, also sehr viele weitere – nicht nur grenzüberschreitender Zusammenarbeit, sondern auch einiges im LEADER-Bereich und so weiter.

Wir haben auch einiges über Schwächen erfahren. Eigentlich wäre für uns im Sinne der österreichischen Politikplanung auch wichtig, dass wir uns auch intensiv mit den Schwachstellen auseinandersetzen. Wir haben interessanterweise auch von höchsten Stellen, vom Bundeskanzleramt beginnend, durchgezogen in einer Reihe von Wortmeldungen, über die umfangreiche Bürokratie etwas zu hören bekommen – auch sehr intensiv vom Herrn Präsidenten Koczur.

Die Frage ist: Gibt es realistische Ansätze, um das zu verändern? – Großes Fragezeichen. – Ich weiß es nicht. Ich habe selbst vor Kurzem einen Antrag mit hunderten von Seiten Papier quasi mitbegleitet. Trotzdem muss man jetzt die Frage erlauben – es wurden Transparenz und Kontrolle heute wiederholt eingemahnt –, es ist ja nicht alles sinnlos, was man an Papier abliefert, aber trotzdem ist das Ergebnis unbefriedigend, weil wir eigentlich vor einem Wust an Dingen stehen, die uns Probleme bereiten.

Zur Transparenz auch eine politische Stellungnahme, Frau Kollegin Kerschbaum. Sie haben es als Erste hier groß hereingestellt. Ich glaube eigentlich, dass Transparenz gegeben ist. Und der wesentliche Politikansatz dieser großen europäischen Initiative ist ja der, dass das alles über die Vor-Ort-Organisationen abgewickelt wird, Trägervereine, LEADER-Vereine, dahinter noch die Regionalregierung und so weiter. Also ich glaube, der Ansprechpartner sitzt in der Region. Sobald man sich ein bisschen Mühe macht, ist man sofort an der Vor-Ort-Stelle dieser europäischen Initiative. Darin würde ich jetzt eigentlich weniger den Hemmfaktor erkennen. Der Hemmfaktor selber ist möglicherweise die Frage der Sprachen. Politikplanung heißt, dieses Problemfeld, diesen Hemmfaktor anzugehen. Das ist schon mehrfach angesprochen worden. Da ist die Frage: Welche Schlüsse ziehen wir aus der heutigen Veranstaltung?

Dann stellt sich natürlich die Frage der historisch gewachsenen, völlig unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen. Wie gehen wir mit diesen Problemen um? Ich glaube, das wäre auch eine Frage in Richtung Resümee, für uns eine interessante Frage. Das ist der Versuch – mit der Bitte auch an die Schlussrunde –, so etwas wie eine Gesamtbewertung durchzuführen: Passen die Volumina, die budgetär insgesamt eingesetzt wer-

Bundesrat Georg Keuschnigg

den? Ist das Tempo zu schnell oder gerade recht? Haben wir da noch offene Wünsche?

Eine weitere Frage: Wie gehen wir mit dieser Implementierung in den Verwaltungen um? Natürlich wissen wir alle, dass diese Programme in Wahrheit teilweise sehr – wie soll ich sagen? – verzögert implementiert werden. Die Ressourcenfrage verbirgt sich dahinter, hohe Ansprüche an die Verwaltung, die möglicherweise nicht ausreichend mit neuem Personal bestückt worden ist.

Das heißt also, wenn man ganz konkret hinschaut, ist es insgesamt – so würde ich für mich zusammenfassen – ein hochinteressantes europäisches Politikfeld in kulturellen, in sozialen und in regionalpolitischen Entwicklungsfragen. Damit meine ich die Wirtschaft, die wirtschaftliche Entwicklung, also dieses Zusammenwachsen der Regionen, was aber auch einen Rattenschwanz an Folgefragen aufwirft. Diese Bewertung würde uns als politischen Akteuren durchaus nützen, wenn wir uns da noch ein bisschen vertiefen; aber wenn es jetzt nicht geht, dann ist das eine Hausaufgabe, die wir auch alle in unsere jeweiligen Bereiche mitnehmen. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

12.35

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Lung. – Bitte.

12.36

Dipl.-Ing. Ernst Lung (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ausführungen von Frau Bundesrätin Kerschbaum haben mich motiviert, einige Worte aus Sicht eines Projektpartners, aber auch als Mitglied des Nationalen Komitees für transnationale Programme hier an Sie zu richten.

Zunächst freut es mich als Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, dass sich das Parlament für unsere alltägliche Arbeit interessiert und ich bin auch sehr dankbar für die professionelle Organisation dieser Veranstaltung.

Ich möchte jetzt zum Thema Transparenz im weitesten Sinne etwas sagen und mit einem Dank beginnen an alle Stellen, die uns als potentielle Projektpartner für EU-Regionalförderprojekte beraten. Das beginnt beim Bundeskanzleramt mit allen Abteilungen, Herr Mag. Roland Arbter ist ein Vertreter von dort. Dann gibt es den National Contact Point bei der Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz, wo wirklich sehr professionelle Arbeit geleistet wird und die Kolleginnen und Kollegen immer für Hilfestellungen bereit sind.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat auch eine sehr gute Homepage unter www.oerok.gv.at, wo die ganzen Regionalprogramme vorgestellt werden. Sie sind gut verlinkt. Man kommt hin bis zu Detailinformationen, Antragsformularen et cetera. Und man findet auch Hinweise, wo die Ansprechpartner für die grenzüberschreitenden Programme bei den Ländern zu erreichen sind.

Wir haben in Wien für das Zentraleuropa-Programm die Verwaltungsbehörde und das Technische Sekretariat; das sind Behörden, die von der Europäischen Union beauftragt sind. Also die Beratungen sind eigentlich gut. Dennoch gibt es offene Wünsche an die Administration dieser Programme.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz einen Exkurs zum Thema Verkehrsverbindungen zwischen Österreich und Tschechien machen. Da sind wir dabei, gemeinsam mit der NÖVOG und mit dem Verein „Reblaus Express“ etwas vorzubereiten. Das können wir dann vielleicht bilateral besprechen. Es liegt auch in unserem Interesse, dass hier sichtbare Ergebnisse erzielt werden.

Dipl.-Ing. Ernst Lung

Jetzt komme ich noch zu Wünschen. Ich bin froh, dass wir einen Vertreter der GD Regio hier begrüßen können, aber das betrifft auch die Verwaltungsbehörden und die Gemeinsamen Technischen Sekretariate. Es wäre oft hilfreich, wenn die Antragsformulare, im EU-Jargon „application forms“, etwas weniger formal wären. Es ist schon gut, eine zusammenfassende Übersicht zu haben, aber ich sitze auch in diesem Nationalen Komitee und auf Basis der Excel-Tabellen ist es oft schwierig, wirklich die Hintergründe, die Motivation für die eingereichten Projekte zu erkennen. Mein Wunsch – ich kenne das auch als Projektevaluator bei anderen Programmen – wäre ein knappes Formblatt mit den wichtigsten Informationen. Auch die Seitenzahl sollte limitiert werden, wo das Projektteam seine Hintergründe darlegt. – Das umfassender zu erklären, würde jetzt zu weit führen.

Ich würde mir auch Folgendes wünschen – das ist ein Wunsch an die GD Regio –: Es gibt relativ viele Stellen, die die Projekte administrativ betreuen. Wir haben First Level Control, Second Level Control, es gibt formale Zwischenberichte. Ich weiß, dass es bei der EU genauso schwierig ist, Personal einzustellen, aber ich würde mir dennoch wieder **Desk Officers** wünschen, mit denen man sich fachlich über die Inhalte und die Ziele der Projekte auseinandersetzen kann. Ich habe das im Forschungsrahmenprogramm erlebt, und das war wirklich ein sehr positives Klima. Ich glaube, das Schwerk Gewicht sollte mehr auf den Inhalten liegen, und es sollte nur so viel Verwaltung geben, wie unbedingt notwendig ist. Es gibt ja auch nationale Kontrollinstanzen, die internen Revisionen in den öffentlichen Stellen und den Rechnungshof. Man sollte sich daher wieder mehr zu den Inhalten hin bewegen.

Vor allem in der transnationalen Kooperation gibt es sehr viele Diskussionen darüber, was **Commercial Activities** sind. Unsere Leitlinie im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ist: Wir wollen gesamtwirtschaftliche Ziele erreichen, auf Umweltschutz und Verkehrssicherheit achten, aber letzten Endes brauchen wir auch Umsetzungspartner wie etwa die Eisenbahnunternehmen, die Touristikunternehmen, die durch ökologisches Verhalten, durch sicherheitsbewusstes Verhalten dann auch profitieren. Bei Commercial Activities sollte man eher großzügig sein und im Rahmen unserer Projektmittel durchaus Investitionen, die zu herzeigbaren Ergebnissen führen, begünstigen.

Sehr gut gefällt mir der Vorschlag – das deckt sich mit meinen Vorstellungen –, dass man die Forschungsrahmenprogramme noch besser mit den Regionalprogrammen verbindet. Es gibt oft Aufgabenstellungen, wo technische Innovationen regional vor Ort an Fallbeispielen umgesetzt werden sollen. – Das wäre ein Wunsch für die Zukunft.

Abschließend möchte ich noch sagen – diese Erkenntnis wurde heute schon präsentiert –: Es hat sich eine positive Kultur der Zusammenarbeit zwischen allen Stellen, zwischen Bundesstellen, von der Kommission beauftragten Stellen, Fachabteilungen der Länder, Gemeinden und Umsetzungspartnern aus der Privatwirtschaft ergeben, und das ist ein riesengroßer Erfolg. – Danke schön. (*Beifall.*)

12.42

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Priedl. – Bitte.

12.42

Referentin Mag. Irma Priedl (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung): Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion hat sich sehr auf den Fokus Kommunen konzentriert, die hier grenzüberschreitend tätig sind. Ich wollte doch noch in Erinnerung rufen, dass es auch **andere Möglichkeiten** der Zusammenarbeit gibt, etwa über ERA-NET GD Forschung, über Rahmenprogramme et cetera. Auch hier gibt es ein breites

Referentin Mag. Irma Friedl

Betätigungsfeld, wo nicht die Kommunen im Vordergrund stehen, sondern auch Unternehmen und andere Organisationen.

Der **Nachteil** ist – das ist vielleicht auch an die Kommission gerichtet –: Innerhalb dieser unterschiedlichen Zuständigkeiten gibt es unterschiedliche Regelungen, was die Kontrolle und den Aufwand betrifft. Und auch hier sollte die EU mit gutem Beispiel vorangehen. Es kann nicht sein, dass man bei DG Regio hier bis ins Detail Zahlungen ans Finanzamt et cetera prüfen muss, während eine andere Generaldirektion mit Pauschalen agiert.

Der administrative und bürokratische **Aufwand** ist sehr häufig angesprochen worden. Hier muss man vielleicht auch innerhalb von Österreich schauen: Wo kommen denn all die Regelungen her? Sie sind vor allem, was die Strukturfondsmittel betrifft, teilweise auch hausgemacht. Alle Kontrollen und Verwaltungsvorgaben kommen von der nationalen Stelle und **nicht** von den regionalen Abwicklern. Vielleicht könnte man sich das ein bisschen näher anschauen. *(Beifall.)*

12.44

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Ourny. – Bitte.

12.44

Isabelle Ourny (Österreichischer Gewerkschaftsbund): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an diese Geschichte anschließen, dass man viel über diese Projekte auf Gemeindeebene und über Natur gesprochen hat. Wir haben etwa über Radwege gehört. Wenn man über europäische territoriale Zusammenarbeit spricht, so muss man sagen, dass es über den Österreichischen Gewerkschaftsbund eigentlich schon seit Jahren Projekte im Rahmen von Arbeitsmigration gibt. Der ÖGB Burgenland hat Projekte mit Ungarn. Die ÖGB-Zentrale führt Projekte mit der Slowakei und mit Tschechien durch.

Ich möchte das Projekt „ZUWINBAT – Zukunftsraum Wien-Niederösterreich-Bratislava-Trnava“ vorstellen. Das Projekt hat schon angefangen und wird demnächst abgeschlossen, wenn wir die Subventionen bekommen. Dort findet zum Beispiel ein Austausch von Informationen, von Kenntnissen, von Erfahrungen statt, aber nicht nur von Gewerkschaften aus der Slowakei und Österreich, sondern auch von unseren strategischen Partnern, etwa der Arbeiterkammer Wien, der Arbeiterkammer Niederösterreich, der Wirtschaftskammer Wien, der Wirtschaftskammer Niederösterreich, dem Arbeitsministerium in der Slowakei, dem AMS Wien, dem AMS Niederösterreich, dem AMS in der Slowakei und weiterer Institutionen.

Wir haben da viele Projekte entwickelt. Ein Projekt, das sehr gut läuft, ist die Rechtsberatung in Arbeits- und Sozialrecht. Das wird von immer mehr Leuten in Anspruch genommen, wo wir in Arbeits- und Sozialrecht auf Slowakisch und auch auf Deutsch beraten.

Wir halten gegenseitige Besuche durch Betriebsräte ab. Die Idee ist auch die Stärkung der gemeinsamen Region. Ich sehe das als **eine** Region. Wenn man über Leute spricht, die dort arbeiten, dann gibt es eigentlich keine Grenze in diesem Sinn.

Ein anderes Projekt ist ZUWIS. Es sollte im Jänner 2009 anfangen, und zwar mit Österreich und der Region Südmähren.

Das war's. Wenn Sie Fragen haben, kann ich dann noch ein bisschen weiter darüber erzählen. – Danke. *(Beifall.)*

12.48

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Der letzte Debattenbeitrag kommt von Herrn Avila Albez. – Bitte.

Referent Miguel Avila Albez

12.48

Referent Miguel Avila Albez (Europäische Kommission, GD Regio): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte! Die Kommission ist ja jetzt des Öfteren angesprochen worden, direkt oder indirekt, deswegen wollte ich doch noch gegen Schluss zu einigen Punkten einige Anmerkungen machen. Vielleicht kann ich auch dazu beitragen, das eine oder andere ein bisschen zu klären oder die Sicht aus Brüssel näherzubringen.

Zunächst einmal finde ich diese vielen Initiativen und die Kreativität toll, die es hier vor Ort gibt, denn das ist wichtig. Aus Brüssel können wir nicht viel machen. INTERREG entsteht vor Ort.

Zur Aufklärung, wie die Kompetenzaufteilungen sind, möchte ich sagen: Brüssel gibt die Leitlinien vor, die Strategie, akzeptiert das Programm und gibt das Geld. Das war's dann. Das heißt, Projekte werden **vor Ort** entschieden und vor Ort realisiert und vor Ort implementiert. Das heißt, vor Ort entstehen die tatsächlichen Dinge, die für den Bürger wichtig sind. – Das nur einmal zur Aufklärung. Es heißt ja immer, Brüssel macht das, Brüssel macht jenes. Brüssel macht **einen Teil** der Geschichte, und vor Ort entsteht der andere Teil, manche sagen, der wichtigere Teil.

Noch einmal ein Wort zum Thema **Transparenz**. Von Brüssel aus versuchen wir natürlich, so oft es geht, vor Ort zu sein. Das ist für uns auch schwierig, denn wir haben so wie auch Sie eine enorme Arbeitsbelastung, deswegen können wir nicht immer vor Ort sein, aber wir versuchen es; zum Beispiel mit dem heutigen Tag, indem ich hier bin. Es gibt auch Seminare und diese Monitoring-Committees, wo die EU-Vertreter auch sind. Wir versuchen also schon, möglichst vor Ort zu sein, wo immer möglich.

Die Frage der Publizität und dass das sozusagen geschrieben sein soll oder der Öffentlichkeit zugänglich ist, wo EU-Geld ist, ist nicht nur – viele, die aus der Praxis sind, wissen das – eine schöne Sache beziehungsweise sollte man das machen, sondern das muss man machen, und das wird auch kontrolliert.

Bürokratie – das war auch ein Punkt, den ich aufgeschnappt habe. Bürokratie, das ist auch immer so ein Schlagwort: Es gibt zu viel Bürokratie, überall gibt es zu viel Bürokratie! – Vielleicht gibt es hier auch zu viel Bürokratie.

Wenn man eine Analyse machen sollte – ich glaube, ich habe das Wort „Analyse“ irgendwo gehört –: Woher kommt denn jedes Papier? Aus welcher Regelung, aus welchem Paragraphen, aus welchem Gesetz?, und dann filtert man das: Ist das regional, national oder auch durch die Kommission?, dann kann man gezielt steuern und sagen: Diese Sache und jene Sache kommen ganz klar aus der Kommission, und wir wünschen, dass das in der Zukunft geändert wird! – Dann haben wir eine konkrete Anfrage und können sozusagen damit arbeiten. Das ist, glaube ich, besser als das generelle Schlagwort „die Bürokratie“.

Zu Forschung und Entwicklung auch noch einmal ein Wort. Die sogenannte Lissabonisierung betrifft natürlich die gesamte Regionalpolitik, wobei es bei der europäischen Kooperation, territorialen Kooperation nicht festgeschrieben ist. Es gibt keine 75 Prozent oder so etwas wie bei Ziel 1 oder 60 Prozent bei Ziel 2, die man erfüllen muss, weil es natürlich sehr, sehr viel schwieriger und komplizierter ist, aber es sollte in diese Richtung gehen.

Zu den Zinsen auch noch einmal ganz kurz: Wenn es Zinsen gibt, müssen die selbstverständlich für das Programm und dessen Ziele ausgegeben werden.

Ein Wort noch: Wenn es Zinsen gibt, könnte man die natürlich als zusätzliches Geld nehmen und damit das Volumen insgesamt vom Programm her erhöhen, anstatt das

Referent Miguel Avila Albez

irgendwie auszugleichen oder so etwas; die Zinsen also für die gleichen Zwecke und als zusätzliche Quelle benutzen, wenn es geht.

Ein weiterer Punkt – ich sehe, die Lampe leuchtet schon –: Personalausstattung. Das ist ganz wichtig. Der Aufwand ist groß, aber das sind Steuergelder; es ist vielleicht noch ein bisschen schwieriger: Das sind europäische Steuergelder. Das heißt, einer aus einem Land zahlt für etwas in einem ganz anderen Land. Daher ist noch unübersichtlicher, woher das Geld kommt, woher das Geld fließt. Deswegen sind Kontrollen eine wichtige Sache, aber dafür braucht man auch Personal.

Bei der Verwaltung ist das genau das Gleiche. Deswegen, wenn Sie in irgendeiner Weise Einfluss darauf haben: Die Personalausstattung könnte speziell für INTERREG vor Ort besser sein. Das ist meine Meinung. – Danke schön. (*Beifall.*)

12.53

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Da hierzu keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schliesse ich diese Debatte.

IV. Zusammenfassung

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Wir gelangen damit zum Thema „Zusammenfassung und mögliche Verbesserungsvorschläge“.

Dazu erteile ich zunächst Herrn Mag. Arbter das Wort. – Bitte.

12.54

Referent Mag. Roland Arbter (Bundeskanzleramt): Ich bin gebeten worden, als Vertreter des Bundeskanzleramtes hier noch ein paar Schlussfolgerungen zu ziehen. Ich kann das natürlich nur im Rahmen meiner beschränkten Kompetenz. Sie wissen ja, dass die Verantwortung für diese Programme und für diesen Bereich primär bei den Ländern liegt.

Ich weiß, dass man 5 Minuten sprechen darf, also sage ich es in fünf Punkten:

Erster Punkt: Die Kommunikation mit der politischen Ebene ist aus unserer Sicht zu begrüßen. Es gibt diverseste Fachgremien, in denen über die Erfahrungen der Programme diskutiert wird. Die Kommunikation auch mit der politischen Ebene geschieht auf der Länderebene, auf der regionalen Ebene; auf der Bundesebene bisher nur beschränkt – insofern freuen wir uns, dass diese Veranstaltung stattfindet; auch in Richtung des Parlaments.

Wir meinen auch, dass die politische Ebene wichtig ist. Die Programme laufen durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Experten und unterschiedlichen Akteure, aber auch die politische Ebene leistet ihren Beitrag. Schon die positive Grundstimmung zu diesem Thema ist ein wichtiger Beitrag im nationalen, aber auch im bilateralen Kontext.

Zweiter Punkt – da greife ich die Anmerkung auf, dass es neben den INTERREG-Programmen weitere Programme der Zusammenarbeit gibt –: Es gibt eine Welt außerhalb dieser Programme. Das wurde heute vielleicht verkürzt dargestellt, das Thema war eigentlich größer, die grenzüberschreitende Regionalpolitik. Es gibt andere Formen der Zusammenarbeit: Es gibt bilaterale Kommissionen, es gibt Gemeindekooperationen. Ich sage das nicht als Kritik, sondern ich glaube, man sollte sich dessen bewusst sein: Die Programme sind kein Selbstzweck, sie sind keine eigene Welt, sondern sie gehören eingebettet – auch das ist erwähnt worden – in den Gesamtkontext, und es gibt eine Welt außerhalb der Programme.

Referent Mag. Roland Arbter

Aber die Programme sind – auch in Richtung Kommission – in Österreich sicherlich eine Erfolgsgeschichte, was die Mobilisierung angeht. Die Anstoßfunktion hat in Österreich gegriffen, insofern sind die Programme für Österreich sehr bedeutsam.

Mein dritter Punkt, weshalb ich glaube, dass dieses Thema, die Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, auch für die Parlamente, für die Landtage interessant ist, bezieht sich darauf, dass dieser Politikbereich durchaus ein Feld ist, in dem auch Verwaltungsinnovation stattfindet, andere Formen der Zusammenarbeit erprobt werden und nicht so sehr die hierarchische Kompetenzverteilung im Vordergrund steht, sondern eher die Frage: Wer ist für dieses Thema mein relevanter Partner?, wo man von der Herausforderung ausgeht und versucht, praktische Formen der Kooperation sogar in grenzüberschreitendem Sinn zu entwickeln. Also: Verwaltungsinnovation sehr weit weg von der klassischen hierarchischen Vollzugsverwaltung.

Vierter Punkt, das Thema „rechtliche Rahmenbedingungen“ betreffend: Es ist vielleicht der Eindruck entstanden, dass das Völkerrecht hier nicht relevant ist. Aber ich glaube, es ist dann im zweiten Teil oder generell auch deutlich geworden: Recht ist sehr wichtig – auf allen Ebenen, vom Völkerrecht bis hinunter zur Vertragsgestaltung –, weil letztlich Rechtssicherheit für alle Partner auf der Projektebene, aber auch auf der politischen Ebene wichtig ist. Solange es funktioniert, funktioniert es, aber wenn es einmal nicht funktioniert, dann ist die Frage: Wer haftet? Wer ist verantwortlich? – Insofern ist die Frage der rechtlichen Sicherheit ein wichtiges Thema.

Hier hat es in der neuen Periode gewisse Fortschritte gegeben. Wahrscheinlich ist das System noch nicht optimal. Ein Grundproblem aus unserer Sicht ist die geteilte Mittelverantwortung. Es haben hier halt sehr, sehr viele Institutionen Verantwortung; angefangen vom Europäischen Parlament in seiner Verantwortung für die EU-Mittel bis hinunter zum einzelnen Projektträger. Dieser Typ der EU-Programme in einem grenzüberschreitenden Sinn mit unterschiedlichen Verwaltungskulturen ist ein sehr komplexes Gebilde. Dennoch: Letztlich bedarf es Klarheit, wer wofür verantwortlich ist.

Damit komme ich schon zu meinem letzten Punkt, zum Anliegen, hier Transparenz und Informationsbeschaffung zu erleichtern. Der Beitrag des Bundeskanzleramts ist zum Beispiel, dass wir vor ein paar Monaten ein Portal für Strukturfondsinformation geschaffen haben, auch für die Öffentlichkeit. – Das war ein Anliegen der Frau Bundesministerin. Unter der Adresse **www.strukturfonds.at** finden Sie einen Eingang in die Strukturfondswelt. Wir haben versucht, dieses Portal so zu gestalten, dass Sie dann zu allen Adressen, die in Österreich relevant sein könnten, gelangen können. – Danke schön. *(Beifall.)*

12.59

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächstem erteile ich Herrn Dr. Salletmaier als Vertreter der Länder das Wort. – Bitte.

13.00

Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA (Amt der Salzburger Landesregierung): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte mich auch für diese Initiative des Bundesrates bedanken, die Erfolgsgeschichte der Europäischen Zusammenarbeit – und ich gehe einmal davon aus, dass INTERREG und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine solche ist – politisch transparenter zu machen. Ich glaube, dass die Ländervertreter mit ihren Projekten und Programmen heute gezeigt haben, dass INTERREG eine sehr breite Strategie fährt und einen sehr offenen und breiten Ansatz hat, sowohl für Themen als auch für verschiedene Gruppen, die diese Programme nutzen können.

Ich glaube, es ist heute auch sehr gut klar geworden, dass es auf verschiedenen Ebenen der Anstrengung bedarf, diese Projekte und Programme umzusetzen. Besonders

Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA

hervorzuheben ist dies im Bereich der Kleinprojekte, wo auf der kommunalen Ebene und auf der tatsächlichen operativen Ebene der Zusammenarbeit europäische Zusammenarbeit grenzüberschreitend gelebt wird und auch zur Erhöhung der Sichtbarkeit dieses Programms beiträgt, aber auch als Vorteil eine gewisse Entlastung für die Verwaltung bringt, weil Kleinprojekte außerhalb der üblichen Schienen abgewickelt werden können.

Wir haben heute auch klar gesehen, dass eine Einbindung der Programme in regionale Strategien einer der Erfolgsfaktoren ist und dass eine geographische Differenzierung in diesen Programmen sehr gut möglich ist, die berücksichtigt, dass unterschiedliche Sprachen gesprochen werden, die berücksichtigt, dass unterschiedliche Verwaltungsstrukturen aufeinandertreffen, und die berücksichtigt, dass es auch unterschiedliche Finanzierungsstrukturen innerhalb eines Programms gibt, die dann in einem Programm, in einem Projekt umgesetzt beziehungsweise gelöst werden können.

Ich glaube, man muss die Erfolgsfaktoren stärker bewusst machen und hervorheben. Erfolgsfaktoren dienen meiner Ansicht nach auch dazu, das zu erledigen, was heute gefordert wurde, nämlich: Nachhaltigkeit zu erreichen. Erfolgsfaktoren sind: Vertrauen, Vertrauen in die Partnerschaft und in die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, und der Wille zur Zusammenarbeit, auch der muss gegeben sein, Projekte dürfen nicht um der Projekte willen einfach durchgeführt werden. Eine Abstimmung zwischen den Projektpartnern ist meiner Meinung nach eine unbedingte Notwendigkeit, um nachhaltige Projekte zu generieren. Schließlich geht es auch darum, das politische Commitment zu den Programmen, aber auch zu den einzelnen Projekten zu erreichen und auf diese Weise die Projekte durch die Probleme, die sie manchmal auch haben, zu tragen.

Zeit ist ein wichtiger Faktor in der Entwicklung der Zusammenarbeit. Wir haben ja gesehen, dass es verschiedene Geschwindigkeiten in der Intensität der Zusammenarbeit gibt, die zu berücksichtigen sind.

Ein wichtiger Faktor scheint mir – und da komme ich jetzt schon auf die Rahmenbedingungen zu sprechen – aber auch die institutionelle und administrative Kapazität der Projektträger zu sein. Vielfach sehen wir nämlich auch in der täglichen Umsetzung seitens der Programmverwaltung, dass die Projektträger auch gewisse Defizite in ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten haben, Projekte so umzusetzen, wie es in den Leitlinien oder in den Vorgaben steht. Wir von der Länderseite würden uns wünschen, dass das stärker in das Bewusstsein der Projektträger einfließen könnte.

Schließlich – und auch das ist heute mehrfach gefordert worden – sind die Ergebnisse zu kommunizieren. Es gibt vielfache Aktivitäten der einzelnen Programmverwaltungen, diese Kommunikation zu verbessern. Alle Programme haben Internetseiten, auf denen alle Projekte dargestellt sind und auf denen zumindest auf dieser Ebene Transparenz gegeben ist. Transparenz ist sicherlich auch dadurch zu erreichen, dass die Hinweistafeln entsprechend angebracht werden und auf diesen Beitrag zur Europäischen Integration hingewiesen wird.

Letzter, aber wichtiger Punkt: die Rahmenbedingungen. – Vonseiten der Programmverwaltung ist tatsächlich zu wünschen, dass klare und passende Vorgaben auch von europäischer Seite rechtzeitig vorliegen, damit die Programme früh genug geplant werden können und nicht erst ein Jahr nach dem offiziellen Start mit der Umsetzung begonnen werden kann. Diesbezüglich passende und klare Vorgaben zeitgerecht zu entwickeln ist ein Wunsch an die Kommission.

Es ist aber auch ein Wunsch an die Europäische Kommission, zu berücksichtigen – wir haben das heute sehr gut, glaube ich, auch zu Beginn in der Einleitung seitens des Vertreters des Bundeskanzleramtes gesehen –, dass die Mittelausstattung der Programme eine ganz andere Größenordnung, nämlich eine viel geringere Größenord-

Referent Dr. Christian Salletmaier, MBA

nung hat als die der Mainstream-Programme zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit oder zur Kohäsion, dass die Kontrollmechanismen und die Verwaltungsmechanismen darauf aber keine Rücksicht nehmen. Ich glaube, das wäre eine Aufgabe, die in der nächsten Programm- und Strukturfondsperiode vonseiten der Europäischen Kommission viel stärker ins Auge gefasst werden müsste.

Es gibt natürlich auch einige Verbesserungen – das muss man auch sagen – gegenüber den früheren INTERREG-Programmen und -Vorgaben. Das betrifft einerseits das Lead-Partner-Prinzip, das durchaus zu klareren Strukturen in der Programm- und Projektabwicklung führt, andererseits auch – und das ist heute schon erwähnt worden – den europäischen Verbund zur territorialen Zusammenarbeit, der vonseiten der EU geregelt ist und der der Umsetzung auf mitgliedstaatlicher Ebene bedarf.

Ich glaube, es gibt hier eine Reihe zu tun – auf den verschiedensten Ebenen, sowohl vonseiten der EU als auch vonseiten der Nationalstaaten, aber auch vonseiten der Programmverwaltung, um in Zukunft durch klarere Vorgaben, durch geringere, aber angepasste Kontrollstrukturen diese Erfolgsgeschichte der europäischen territorialen Zusammenarbeit grenzüberschreitend, aber, wie ich meine – und hier hat Österreich eine besondere Rolle –, sicherlich auch transnational und interregional fortzusetzen. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

13.08

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Nunmehr erteile ich Herrn Präsidenten Bürgermeister Koczur das Wort. – Bitte, Herr Präsident.

13.08

Referent Anton Koczur (Österreichischer Gemeindebund): Geschätztes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich soll aus der Sicht des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes eine kurze Zusammenfassung aus der Sicht der Kommunen und auch etwas aus der Sicht des Projektträgers machen.

Ich beginne mit etwas Positivem. Wir alle wissen, dass die Bemühungen der Europäischen Union bezüglich der Stärkung der Regionen ein sehr wichtiger Beitrag dazu sind, dass sich dieses Europa weiterentwickelt, neben den hehren Zielen, dass wir uns natürlich für den Frieden in Europa starkmachen müssen. Da kämpfen ein wenig mehrere Seelen miteinander. Manche glauben, es sei nur die Wirtschaft. – Natürlich ist die Wirtschaft wichtig, denn wenn wir etwas verteilen wollen, dann müssen wir es zuerst einmal erarbeiten, das ist klar. Daneben darf aber auch der soziale Aspekt nicht vergessen werden. Und diesen Interessenausgleich bei den Unterschiedlichkeiten der Regionen durch finanzielle Anreize zu gewähren, ist, glaube ich, auch etwas sehr Wichtiges. Vor allem die ländlichen Räume, aber auch die urbanen Räume haben Probleme, wo sie eben die Hilfe und Unterstützung der Europäischen Union brauchen. Aus Sicht der Gemeinden darf ich noch Folgendes anführen – das sage ich hier ganz bewusst –: Wir nehmen vielleicht noch nicht richtig zur Kenntnis, dass im nächsten Jahr Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden werden, wobei ich persönlich da sehr viel Handlungsbedarf sehe, um den Bürgerinnen und Bürgern all das näherzubringen, was wir ihnen vermitteln wollen. Da liegt, wie ich meine, noch vieles im Argen. Die Städte und Gemeinden haben ja gleichsam die Hand am Puls der Bürgerinnen und Bürger, und daher sagen wir seit vielen Jahren und immer wieder – ich habe mich auf der Ebene des Ausschusses der Regionen stets darum bemüht –: Bindet doch die Gemeinden stärker in diese Prozesse ein!

Wir wissen zwar – aber das ist ein Teil unserer Probleme –, dass es heißt „Tue Gutes und rede darüber!“ – das trifft auch auf Wortmeldungen zum Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu –, aber wer das Emblem der EU nicht draufgibt, hat sowieso Pech, denn dann

Referent Anton Koczur

wird oft etwas gar nicht anerkannt, wenn es um die Abrechnung geht. – Es geht also darum, das alles auch nach außen zu tragen.

Ja, tue Gutes und rede darüber!, aber was passiert dann, rein realistisch betrachtet? – Wenn die EU etwas Gutes tut, dann bringt das sozusagen jemand nach Hause, indem er zum Ausdruck bringt, wie gut er war und was alles er erreicht hat. Fährt er aber hin mit einer gewissen Vorstellung und kann diese nicht durchsetzen, kommt er nach Hause – und jedermann hört dann, wer schuld daran ist!

Da besteht also noch sehr viel Handlungsbedarf, denn wir wissen ja um die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Diese sind ja nicht von ungefähr kritisch dazu eingestellt. Ich meine daher: Wenn man das weiß, dann hat man dagegen auch etwas zu unternehmen. Und das sage ich auch jetzt den Vertretern der Länder: Wenn ihr das Gefühl habt, dass die Projektträger sozusagen nicht immer up to date sind, dann ist es eure **Pflicht und Schuldigkeit**, dafür zu sorgen, dass die Projektträger sozusagen besser ausgestattet werden in Bezug auf das Wissen um all diese Zusammenhänge.

Was die Öffentlichkeitsarbeit betrifft, sage ich: Es kommt nicht nur darauf an, was außen draufsteht, sondern auch darauf, was im Gefühl der Menschen verankert wird. Heute ist hier der Ausdruck „überbordender administrativer Aufwand“ gefallen. Das ist ein Begriff, gegen den ich grundsätzlich nichts habe, da ich davon überzeugt bin, dass Kontrolle notwendig und gut ist, nur: „Bürokratie“ – unter Führungszeichen – fängt meiner Überzeugung nach unnötigerweise dort an, wo man die Begeisterung der Projektträger einschränkt – und damit auch die Chancen, Unterschiede aufzuarbeiten, denn Menschen, die in guten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen leben, werden nicht leicht sozusagen das Schwert ziehen und sich damit in Auseinandersetzungen ergehen. – Das zu sagen, scheint mir wichtig zu sein; das darf man nicht vergessen.

Zu den kritischen Anmerkungen, die ja da auch dazugehören, brauche ich nichts mehr zu sagen. Sie haben ja ohnehin gehört, was ich zuvor gesagt habe; dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Ich könnte das natürlich noch, indem ich Sie quasi auffordern würde, mit mir zu leiden, wenn ich Ihnen sage, dass ich seit mehr als eineinhalb Jahren auf ein Projekt beziehungsweise dessen Abrechnung warte – eigentlich noch mehr auf das Geld, darauf, dass es endlich fließt. Dazu könnte man sicherlich noch einiges sagen.

Ich meine trotzdem: Wichtig ist, das Positive zu sehen und daran zu arbeiten, dass es zumindest da und dort Verbesserungen gibt.

Meine Damen und Herren, es ist nie zu spät für einen neuen Anfang. Das heißt, man kann immer sagen: So, und jetzt gehen wir's wieder an! Also nicht nur raunzen darüber, was in der Vergangenheit alles schlecht war, sondern versuchen wir, es anders zu machen. Dafür ist der heutige Tag ein guter Ansatz, der morgige Tag ist mir dafür auch noch recht, aber wenn wir erst nach den Weihnachtsfeiertagen draufkommen, dass es im nächsten Jahr EU-Wahlen gibt, dann muss uns eben auch recht sein, was bei diesen herauskommt.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, freue ich mich, dass wir heute Gelegenheit dazu hatten, die Sichtweise der Fördergeber beziehungsweise jener, die dafür verantwortlich sind, dargelegt zu bekommen – und ebenso jener, die nicht als Bittsteller dastehen, sondern selbstbewusst Projekte angehen und wissen, was sie dabei für die Menschen unseres Landes tun.

Wichtig ist also, dass diese Interessen heute sozusagen zusammengebracht wurden, dass man auch die Möglichkeit hatte, seine Sorgen loszuwerden. Ein herzliches Dankeschön, dass hier der Boden dafür aufbereitet wurde, dass solche Begegnungen statt-

Referent Anton Koczur

finden, und ich hoffe, es gibt wieder einmal Gelegenheit, diesbezüglich etwas tun zu können.

Ich finde es als eine der vornehmsten Aufgaben der Europäischen Union, dass viele gleichsam dazu eingeladen sind, an einem Strick zu ziehen, so nach dem Motto: Hilfe zur Selbsthilfe! Man kann viele Ideen haben, man muss sie jedoch auch verwirklichen und vor allem auch finanzieren können, und dazu hat jeder das beizutragen, was er beitragen kann, um die Situation der Menschen zu verbessern.

Ich bin ein wenig vorsichtig in Bezug auf die Aussage: Das Geld verwenden wir, um zusätzliche Förderungen zu geben! – Da hat mir der Redebeitrag schon besser gefallen, in dem es geheißen hat: Man braucht Förderungen, um mehr Möglichkeiten zu haben! – Es gibt ja auch Förder-Obergrenzen, und irgendwie ist auch die Sorge durchgekommen, dass man sich dann eben woanders Geld erspart. Diese Sorge kann ich natürlich nicht ausräumen, aber vor allen Dingen habe ich mich heute bestätigt gefühlt, als ich die Summe gehört habe, die ein einziges Bundesland in einer einzelnen Situation lukrieren wird.

Ich wünsche uns allen, dass wir weiterhin auf diesem Weg zu einem gemeinsamen Europa unterwegs sind. Das, was heute hier geschehen ist, war eine sehr, sehr gute Sache. – Herzlichen Dank dafür! (*Beifall.*)

13.16

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Schließlich erteile ich als finalem Redner Herrn Präsidenten des Bundesrates Jürgen Weiss das Wort. – Bitte, Herr Präsident.

Schlussworte

13.16

Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! All diesen Zusammenfassungen ist nicht mehr viel hinzuzufügen, außer eben **Bekräftigung**.

Ich bedanke mich bei den Referentinnen und Referenten des heutigen Tages und bei Ihnen allen, die Sie sich hier mit Diskussionsbeiträgen eingebracht haben. Das alles war, wie ich meine, sehr wertvoll und eine breite Übersicht darüber, was alles in Österreich geschieht beziehungsweise welche Hausaufgaben wir diesbezüglich noch zu erledigen haben werden, wobei ich mich da insbesondere den Ausführungen des Herrn Präsidenten Koczur hinsichtlich der Wahlen zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr anschließe.

Ich bedanke mich auch für die Einladungen in die einzelnen Landesteile, die verschiedene Diskussionsteilnehmer hier ausgesprochen haben – ich denke, das ist auch eine interessante Anregung –, und nicht zuletzt bedanke ich mich natürlich bei den Bediensteten des Hauses, die die Abwicklung einer solchen Veranstaltung stets gut und sicher im Griff haben. Danke nochmals! (*Beifall.*)

Wir haben hier im Hause heute Nachmittag auch eine Sitzung des EU-Ausschusses, wobei da in die weiteren Beratungen sicherlich die eine oder andere Anregung mit einfließen wird, nicht zuletzt auch jene, das Auseinanderklaffen von Verfassungswirklichkeit und Verfassungsrecht im Auge zu behalten. Bekanntlich lässt es sich in rechtsfreien Räumen zwar ganz gut leben, jedoch ist es im Sinne der **Rechtssicherheit** aller Beteiligten zweckmäßig, das doch auf eine gute Grundlage zu stellen. Ich gehe davon aus, dass das EVTZ-Gesetz in Bälde den Ministerrat passieren wird – eigentlich wäre

Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss

das ja schon für diese Woche vorgesehen gewesen –, und wir werden dann dafür sorgen, dass das im Parlament zügig behandelt werden wird.

Besonders gefreut hat mich die Feststellung des Herrn Dipl.-Ing. Schrötter, die ich aus eigener Erfahrung nur bestätigen kann: dass die Europäische Kommission durchaus überzeugbar ist. Wenn wir hiezu mit Beispielen aus der Praxis und mit Anregungen, die es daraus gegeben hat, einen Beitrag leisten können, freut uns das alle sehr. – Herzlichen Dank. (*Beifall.*)

13.18

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Ich schliesse mich bei all jenen an, die dem Herrn Bundesratspräsidenten Weiss dafür gedankt haben, dass er die Initiative zu dieser heutigen Enquete ergriffen hat. Was die anderen Danksagungen betrifft, schliesse ich mich den Ausführungen des Herrn Präsidenten an.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihr Kommen und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag!

Die Enquete ist **geschlossen**.

Schluss der Enquete: 13.19 Uhr